Freitag, 3. Januar 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 2 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kommunisten: Auf dem Weg über Beratungsstellen ihrer „Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V. – Lohnsteuerhilfeverein" verschafft sich die DKP Zugang *zu den persönlichsten Daten von* Lohnsteuerzahlern. Solche Beratungsstellen sind mittlerweile in 22 Städten in NRW, *die gleichzeitig* Standorte größerer Bundeswehr-Verbände sind, aufgemacht worden. (S. 8)

Beziehungen: Für einen intensiven Dialog der mittleren und kleinen Staaten in Ost- und Westeuropa sprach sich der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Rühe aus. Neben dem Gespräch der Großmächte müßten auch die kleineren Länder alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses nutzen.

Rauschgift: Das Bundeskriminalamt will die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität verschärfen und hat jetzt eine eigene Abteilung „Rauschgift-Bekämpfung" gebildet. Zu Jahresbeginn nahmen rund 200 Beamte in der Abteilung den Dienst auf.

Verzicht: Der SPD-Politiker Eppler wird nicht für die Bundestagswahl 1987 kandidieren. Er wolle sich ganz auf seine Aufgaben in den Führungsgremien und in der Programmkommission der Partei konzentrieren.

Mahnung: Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat zu Jahresbeginn den Sowjetbürgern eingeschärft, Disziplin und Ordnung zu stärken. Die Arbeitskollektive *müßten 1986, im ersten Jahr des* 12. Fünf-Jahres-Plans, ein hohes Arbeitstempo einschlagen. Gleichzeitig verwies die „Prawda" auf die bevorstehenden Parteitage in den 15 Sowjetrepubliken, auf denen die Parteichefs Rechenschaftsberichte ablegen müßten.

Widerstand: Iran hat die Zerschlagung von drei Widerstandsgruppen und die Festnahme von 69 Oppositionellen bekanntgegeben. *Sie seien Mitglieder von Zellen* der Mudschahedin Khalk und der Fedajin Khalk gewesen.

Vietnam: Zum Jahreswechsel trat das erste Strafgesetzbuch der sozialistischen Republik in Kraft. Es sieht drakonische Strafen für „Subversion", Wirtschaftsverbrechen und Landesflucht vor.

Konsultationen: Bundesaußenminister Genscher und sein tschechoslowakischer Amtskollege Chnoupek treffen sich zu ihrer nächsten Konsultationsrunde am 4. Februar in Karlsbad.

Beziehungen: Spanien will noch in der ersten Hälfte 1986 diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen.

ZITAT DES TAGES



»Ich glaube, daß der Verbalradikalismus der IG Metall nichts anderes ist als die Verlegenheit, auf neue Fragen nur alte Antworten zu wissen. Das ist eine Art Selbstverstümmelung der Gewerkschaft«

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem Beitrag für die WELT (S. 4)
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Dritte Welt: Ein pessimistisches Bild über die Wirkung der Entwicklungshilfe zeichnet das Institut für Weltwirtschaft. Es bezweifelt, daß mehr Entwicklungshilfe die wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt überhaupt nachhaltig verbessern könne. (S. 9)

Bundesbahn: Der Personalabbau wird 1986 fortgesetzt. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Bahnbeschäftigten um 11 000 auf 277 970 zurückging, wird es am Ende dieses Jahres voraussichtlich noch einmal 12 500 DB-Beschäftigte weniger geben, *teilte* ein Sprecher der Bahn mit.

Israel: Mit Jahresbeginn ist der neue Schekel offiziell das einzige legale Zahlungsmittel. Er ist 1000 alte wert – nach dem derzeitigen Stand 1,63 DM. Der alte Schekel hatte zuletzt einen Wert von einem siebtel Pfennig gehabt. (S. 9)

Börse: Zum Jahrebeginn kam es an den Aktienmärkten zunächst zu Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 274,59 (276,71). BHF-Rentenindex 105,169 (105,124). BHF Performance Index 100,00 (109,780). Dollarmittelkurs 1,4430 (2,4617) Mark. Goldpreis 327,10 (327,00) Dollar.

KULTUR

Museum: Das Centre Pompidou in Paris ist um eine Attraktion reicher. Mit einem architektonisch anspruchsvollen Umbau im dritten und vierten Stock hat das „Musée National d'Art", das eine der bedeutendsten Sammlungen von Kunst des 20. Jahrhunderts beherbergt, einen seiner Bedeutung angemessenen Rahmen erhalten. (S. 13)

Malerei: Nach dem Tod Picassos und Chagalls ist André Masson der letzte aus der großen alten Pariser Ecole, von der so ziemlich alles, was die Kunst dieses Jahrhunderts prägte, seinen Ausgang genommen hat. Masson, über den Sartre einst schrieb, daß sich bei ihm nicht der Zweck des Malens vom Zweck des Menschseins trennen lasse, wird morgen 90. (S. 13)

SPORT

Tennis: *Wimbledonsieger* Boris Becker bleibt beim Masters-Junioren-Turnier in Berlin ungeschlagen. Sein zweites Spiel gewann er 6:4, 7:5 gegen den Schweden Lundgren. (S. 6)

***Volleyball:** Ein großer Erfolg* gelang der deutschen Damen-Nationalmannschaft bei einem Turnier in Bremen. Gegen Vize-Weltmeister Peru gab es den ersten Sieg mit 3:1. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Hackethal: Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat gegen den Mediziner Anklage wegen Beihilfe zur Tötung auf Verlangen erhoben. Er soll 1984 einer an Krebs leidenden Frau Zyankali zugeschickt haben. (S. 14)

Rallye: Schon in der ersten Etappe der diesjährigen Rallye Paris–Dakar gab es ein Todesopfer. Bei Sète verunglückte der japanische Motorradfahrer Yasuo Kaneko. An dem umstrittenen Rennen der „Schönen und Reichen" nehmen in diesem Jahr 487 Teams teil. (S. 14)

Wetter: Bewölkt, zeitweilig Regen oder Schnee. 0 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Streit um Erfassungsstelle für Gewalttaten der „DDR"

Kritik an Hennig aus CDU/CSU und SPD / Staatssekretär ergänzt Äußerung

p. p. / fac. Bonn

Die Äußerungen des Staatssekretärs im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, über eine möglicherweise bevorstehende Aufhebung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze (WELT v. 2.1.) haben zu einer heftigen Diskussion in Bonn geführt. Dabei wird Hennig, der seine ursprünglichen Äußerungen inzwischen leicht korrigiert hat, sowohl aus der CDU/CSU als auch aus der SPD kritisiert wegen des Zusammenhanges, den er zwischen Schießbefehl und Zentraler Erfassungsstelle in Salzgitter hergestellt hat: „Wenn 1986 auch der Schießbefehl weg ist, dann können wir Salzgitter zumachen."

Der *deutschlandpolitische* Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Büchler, warf Hennig in einem Gespräch mit der WELT vor, „ein Primat der Deutschlandpolitik" aufgegeben zu haben, „nämlich die Grenze für die Menschen insgesamt und in jeder Beziehung durchlässiger zu machen". Hennig habe in seinem Deutschlandfunk-Interview den Eindruck erweckt, als ob er – nach Aufhebung des Schießbefehls – die „noch undurchlässiger gemachte Grenze *sanktioniert*". *Es sei zwar* „klar, daß der Schießbefehl aufgehoben werden muß", sagte Büchler, aber „das schreckliche Gebilde mitten durch Europa" müsse insgesamt „verschwinden".

Mit der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter sei im übrigen überhaupt kein Zusammenhang herzustellen: Die SPD sei seit langem dafür, die Behörde aufzulösen. Denn „jeder Staatsanwalt" verfolge ohnehin „qua Amt" Verbrechen an der innerdeutschen Grenze.

Gegen die von Hennig hergestellte Verknüpfung zwischen Erfassungsstelle und Schießbefehl wandte sich auch der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner – allerdings mit *anderer Zielrichtung*: Für ihn reicht eine Aufhebung des Schießbefehls nicht aus, um die Behörde zu schließen. In einem Gespräch mit der WELT sagte Lintner: „Erst wenn alle Tatbestände beseitigt sind, die die Erfassungsstelle notwendig machen, ließe sich mit Erfolg mit den Ländern über eine Schließung reden." Der CSU-Politiker machte damit auch *deutlich, daß die Bundesländer in* dieser Frage der Ansprechpartner sind und nicht die Bundesregierung.

Lintner: „Es darf keine politischen Häftlinge in der DDR geben." Menschen dürften nicht wegen ihrer Gesinnung verfolgt werden. Solange solche unmenschlichen Dinge an der Tagesordnung seien, habe die Erfassungsstelle ihre Berechtigung.

Hennig hat angesichts der Diskussion gestern in einer Erklärung seine ursprünglichen Äußerungen ergänzt: „Wenn die DDR 1986 den Schießbefehl, dieses letzte Relikt mörderischer Freizügigkeitsverweigerung, aufhebt, *wird die Grenze zumindest nicht* mehr tödlich sein. Sie bleibt auch dann absurd und überflüssig." Und er fuhr fort: „Wenn der Schießbefehl weg ist, kann die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zur Disposition gestellt werden. Auch dann wäre die DDR noch kein Ort perfekter Menschenrechte."

Wie weit sie in der Tat davon entfernt ist, beweisen die jüngsten Erkenntnisse der Zentralen Erfassungsstelle: Mit 2660 Gewaltakten im Herrschaftsbereich der SED lag die Zahl der Verstöße im vergangenen Jahr um 22 Prozent über der von 1984. *Allerdings sei diese Steigerung* vor allem darauf zurückzuführen, daß mehr Übersiedler in den Westen kamen und auch über Gewaltakte aus zurückliegenden Jahren berichteten.

DER KOMMENTAR

Signale

PETER GILLIES

Es gehört zu den Traumata dieser Bundesregierung, den Beweis erbringen zu müssen, daß sie sich mindestens so gut aufs Innerdeutsche verstehe wie ihre sozialliberale Vorgängerin. Dabei bedient man sich der hinwendenden Signale, von denen manche mißverständlich sind oder wirken.

An der Jahreswende sprang bereits der gleichlautende Aufruf von Philipp Jenninger, dem Präsidenten des freigewählten Deutschen Bundestages, und Erich Honecker, dem weniger frei berufenen Generalsekretär der SED, ins Auge. Friedenssicherung, so beteuerten beide, müsse die Deutschlandpolitik bestimmen – fast schaut es so aus, als bediente sich Bonn der gleichen politischen Rangfolgen. Ottfried Hennig, Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, schob ein weiteres Signal nach: „Wenn in diesem Jahr der Schießbefehl weg ist, dann können wir Salzgitter zumachen." Gemeint ist die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, deren Existenz Ost-Berlin ein Dorn im Auge ist, weil sie Menschenrechtsverletzungen in Deutschland registriert. Gestern nun schwächte Hennig dieses (erstmals aufgeworfene) Junktim etwas ab, indem er hinzufügte, auch ohne Schießbefehl sei „die DDR noch kein Ort perfekter Menschenrechte". Wie wahr. Es ist schon verwegen genug, von einem „nachbarschaftlichen Verhältnis" der beiden Deutschlands zu sprechen, wo doch die „Nachbarn" Leib, Leben und Freiheit riskieren, wollten sie von von Ost nach West.

Der zyklisch aufbrechende deutschlandpolitische Eifer sollte sich auch deswegen zügeln, weil sich die innerdeutsche Bilanz durchaus sehen lassen kann. Die Ausreisezahlen sind nicht schlecht, an der innerdeutschen Grenze sind einige gefährliche Waffen entschärft, der Handel blüht. Bonn wird sich die Liebe Ost-Berlins nicht erkaufen können, *andererseits bedeutet* Liebesentzug keinen politischen Stillstand. Die Gefahr liegt in der Beflissenheit. Sie ist kein guter Ratgeber einer kühlen Politik, die zwischen Demokratie und Diktatur sauber unterscheidet.

Will Athen Khadhafi beschwichtigen?

Griechische Regierung dementiert Festnahme von Terroristen / Libysche Attacke gegen USA

SAD/DW. Athen

Die griechische Regierung hat gestern ausdrücklich dementiert, daß es sich bei acht festgenommenen Arabern um palästinensische Teroristen gehandelt habe, die einen spektakulären Anschlag in Athen geplant haben sollen. Regierungssprecher Papaiannou qualifizierte sie als „ganz normale Reisende", die im Besitz von jeweils nur einem gültigen Reisepaß und einem Rückflugschein seien. Sie dürften Griechenland verlassen. Von einer Abschiebung könne nicht die Rede sein.

Die Athener Presse hatte am Donnerstag dagegen fast gleichlautend berichtet, daß die griechische Polizei buchstäblich um fünf vor zwölf einen blutigen Anschlag von radikalen Palästinensern vereitelt habe. Nach den *Zeitungsberichten sollen die acht* Palästinenser – sechs Männer und zwei Frauen – der Terrororganisation „Geheimarmee zur Befreiung Palästinas" angehören, die von Abu Nidal kontrolliert wird. Auf das Konto dieser Gruppe gehen höchstwahrscheinlich auch die Anschläge auf die Flughäfen in Rom und Wien.

Griechische Polizeireporter zeigten sich überrascht vom Dementi der Athener Regierung, weil sie ihre Informationen von der bei der griechischen Polizei für Terrorbekämpfung *zuständigen Abteilung erhalten* hatten. Nach den Zeitungsberichten sollen die acht mutmaßlichen Terroristen seit gut zehn Tagen in drei verschiedenen Hotels in der Athener Innenstadt gewohnt und ihren Wohnort immer wieder gewechselt haben, um die Spuren zu verwischen. Ihren Anschlag wollten sie angeblich am Neuhjahrstag verüben. Als ihr Ziel sollen sie sich angeblich die ägyptische Botschaft ausgesucht haben.

Die beschwichtigende Haltung der *Regierung Papandreou ist* wahrscheinlich darauf zurückzufürhen, daß Athen die radikalen arabischen Staaten, die die palästinensischen Terroristen unterstützen, etwa Syrien und Libyen, nicht verärgern will. Dadurch glaubt offenbar Athen, daß es aus dem Schußfeld der Palästinenser geraten könnte. Neuerdings hatte die griechische Polizei Informationen erhalten, wonach palästinensische Organisationen, die Abu Nidal und Abu Abbas nahestehen, Anschläge in Athen geplant haben sollen, weil die *Regierung Papandreou Arafats* palästinensische Befreiungsorganisation aktiv unterstützt.

Der libysche Staatschef Khadhafi hat mit einem „Krieg ohne Ende" für den Fall gedroht, daß sein Land von den USA oder Israel angegriffen werden sollte. Khadhafi reagierte damit auf Spekulationen über eine mögliche Vergeltung für die Terroranschläge auf den Flughäfen Rom und Wien. Die gegen die israelische Fluggesellschaft El Al gerichteten Attentate, bei den 19 Menschen ums Leben kamen, werden dem Palästinenser Abu Nidal zur Last gelegt, der sich unter dem Schutz Khadhafis in Libyen aufhalten soll.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

Peking beginnt neue Kampagne gegen Hanoi

dpa, Peking

Mit einem demonstrativen Besuch auf den Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer hat Parteichef Hu Yaobang den Souveränitätsanspruch der Volksrepublik auf diese von China *militärisch kontrollierten, aber auch* von Vietnam beanspruchten Inseln unterstrichen. Chinesische Marineeinheiten hatten Anfang 1974 die Eroberung der im Zweiten Weltkrieg von Japan besetzten Inselgruppe abgeschlossen und die Soldaten der damaligen Saigon-Regierung vertrieben. Der KP-Generalsekretär betonte vor chinesischen Soldaten die Unterstützung Chinas für den Widerstandskampf gegen die vietnamesische Besetzung Kambodschas. Politische Beobachter in Peking sehen den Besuch im Rahmen der Kampagne, die China wegen der neuen Trockenzeit-Offensive Vietnams im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet gegen Hanoi führt.

Pinochet nennt Bedingungen für Wechsel

DW. Bonn

Der chilenische Präsident Augusto Pinochet sieht in der Ölkrise, der Wirtschaftsrezession und der „internationalen Kampagne des Kommunismus" gegen sein Land die größten Herausforderungen seiner zwölfjährigen Regierungszeit. In einem WELT-Interview sagte er, diese zwölf Jahre seien dem Aufbau einer „gerechten, *freien und modernen Gesellschaft*" gewidmet gewesen. Auch habe die Regierung eine neue Verfassung ausgearbeitet, die seit 1981 gelte.

Der Präsident bestritt, auch nach 1989 (nach dem Auslaufen seines Mandats) Anspruch auf dieses Amt zu erheben. Entsprechende anderslautende Äußerungen wollte er dahingehend gewertet wissen, daß die „Früchte seiner Arbeit" über diesen Zeitpunkt hinaus Bestand haben müßten. Pinochet wies den Vorwurf der Menschenrechtsverletzung zurück.

Seite 5: Wortlaut des Interviews

Armee droht Politikern in Belgrad

Gegen „Zerfall des einheitlichen Staatsgebietes" / Streitkräfte berufen sich auf Tito

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Sprachrohr der jugoslawischen Streitkräfte „Narodna Armija" hat unmißverständlich klargemacht, daß die *Armee einen weiteren Zerfall* Jugoslawiens nicht zulassen werde. Das Blatt schaltete sich mit einer heftigen Kritik auch an den kommunistischen Politikern und Parteifunktionären in die aktuelle Diskussion um den Partikularismus der Teilrepubliken ein: „Leider stellt ein Teil der Mitglieder des Bundes der Kommunisten, belastet von Kleinbürgertum, politischen Vorurteilen und engen Interessen, bewußt oder unbewußt das Klasseninteresse unter das Interesse seiner Nation." *Von einer solchen* Auffassung bis zur „nationalistischen Blindheit" sei es nur ein kleiner Schritt.

Es gebe eine „Angst vor dem Jugoslawentum", formuliert die Zeitung. Man spreche immer nur von den „negativen Seiten" des jugoslawischen – nämlich vom Zentralismus und Unitarismus. Gleichzeitig lasse man aber die historischen, kulturellen und politischen Gemeinsamkeiten der Völker Jugoslawiens außer acht. Die Armeezeitung beschwört die Erinnerung an *Marschall Tito, für den das „Klassenmäßige"* – und nicht das Nationale – stets der entscheidende Faktor gewesen sei. „In unserer heutigen gesellschaftlichen Praxis jedoch werden die Interessen der einheitlichen Arbeiterklasse Jugoslawiens oft auf die kleinlichen Interessen bürokratisch-etatistischer Strukturen in engen gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften (gemeint sind die Teilrepubliken) reduziert."

Die Armeezeitung kritisiert dann den „Zerfall des *einheitlichen* jugoslawischen Staatsgebietes und des jugoslawischen Marktes in voneinander isolierte Teilbereiche". Die Zeitung geißelt die technologische und wirtschaftliche „Uneinheitlichkeit" des Landes, vor allem im Bereich von Fernmeldewesen und Eisenbahn (wo verschiedene „republikanische" Verwaltungen oft unkoordiniert gegeneinander arbeiten). Und wiederum zitiert die Armeezeitung den verstorbenen Tito: Der „Unitarismus" (gegen den sich die Teilrepubliken so heftig *zur Wehr setzen) sei zweifellos* schlecht, aber es müsse schließlich auch etwas Gemeinsames für ganz Jugoslawien geben: die Wirtschaft etwa. Tito habe auch gesagt, daß die Teilrepubliken keine „eigenständigen Staaten" seien.

Schließlich kommt „Narodna Armija" auch darauf zu sprechen, daß Tito besonderen Nachdruck auf die „moralische Einheit" der bewaffneten Kräfte gelegt habe. Ohne ein „einheitliches System der Verteidigung" *gebe es keine erfolgreiche* Verteidigungspolitik. Politische Beobachter fragen sich, ob die jugoslawische Armee gemeinsam mit Anhängern einer „harten Linie" in der Partei jetzt aus ihrer politischen Reserve heraustreten könnte – und zwar im Namen einer „Rettung von Titos Erbe". Käme es dazu, so stünden Jugoslawien große Veränderungen bevor.

Wieder Raketen gegen Nordisrael

DW. Tel Aviv

Der *Norden Israels ist gestern morgen* von libanesischem Gebiet aus wieder mit Raketen beschossen worden. Dabei explodierte zum ersten Mal seit der israelischen Libanon-Invasion im Jahr 1982 auch wieder ein Geschoß im Zentrum der Grenzstadt Kiriat Schmoneh. Vier weitere Raketen schlugen in Westgaliläa nahe der libanesischen Grenze ein, ohne Schaden *anzurichten*.

In dem nächtlichen Raketenbeschuß wird auf israelischer Seite eine *Verstärkung* der von Syrien und Iran unterstützten Bestrebungen schiitischer Freischärler gesehen, die weitere israelische Präsenz im Süden Libanons zu beenden. Der Kommandant des israelischen Nordeinschnitts drohte mit einer „Reaktion".

Wien verspricht Industriereform

DW. Wien

Bundeskanzler Fred Sinowatz will nach den hohen Verlusten staatlicher Industriebetriebe in Österreich diesen *Sektor grundlegend reformieren*. Es gelte, die gesamte staatliche Industrie dem direkten Zugriff der Parteien zu entziehen, erklärte der Kanzler und SPÖ-Vorsitzende gestern im Pressedienst der Sozialistischen Partei. Bisher hätten die Parteien entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke direkt die Zusammensetzung der Aufsichtsräte und indirekt auch die der *Vorstände der Holdinggesellschaft* in der staatlichen Industrie und der Tochterunternehmen bestimmt. Die staatliche Industrie sei nicht Eigentum der Parteien. Daher müsse das Proporzsystem durch Gesetzesänderungen beseitigt werden.

Reagan kam bei den Russen an

DW. Washington/Moskau

Der 79jährige Alexander Kislakow strahlte: „Das Sowjetvolk hört mit eigenen Ohren, was der US-Präsident sagt." Der Rentner freute sich vor allem über bisher nicht zugängliche Informationen, die er durch die Neujahrsbotschaft von Ronald Reagan im sowjetischen Fernsehen erhalten hatte. Es wäre gut, fuhr er fort, wenn ein solcher Austausch öfter stattfände.

Kislakow gehörte zu denjenigen, die die Ausstrahlung der Reagan-Rede zufällig miterlebt hatten. Denn die meisten Sowjetbürger waren gar nicht über die verabredete TV-Sendung unterrichtet. Weder in der Programmvorschau der Fernsehillustrierten noch in den Tageszeitungen war das Ereignis angekündigt worden. Fußgänger im Moskauer Stadtzentrum zeigten sich sehr überrascht, als sie von westlichen Journalisten darauf angesprochen wurden.

Ein junger Mann in der sowjetischen Hauptstadt antwortete auf die Frage, wie ihm Reagan gefallen habe: „Ich halte ihn für einen fähigen Mann, der weiß, daß Friede und Zusammenarbeit die wichtigsten Dinge in der Welt sind. Ich bin sehr glücklich, daß er unser Land besuchen will." Seinen Namen wollte er jedoch nicht nennen. Ein anderer Moskauer Bürger meinte, Reagan und Gorbatschow sei es offenbar ernst mit dem Streben nach Frieden. Die Ansprache des amerikanischen Präsidenten habe gezeigt, „daß er die sowjetische Ansicht teilt, es gebe keine Alternative zum Frieden".

SEITE 5:
Die Analyse

In der Parteizeitung „Prawda" und in der Regierungszeitung „Iswestija" waren die gleichzeitig ausgestrahlten Reden der beiden mächtigsten Männer der Welt auf der Titelseite zu lesen. Die „Prawda" kritisierte aber zugleich das amerikanische SDI-Projekt, mit dem „militaristische Kreise" in den USA die Gefahr eines Krieges über die Welt brächten.

Als das Neujahrsprogramm in den Vereinigten Staaten mit dem alljährlich in Pasadena (Kalifornien) stattfindenden berühmten Rose-Bowl-Umzug für die fünfminütige Fernsehrede des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow unterbrochen worden war, griffen einige Zuschauer erbost zum Telefon und beschwerten sich bei den Fernsehanstalten. „Wenn ich einen Russen sehen will, dann kaufe ich mir einen russischen Fernseher", sagte ein Bürger in Spartanburg im Bundesstaat South Carolina.

„Hier haben Leute angerufen und gefragt, warum der Russe im Fernsehen erscheine", sagte die Telefonistin einer Fernsehstation in Detroit. „Die mochten gar nicht, daß der Umzug zum Rose-Bowl abgeschaltet worden war." In Denver erklärte eine Fernsehdirektorin zu der Kritik an der Übertragung, diese sei nicht politisch gefärbt gewesen: „Die Leute wollten ganz einfach die Parade sehen".

Afghanistan spricht von „feindlichen Akten" Bonns

Protestnote an Geschäftsträger / US-Skepsis zu Truppenabzug

DW. Washington/Bonn

Skeptisch hat sich die Regierung in Washington zu den Verlautbarungen Afghanistans über einen sowjetischen Truppenrückzug geäußert. Die USA kritisieren, daß für den Beginn des Rückzuges innerhalb eines Jahres im Rahmen einer umfassenden Friedenslösung kein genaues Datum genannt wird. Zudem werde, so amerikanische Regierungsvertreter weiter, der Abzug der sowjetischen Truppen an die Aufnahme direkter Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan geknüpft. Nach US-Angaben hatte der afghanische Außenminister Shah Mohammed Dost den Plan für den Truppenabzug bei der letzten Runde der indirekten Verhandlungen zwischen Afhanistan und Pakistan in Genf im Dezember 1985 vorgelegt.

Unterdessen hat Kabul nach einer Meldung des regierungseigenen Senders Radio Kabul dem deutschen Geschäftsträger eine Protestnote übergeben, in der sich die Regierung Babrak Karmal gegen „feindliche Akte" Bonns verwahrt. In dem Bericht des Senders wurden Bundeskanzler Kohl, Außenminister Hans Dietrich Genscher und der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, genannt, die Sympathie für „wohlbekannte anti-afghanische Elemente" gezeigt und eindeutige Beispiele für Einmischung gegeben hätten. Mit „anti-afghanischen Elementen" bezeichnet Kabul die moslemischen Widerstandskämpfer.

In seiner Protestnote wirft Kabul der Bundesregierung weiter vor, eine „feindselige Propagandakampagne gegen Afghanistan" beispiellos verstärkt zu haben. Zeitungen veröffentlichten „verleumderische Erfindungen über Afghanistan". Nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti gehören zu den „Verleumdern" des Kabuler Regimes die „Reporter für den Frieden – das durchsichtige Afghanistan", eine Initiative, bei der 60 afghanische Reporter ausgebildet würden. Als einen der Initiatoren der Aktion nennt die sowjetische Nachrichtenagentur den CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine Evita serbisch

Von Carl Gustaf Ströhm

Mehrere Jahre lang hat Jovanka Broz, die Witwe des 1980 verstorbenen jugoslawischen Partei- und Staatschefs Tito, um den Nachlaß ihres Mannes gekämpft. Jetzt wurde in Belgrad gesetzlich entschieden, was von Titos Erbe als „Volkseigentum" zu betrachten ist und was als Privateigentum gilt. Der Streit wurde keinesfalls um den Kaisers Bart geführt, sondern um des Kaisers Stil, denn Tito verfügte allein über zwanzig Residenzen. Daß er aufwendig lebte, war kein Geheimnis.

Seine Residenzen, Archive und Kunstsammlungen gehören jetzt dem jugoslawischen Staat. So etwa auch die Insel Brioni, auf der sich Tito am liebsten aufhielt und wo jetzt Touristen auf seinen Spuren wandeln können. Auch die vielen wertvollen Geschenke, die Tito im Laufe seiner Amtszeit empfing, sind jugoslawisches Staatseigentum geworden. Der Witwe Jovanka und den beiden Söhnen – die nicht aus dieser Ehe stammen – bleiben demnach nur die Garderobe, einige Bilder und persönliche Gegenstände aus dem Nachlaß. Überdies erhält Titos Witwe seit 1980 eine Pension von umgerechnet 600 Dollar, was dem höchsten Beamtengehalt in Jugoslawien entspricht. Im Belgrader Nobelviertel Dedinje steht eine schöne Villa für die Frau des Marschalls kurz vor ihrer Vollendung.

Der Streit zwischen der Witwe – von der Tito in seinen letzten Lebensjahren getrennt lebte, weil sie bei ihm offenbar in Ungnade gefallen war – und dem jugoslawischen Staat offenbart nicht nur die Kompliziertheit des Eigentumsbegriffs in einer kommunistischen Hierarchie, in der es streng genommen ja überhaupt keine Erben geben dürfte. Hier zeigt sich auch die Willensstärke einer Frau, die dem Marschall treu ergeben war, aber doch ihren eigenen Kopf durchsetzen wollte. Tito soll in seinen letzten Lebensjahren seiner Frau Jovanka gesagt haben, er wünsche keine „zweite Evita Peron", also keine Frau oder Witwe, die in seinem Namen spricht. Titos Nachfolger können sich noch weniger als er selber eine Kaiserin-Witwe wünschen, die in die Ideologie oder gar in die Staatsgeschäfte eingreift, indem sie erklärt, sein Erbe zu verwalten.

Der Kirchenkampf

Von Werner Thomas

Zum Jahresbeginn haben die Comandantes gezeigt, wie 1986 in Nicaragua aussehen wird. Der katholische Rundfunksender in Managua wurde geschlossen, weil er die Neujahrsbotschaft des Präsidenten Ortega nicht ausgestrahlt hatte.

Der Machtkampf zwischen Kirche und Staat wird sich voraussichtlich eher zuspitzen. Die Auseinandersetzung, die bereits vor sechs Jahren mit vorsichtigen Warnungen des Erzbischofs Obando vor marxistischen Experimenten begann, hat internationale Tragweite. Auf den Kardinal konzentrieren sich die Hoffnungen Roms und der internen Opposition.

Die erste Herausforderung hat Nicaraguas kämpferischer Kirchenführer gut bestanden. Die sogenannte „Iglesia Popular" (Volkskirche), die finanziell von einem linken Sympathisantenkreis des Auslandes und propagandistisch von den Sandinisten unterstüzt wird, spielt keine bedeutende Rolle. Bismarck Carballo, der Sprecher des Kardinals, schätzt, daß ihr nur zwei Prozent der Nicaraguaner angehören. Uriel Molina, der prominenteste Priester der Bewegung, ist in der Bevölkerung weithin unbekannt. Anders der Kardinal.

Miguel Obando y Bravo, ein untersetzter Mestize, darf für sich den Anspruch erheben, der populärste Mann der Nation zu sein. Überall, wo er auftaucht, erntet er spontane Ovationen. Er wird wie ein Volkstribun gefeiert. Besonders seit der Wiedereinführung des Ausnahmezustandes im Oktober vergangenen Jahres verstärkte er seine Reiseaktivitäten im Land. Er reist schon deshalb viel, weil die Sandinisten dem kirchlichen Rundfunksender immer wieder Maulkörbe umhängten. Seine Botschaft ist immer die gleiche: Frieden, Versöhnung, Verhandlungen.

Verhandlungen auch mit den antisandinistischen Partisanengruppen. Eine Forderung, die die Comandantes strikt ablehnen. Für sie sind das „Contras" und „Bestien".

Gelegentliche Gespräche zwischen beiden Seiten haben keine Fortschritte gebracht. Die Vertreter der Kirche und des Staates stimmen in dieser Einschätzung überein: Der Konflikt ist unüberbrückbar.

Farbe bekennen

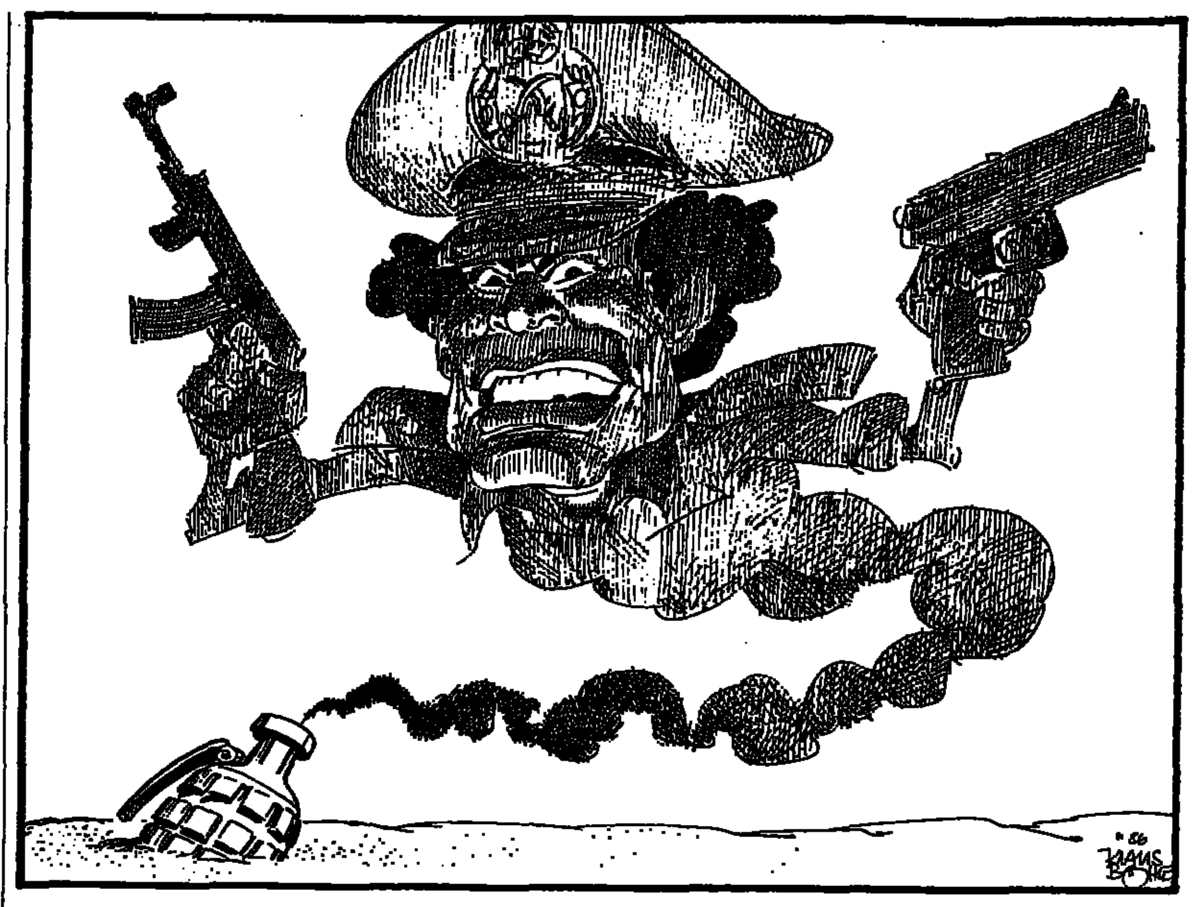
Von Eberhard Nitschke

Eine Sanktionslücke hat bisher dafür gesorgt, daß im Geltungsbereich der Bonner Gesetze jährlich Millionenschäden dadurch entstanden, daß Häuserwände beschmiert und beklebt wurden. Denn der Tatbestand der Sachbeschädigung ist nach gültiger Formulierung nur dann gegeben, wenn dadurch die Substanz der Sache verletzt oder ihre funktionsmäßige Brauchbarkeit beeinträchtigt wird.

Mit solcher Definition verkamen Universitäten und ganze Stadtviertel, denn auch in einer bekleckerten Hochschule wird irgendwie unterrichtet, und durch Quartiere, in denen Spray-„Künstler" gewütet haben, geht Autoverkehr. Jetzt berät der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages über einen Gesetzentwurf, durch den ein neuer Bußgeldtatbestand „über das Verunstalten von baulichen Anlagen oder gemeinnützigen Sachen" mit Strafandrohung bis zu zehntausend Mark geschaffen werden soll.

Die Rechtslage ist, so heißt es in der Begründung, heute „schwer durchschaubar, unklar oder sogar unverständlich". Polizeiverordnungen und Ortssatzungen der Gemeinden sind unterschiedlich. Ungleichbehandlung gleichgelagerter Sachverhalte ist die Folge. Und Sprayer, deren Hinterlassenschaft viel schwerer zu beseitigen ist als die von wilden Plakatierern, fühlen sich vielfach gar als Jünger jenes Harald Nägeli, der nach langer Jagd wegen Sachbeschädigung zu neun Monaten Haft und zur Zahlung von mehr als zweihunderttausend Schweizer Franken Schadensersatz verurteilt wurde.

Ein Bonner „Kulturforum der Sozialdemokratie" verkündete sein Nägeli-Dogma: „Kunst kann nicht die Harmonie einer unharmonischen Welt sein – sie ist der Mut zum Konflikt, wenn's um die Sehnsucht nach dem anderen, Besseren, Menschlichen geht". Unter Vorgabe solch hehrer Motive gelangte zentnerweise Farbe an gesprayte Mauern. Der Bürger erfuhr gelegentlich vom Rathaus, daß die Reinigung einer Passage, einer Schulmauer, einer Kirchenwand Tausende von Mark aus dem schmaler gewordenen Gemeinde-Steuersäckel gekostet habe. Jetzt müssen die Verteidiger seiner Rechte Farbe bekennen – durch Anwendung des neuen Gesetzes.



Keine Fata Morgana KLAUS BÖHLE

Schienbein und Vertrauen

Von Enno v. Loewenstern

Hätte der sprichwörtliche Beobachter vom Mars nach all den Schreckensmeldungen, was für Katastrophen die Erde bedrohen, sich am Mittwochabend eingeschaltet, so hätte er sich gefragt, woher diese Katastrophen kommen sollen. Da beteuerten zwei freundliche, geschäftsmäßige ältere Herren einander, man wolle „versuchen, Verdacht und Mißtrauen zwischen uns zu verringern" bzw. man habe „die ersten Schritte in Richtung einer Überwindung des Mißtrauens und Aktivierung des Vertrauensfaktors" getan. Es hörte sich an, wie wenn die Bürgermeister zweier Nachbargemeinden über die gemeinsame Finanzierung einer Großkläranlage verhandelten. Der Beobachter vom Mars würde fragen, wie unter so abgeklärten Menschen überhaupt ein Mißtrauen entstehen und zu Weltgefahrannahmen führen konnte und warum das nicht mit wenigen klärenden Worten ausgeräumt werden kann.

Ein klärendes Wort, das ihm erst bei weiterer Nachforschung auffiele – es kam in den Neujahrsbotschaften nicht vor –, heißt „linkage". Dieser amerikanische Begriff besagt vordergründig, daß nicht nur über Raketenabbau, sondern auch über den Abbau sonstiger Krisenherde im Zusammenhang verhandelt werden müßte. Dahinter steht, daß es in der Weltpolitik zwei Ebenen gibt: die höhere, wo sich die beiden Staatsmänner mit Liebenswürdigkeiten überschütten, und die andere, unterhalb der Verhandlungstischplatte, wo es ans Schienbein geht.

Das beginnt mit Afghanistan, zu dem Präsident Reagan einige mahnende Worte in seine sonstigen Jahresschlußbetrachtungen einflocht. Worauf dieselbe „Prawda", die eben noch und unmittelbar danach Vertrauensfaktor-aktivierende Freundlichkeiten ihres Generalsekretärs veröffentlichte, den USA vorwarf, sie wollten Afghanistan in ein „Sprungbrett der militärischen Aggression verwandeln".

Noch akuter ist die nahöstliche Gefahr. Nachdem Syrien Libanon zu einem Klientelstaat gemacht und der Terror sich dort wieder etabliert hat, tauchen die ominösen Sam-Raketen erneut in der Bekaa-Ebene auf. Als Israel sich alarmiert zeigte, warnte der sowjetische ZK-Funktionär Brutents in Kuwait, Syrien werde im Falle eines israelischen Angriffs nicht allein stehen. Dies führte zu zweierlei Überlegungen: Welche weltweiten Folgen kann es nach sich ziehen, wenn Israel etwas gegen die unmittelbare Bedrohung seiner Existenz aus Libanon unternimmt? Und: Was machen die Sowjets im bisher als gut westlich orientiert geltenden Scheichtum Kuwait, einem Glacis Saudi-Arabiens?

Während die freundlichen Neujahrsworte beiderseits des Ozeans vorbereitet wurden, schossen Terroristen wahllos in Frauen und Kinder an Fluggastschaltern in Wien und Rom, und eine schriftliche Drohung versprach, „eure Frauen und Kinder" auch weiterhin wahllos zu ermorden. Die libysche Nachrichtenagentur feierte die Täter als „Helden" und „Söhne von Märtyrern". Daraufhin überlegte erst Jerusalem und dann, nach kurz eingeschobenem „Mäßigungs"-Vorschlag, auch Washington öffentlich, ob Maßnahmen gegen den nahöstlichen Terrorismus nicht vor allem Libyen berücksichtigen sollten. Amerikanische „Contingency"- oder Eventualpläne wurden bekannt, in denen Luftangriffe auf Libyen erörtert wurden.

Daß Libyen allein der Sechsten Flotte keinen Tag lang widerstehen könnte, wird von niemandem bezweifelt. Aber Khadhafi erwiderte, ein Angriff auf Libyen würde im Mittelmeerraum einen Krieg auslösen, von dem die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen würde. Dank wessen Eingreifen? Gerade war aus Libyen die Meldung lanciert – und von keiner sowjetischen Stelle dementiert – worden, daß zweitausend sowjetische Militärberater in Libyen eingetroffen seien, wo viele sowjetische Luftabwehr-Raketen stationiert sind.



Von linkage kein Wort zu Neujahr: Gorbatschow FOTO: AP

Die Seeräuberhäfen des Mittelmeeres waren schon in der Antike ein schwieriger Bereich; wie schwierig, haben auch die Amerikaner vor fast zwei Jahrhunderten erfahren. Noch nie allerdings stand eine Großmacht dahinter, jedenfalls nie – selbst wenn man die 1518 erfolgte Berufung des algerischen Piraten Chaireddin Barbarossa zum Beylerbey von Afrika durch Sultan Selim I. zählen wollte – eine Großmacht, mit der man Botschaften über gegenseitiges Vertrauen austauschte und der man die Weltvernichtung zutraute. Es gehört zum westlichen Ritus, sich selbst zu versichern, daß die Führer der UdSSR keine Abenteuer suchten. Aber jeder Abenteurer von Hanoi über Damaskus und Tripolis bis Managua kann sich auf Zusicherungen berufen, daß er, wenn es ernst wird, nicht allein stehen werde.

Die UdSSR bindet sich zwar nicht blindlings an Abenteurer. Ihr Atom-Alarm während des Nahost-Krieges 1973 jedoch und davor ihre Drohungen während des Sechstagekrieges 1967 und ihre Raketenstationierung auf Kuba 1962 zeigen, daß sie ohne weiteres riskiert, was in Amerika mit dem Ausdruck „brinkmanship" (Heranrücken an den Abgrund) umschrieben wird. Wie sicher man auch sein mag, daß sie zuerst zurückzucken wird, wie damals in Kuba – die westlichen Demokratien sind seelisch nicht auf solche Konfrontationen eingerichtet. Die Summe des außenpolitischen Ausblicks auf 1986 ist: Subtrahierte man diese Hintermännerei von den Krisenherden der Weltpolitik, bliebe wenig übrig außer den Weltschuldenlasten und allenfalls den Rassenkrawallen in Südafrika. Aber sie ist da. Sie wird vor und nach dem nächsten Vertrauensfaktorgipfel die Weltpolitik auf den unteren Ebenen bestimmen und westliches Ingenium zu immer neuen Contingency-Plänen zwingen, wie man sich die Hände reicht und zugleich das Schienbein vor schließlich lähmenden Tritten schützt.

IM GESPRÄCH Antonio Ortiz Mena

Bankier in Lateinamerika

Von Günter Friedländer

Wer immer in Lateinamerika von „BID" spricht, braucht nicht zu fürchten, daß der Gesprächspartner nicht weiß, wovon er spricht. BID ist das Kurzwort für die „Interamerikanische Entwicklungsbank", deren Hauptquartier in Washington nur wenige hundert Meter vom Weißen Haus entfernt liegt.

Ende November wählten die dreiundvierzig Mitglieder der Bank ihren Präsidenten für die kommenden fünf Jahre. Die Wahl fiel einstimmig auf den Mexikaner Antonio Ortiz Mena (71). Das war nicht anders zu erwarten: Von den fünfundzwanzig Jahren, die die Bank besteht, hat Ortiz Mena sie fünfzehn Jahre hindurch geleitet.



Dreiundvierzig Mitglieder und sechsundzwanzig Enkel: Ortiz Mena FOTO: CAMERA PRESS

Der in der mexikanischen Provinz Chihuahua in Parral geborene Bankier ist ein Renaissancemensch, der seine Freizeit seinen vielen Interessen widmet, u. a. der Natur, der Musik, der Kunst – vor allem aber seinen sechsundzwanzig Enkelkindern. Hinter dem steten Gleichmut und der Verbindlichkeit, die seine Handelsmarke geworden sind, verbirgt sich der eiserne Wille, Lateinamerika den Weg zu einer besseren Zukunft zu ebnen. Die Entwicklungsprojekte der Regierungen des Subkontinentes werden den Fachleuten der Bank unterbreitet, die sie gemeinsam mit deren Mitarbeiterstab ausarbeiten. Die Bank leiht sich dann das fehlende Geld – im letzten Geschäftsjahr 2,4 Milliarden Dollar – von den Industriestaaten, um es an die Antragsteller auszuleihen.

Ortiz Mena ist der Vertrauensmann aller Beteiligten: der Gläubiger wie der Schuldner. Im Fall der Schuldner heißt das, daß sie sich die korrigierende Hand des BID gern gefallen lassen und von den Kommissionen des BID, die sie regelmäßig besuchen, viel aus ihrem eigenen Fach für die Zukunft lernen. Wer mit Ortiz Mena zu tun hat, gewöhnt sich daran, daß er als guter Lateinamerikaner das Wort „Nein" kaum gebraucht. Seine Verhandlungspartner merken sehr bald, wie ein „Nein" aussieht. Ein Beispiel dafür ist Nicaragua.

Die USA, der größte Partner im BID, sprachen den Wunsch aus, daß der BID Nicaragua keine Anleihen mehr gebe. Ortiz Mena fand einen für ihn typischen Ausgleich: Alle vor 1983 bewilligten Projekte werden weiterhin finanziert. Alle seither eingereichten Projekte werden „untersucht", und diese Untersuchungen kommen nie zu einem Ende. Alle Beteiligten haben sich damit zufriedengegeben.

Ortiz Mena ging in Washington ein guter Ruf voraus. Er wurde an der Universität von Mexiko ausgebildet und hatte in der Heimat u. a. die Sozialversicherung geleitet, bevor er für zwölf Jahre (1958–1970) Finanzminister wurde. Er kennt nicht nur die Eigenarten der Lateinamerikaner, er kommt ihnen auch gern entgegen. So sorgte er z. B. dafür, daß Lateinamerika in der Leitung der Bank stets eine leichte Mehrheit hat, was Westeuropas Länder ebenso wie Japan und die USA akzeptierten.

Seit Ortiz Mena die Bank durch die Stürme der Weltkrisen führt, ist die Mitgliedzahl von zwanzig auf dreiundvierzig gestiegen. Der BID leiht heute mehr als fünfmal soviel aus wie 1971. Außerdem hat er der gesamten Welt einen unbezahlbaren Dienst geleistet: Seine Jahrbücher sind eine unerschöpfliche Fundgrube zuverlässiger statistischer Daten, die sonst wohl die Öffentlichkeit nicht erreichen würden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zur EG-Süderweiterung:

Erstmals verfügen die ärmeren Länder im EG-Ministerrat, wo die europapolitischen Entscheidungen fallen, über eine Sperrminorität. Besonders der von Bonn und London in den Haushaltsberatungen mit Vorliebe gezückte Rotstift wird dadurch stumpfer.

Kölnische Rundschau

Sie rechnet nicht mit einem Honecker-Besuch:

Der neue Moskauer Spitzenmann hat schon zu Beginn seiner Amtszeit unmißverständlich klargemacht, daß er den hegemonialen Anspruch der Sowjetmacht im Warschauer Pakt hervorzukehren gedenkt. Trifft die Einschätzung Bonner Experten zu, dann besitzt für Gorbatschow der Dialog mit den USA absoluten Vorrang. Das würde die Rückkehr zum traditionellen Muster der Ost-West-Politik bedeuten, in dem allein zählt, was zwischen den Supermächten läuft, und Europa nur eine Statistenrolle spielt. In diesem Konzept hätte eine Westreise Honeckers vor dem nächsten Treffen Reagan-Gorbatschow keinen Platz.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung geht auf Chinas Reformpolitik ein:

Damit Dengs Kurs erfolgreich weitergeführt werden kann, ist es notwendig, daß das volkreichste Land der Erde zwischendurch einmal Luft holt. Deng Xiaoping ist sich der Risiken bewußt, denen sein Experiment, das geschichtliche Ausmaße hat, immer wieder ausgesetzt ist. Er muß verhindern, daß sich eine Schere öffnet, die auf der einen Seite eine in Armut verharrende Mehrheit und auf der anderen Seite plötzlichen Wohlstand für begrenzte Regionen und Gruppen zeigt.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie beurteilt die Lage der Gewerkschaften skeptisch:

Seit Jahren schon wirken die Arbeitnehmer-Organisationen nicht mehr erneuernd in der Gesellschaft, sie sichern zunehmend nur noch früher Erkämpftes ... Die Skepsis der Jugendlichen gegenüber Mammutgebilden haben die Gewerkschaften nicht allein verschuldet, aber sie leiden stärker darunter als die Parteien. Wachsender Wohlstand hemmt die Bereitschaft zum Engagement. Das alles mag man beklagen. Wollen die Gewerkschaften aber ihre Kraft behalten, müssen sie sich auf die Gegebenheiten einrichten. Es gibt genug Möglichkeiten, Einfluß und Phantasie zu beweisen. So gilt es, die Teilzeitarbeit nicht zu bekämpfen, sondern sie sozial abzusichern. Die DGB-Organisationen wissen, daß sie den technischen Fortschritt nicht verhindern können ... Stures Beharren auf starren Regelungen dürfte den Gewerkschaften langfristig nur schaden.

Der Dollar rutscht – wie weit nach unten?

Rätselraten über die amerikanische Steuer- und Notenbank-Politik / Von Claus Dertinger

Dollarkurs-Wetten sind gerade zum Jahreswechsel ein beliebtes Spiel unter Devisenhändlern und anderen Propheten. Aber ein gefährliches, wie der Rückblick auf 1985 zeigt. Denn vor einem Jahr, als der Dollar 3,14 Mark kostete, hatte kaum jemand geglaubt, daß sein Kurs innerhalb von acht Wochen auf 3,47 Mark explodieren würde. Ebenso unwahrscheinlich war, daß die US-Währung Ende des Jahres für 2,45 Mark zu haben sein würde.

Wohin wird die Reise in diesem Jahr gehen? Die Meinungen sind geteilt. Der Kurs könnte noch weiter sinken, vielleicht bis auf 2,20 Mark, meint ein Teil der Experten, der dieses Kursniveau von den Kaufkraftrelationen her für angemessen hält. Andere Fachleute wiederum sind überzeugt, daß der Dollarkurs bald wieder steigen müsse. Sie begründen das mit der Annahme, die Zinssenkungsspekulation in den USA – die den Dollarkurs in den letzten Monaten unter Druck gehalten hat – werde platzen und die Dollarzinsen würden deshalb wieder steigen.

Tatsache ist, daß der heutige Dollarkurs nicht nur unter Kaufkraftaspekten realistischer ist als während der letzten drei Jahre, sondern daß er auch besser als bisher zur außenwirtschaftlichen Situation der USA paßt. Denn ein nicht mehr horrend überbewerteter Wechselkurs, der folglich die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Waren auf den internationalen Märkten stärkt und der Billigkonkurrenz der Importe am heimischen Markt entgegenwirkt, müßte allmählich zu einem Abbau des riesigen Defizits in der Handels- und Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten beitragen. Diese Zielrichtung haben schließlich auch die Devisenmarktinterventionen, mit denen große Notenbanken seit Ende September eine Korrektur der Überbewertung des Dollars in die Wege geleitet haben.

Doch die eigentliche Ursache der außenwirtschaftlichen Schieflage der USA ist Washingtons überdimensioniertes Haushaltsdefizit, das bei boomender Konjunktur nicht nur die Angebotsmöglichkeiten der amerikanischen Wirtschaft überstrapaziert hat, sondern auch die dürftige Ersparnis. Die bekannten Folgen sind ein gewaltiger Importsog und eine ungeheure Auslandsverschuldung, mit der das alles finanziert wird. So muß denn auch die Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts bei der amerikanischen Budgetpolitik ansetzen.

Was auf diesem Feld geschieht, steht in den Sternen. Steuererhöhungen werden sich wohl nicht vermeiden lassen. Werden sie die Konjunktur drosseln und zugleich die ohnehin von der Dollarabwertung ausgehenden Preisauftriebskräfte verstärken? Müßte darunter nicht das internationale Vertrauen in die wichtigste Anlagewährung der Welt leiden, so daß der Dollarkurs unter Druck gerät, zumal dann, wenn die Geldpolitik Leine läßt, um die Konjunktur zur nächsten Präsidentenwahl nicht abschlaffen zu lassen? Könnte der Druck auf den Dollar dann nicht sogar so stark werden, daß die Zentralbanken mit Interventionen ein Auffangnetz spannen, damit der zur Finanzierung des außenwirtschaftlichen Defizits nötige Kapitalstrom aus dem Ausland nicht versiegt?

Für denkbar halten viele Devisenexperten auch ein anderes Szenario. Sie gehen nämlich von der Annahme aus, daß die amerikanische Notenbank in nicht allzuferner Zeit wieder von ihrer weichen Linie abrückt, auf die sie im Herbst dieses Jahres eingeschwenkt war, um auch mit niedrigeren Zinsen einen Druck auf den Dollarkurs auszuüben. Dies sei nun nicht mehr unbedingt nötig, nachdem sich der Dollarkurs auf einem vernünftigeren Niveau eingependelt habe, und zudem sei wegen des leichten Wiederanstiegs der Preise eine großzügige Geldpolitik auch nicht mehr angebracht, vermuten nicht wenige Fachleute. Daraus schließen sie auf eine Stabilisierung oder gar leichte Erhöhung des US-Zinsniveaus, die auch den Rückgang des Dollarkurses stoppt oder sogar Spielraum für eine mäßige Befestigung schafft.

Das sind alles Vermutungen, für die es noch keinerlei konkrete Anhaltspunkte gibt. Alles ist offen. Einigkeit besteht in Expertenkreisen nur darin, daß die großen Notenbanken in diesem Jahr nicht mehr so extreme Dollarkursschwankungen zulassen werden wie bis zum September letzten Jahres. Denn damals beim New Yorker Finanzgipfel der „Großen Fünf" hat erstmals auch ein amerikanischer Finanzminister begriffen und die Konsequenzen daraus gezogen, daß Wechselkurse eine wichtige wirtschaftliche Steuerungsgröße sind, deren Vernachlässigung in der wirtschaftspolitischen Strategie verheerende Folgen haben kann.

Türmchen und Erker feiern in Dresden Renaissance

Nicht nur die Bundesrepublik – auch die „DDR" hat ihr „Kreuzberg". Gründerzeitquartiere, deren Wohnwert erst heute wieder erkannt wird, sind in vielen Städten im anderen Teil Deutschlands von fortschreitendem Verfall bedroht. „Modell" für die Sanierung derartiger Viertel soll Dresden werden.

Von D. GURATZSCH

Das Ereignis vom Februar 1985 ist in Dresden unvergessen. Als am Jahrestag der Zerstörung der Stadt, an einem kalten, grauen Abend, der „klingende Platz", der 40 Jahre lang ein toter Platz gewesen war, von Scheinwerfern in gleißendes Licht getaucht wurde. Als eine vieltausendköpfige Menge Kopf an Kopf gedrängt auf dem Platz nur eine schmale Gasse für die Anfahrt der Staatskarossen ließ. Und als der *Anlaß dieses Menschenauflaufs, das* ehrwürdige Opernhaus von Gottfried Semper, das vier Jahrzehnte lang eine ausgeglühte, zugemauerte Ruine war, erleuchtet von tausend Lüsterkerzen in jugendlicher Schönheit neugeboren erstrahlte. Da schien für Stunden der Schrecken jener *Bombennacht,* die das alte Elbflorenz in Schutt und Asche gelegt hat, ausgelöscht wie ein Spuk.

Niemand von den Festgästen war Zeuge der kleinen Szene, die sich nur zwei Tage später wenige Straßenzüge *entfernt abspielte. Da stand eine alte* Frau vor einem riesigen Steinhaufen in der Dresdner Schäferstraße und wischte sich mit dem zerfurchten Handrücken über das Gesicht. „Das war mei Heisl", sagte sie und zeigte mit dem Krückstock auf den Ziegel*haufen, in dem Abraumbagger wühl*ten, „da hab ich 70 Jahre hinne gewohnt."

Es war die 89jährige Margarete Rüssel, die eine innere Unruhe zu dieser Stunde hierher getrieben hatte, und das Haus, das sie liebevoll *„Heisl" nannte, war eine „Mietskaser*ne" mit vier Stockwerken gewesen und hatte die Nummer 7 getragen. Sie muß ihm lange Glück gebracht haben, denn das Haus hatte selbst den furchtbaren Bombenangriff überstanden.

Haus Nummer 7 ist gesprengt worden, um Neubauplanungen Platz zu machen. Schon schiebt sich von Westen her eine lange graue Betonzeile an die Baugrube heran. Wieviel von der Altbausubstanz wird diesen stupiden, gerasterten Neubauten noch weichen müssen?

Auch die Gebäude gegenüber sind schon geräumt, die Fenster zerbrochen. Es handelt sich um Häuser mit Fassadenschmuck, hohen Fenstern, Balkonen, Erkern und den typischen Dresdner Mansarddächern. Nur wenige hundert Meter vom alten Verkehrsmittelpunkt, dem Postplatz, entfernt, geben sie mitten in der weiten Wüste dieser zerbombten Stadtlandschaft ein letztes Bild von der Maßstäblichkeit der sonst völlig ausgelöschten Dresdner Altstadt.

Außerdem sind sie von beinahe symbolischer Bedeutung. Sie liegen nur wenige Straßen südlich von jener *Fußballarena,* die den englischen Bombergeschwadern als Zirkelpunkt für das Abwerfen der Leuchtkaskaden und „Christbäume" über der abgedunkelten Stadt diente. Dadurch gerieten sie, wie der „Brandanfang" beim Hamburger Großbrand von 1844, in einen toten Winkel des Feuersturms. Die Erinnerung daran ist heute, mehr als 40 Jahre nach dem Inferno, *offenbar gleichgültig geworden.*

Vor zwei Jahren haben die „DDR"-Stadtplaner das Ruder im Städtebau herumgerissen. Trabantenstädte in nüchtern-funktionaler Großtafelbauweise (wie sie leider auf den einst malerischen Höhenzügen über Dresden in Räcknitz und Gorbitz noch immer hochgezogen werden) sollen künftig nicht mehr entstehen. Wie es jetzt auch Bundesbauminister Oscar Schneider für die Bundesrepublik gefordert hat, soll sich die Bautätigkeit künftig auf die In*nenstadtbereiche konzentrieren – auf* die „Rekonstruktion" von Altbauten, auf die Schließung von Baulücken. Die Sprengung des Hauses Schäferstraße 7 ist für die Auslegung dieser Richtschnur in Dresden freilich kein gutes Omen.

Dresdens Stadtarchitekt Heinz Michalk versichert indessen, daß es ihm mit der Erhaltung der Dresdner Altbaugebiete ernst sei. Gorbitz mit 15 000 Wohnungen für 40 000 Menschen solle die letzte Dresdner Trabantenstadt sein, weitere 3000 Neubauwohnungen sollten dann im Zentrum gebaut werden.

Freunde des alten Dresden hatten gehofft, daß die Stadtverwaltung damit grünes Licht für eines der aufwendigsten Projekte geben würde, das 1981 Gegenstand eines internationalen Entwurfsseminars gewesen ist: für die Neubebauung der kahlen, abgeräumten Fläche des Zentralbereichs der Innenstadt rund um den Neumarkt und die Ruine der Frauenkirche.

Damals hatte die Mehrzahl der Architekten aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und der „DDR" für die Rekonstruktion der einstigen barocken Wohnbebauung plädiert – ein sehr verantwortungsbewußter Beschluß, stellt man ihn in einen Kontext mit der Wiedergeburt mittelalterlicher Häuserzeilen und Platzwände in Danzig, Breslau, Warschau oder auch in Frankfurt am Main. Noch im Januar hatte auch Stadtarchitekt Michalk dieses Projekt dem Fünfjahresplan 1986 bis 1990 zugeordnet. Jetzt ist es, durch eine Entscheidung vor wenigen Tagen, bis auf weiteres verschoben worden.

Vorrang im Stadtzentrum wird damit wiederum der Neubau erhalten. Acht- und sechsgeschossige Gebäudekomplexe sollen die noch immer offenen, zugigen zentralen Plätze Altmarkt, Postplatz und Platz der Einheit einfassen. Mit diesen Bauvorhaben wird endgültig darüber entschieden, welchen Charakter das neue Dresden erhalten soll. Gesprochen wird von leicht gegliederten, aufge*lockerten Fassaden, von neuen Arka*den am Altmarkt, auch von grünen Innenhöfen und Baublöcken in „ungleichen Winkeln". Auch in die „DDR"-Architektur ist „postmoderne" Bewegung gekommen.

Und doch wird man befürchten müssen, daß auch mit diesen Bauten keine Anknüpfung an die großen Traditionen des alten Dresden gelingt, dessen *kunstbewußtem Bürgertum* einst das Beste auf dem Markt der Architektur gerade gut genug für die Kunststadt an der Elbe war. Dresden ist von der Ostberliner Staatsführung auf den zweiten Rang gesetzt worden.

Die 300 besten Bauhandwerker der Stadt werden seit Monaten in Ost-Berlin eingesetzt, wo sie Renommierbauten für die 750-Jahrfeier errichten sollen. Die Planungen in der Elbmetropole, an denen schon Ulbricht den provenziellen Zuschnitt bemängelt haben soll, atmen gegenüber den am*bitionierten, ehrgeizigen Entwürfen* etwa für die Ostberliner Friedrichstraße vielfach nur den Geist der Zweitklassigkeit. Für spektakuläre, individuelle Lösungen fehlt die finanzielle Ausstattung, die einst das Königshaus und das Bürgertum der Haupt- und Residenzstadt der Sachsen zuteil werden ließen.

Stadtbaumeister Michalk unterstreicht demgegenüber, den Bauvorhaben und besonders der Rekonstruktion in den Altbaugebieten solle in Dresden nach einer bereits abgeschlossenen Studie über den Stadtteil „Äußere Neustadt" Beispielcharakter gegeben werden. Der Anfang ist in der (älteren) „Inneren Neustadt" dort gemacht worden, wo unter dem Nachkriegsoberbürgermeister Walter Weidauer Teile des ältesten Dresden mitsamt den Ruinen des Alten Rathauses am Neustädter Markt dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Rings um das Kügelgenhaus mit seiner golden nachgezogenen Inschrift: „An Gottes Segen ist alles gelegen" entsteht eine Museumsinsel aus liebevoll restaurierten barocken Bürgerhäusern. Bis 1990 soll sie fertig sein. Die Mieten von 90 Pfennig pro Quadratmeter plus 30 Pfennig Nebenkosten sollen, so Michalk, die Neumieten nicht übersteigen.

Auch die alte Dreikönigskirche, die zu diesem Ensemble gehört und an der Dresdens berühmteste Barockbaumeister Pöppelmann und George Bähr gebaut haben, ist bereits eingerüstet, wenn auch die evangelische Landeskirche unbegreiflicherweise nicht den Mut und die kulturpolitische Verantwortung aufbringt, den Kirchenraum mit seinen 2000 Plätzen wieder in seiner alten grandiosen Weite und Schönheit herzurichten. Statt dessen werden Decken eingezogen, um Büros der Kirchenverwaltung unterzubringen – eine kleinmütige Lösung.



Traditionsinsel des bürgerlichen Dresden: Die Louisenstraße in der „Äußeren Neustadt"

Anders als in der Inneren Neustadt mit ihrer Barocksubstanz, geht es in der sich anschließenden Äußeren Neustadt um die Erhaltung eines fast komplett über den Krieg geretteten Stadtteils der Gründerzeit. Mit seinen Türmchen und Erkern, seinen Sandsteingiebeln und Balkonen, seinen Ziegel- und Putzfassaden, den stuckverzierten, oft freskengeschmückten Eingangshallen und schweren, handgearbeiteten Eichentüren, den Werkstätten und einstigen Gartenhäuschen in den Hinterhöfen ist er eine Traditionsinsel des bürgerlichen Dresden, jenes *„Elbflorenz" des 19.* Jahrhunderts, das vom Stil der Neurenaissance geprägt war und von dem der verheerende Bombenangriff nur wenig übriggelassen hat.

Doch er verfällt rasant. Die vielfach auf dem Stand von 1914 eingefrorenen Mieten lassen kaum finanzielle Spielräume für die Renovierung. Es mangelt an Material und selbst an *Gerüsten, vor allem aber fehlt es an* Arbeitskräften. Der Westler begegnet einer Standardfrage: Warum schickt ihr uns nicht eure arbeitslosen Bauarbeiter? Den kleinen, selbständigen Handwerksbetrieb gibt es nicht mehr, und die „Kombinate" arbeiten *vorrangig in den Neubaugebieten,* wo sich im industrialisierten Verfahren höhere Produktionsziffern herauswirtschaften lassen.

So klingt es fast trotzig, wenn der Stadtarchitekt auf den Zielen für die Äußere Neustadt beharrt: 4500 Wohnungen sollen modernisiert und mit Bädern ausgestattet werden, 900 bedürfen der völligen Rekonstruktion. In den Baulücken sollen 800 Wohnungen neu erstehen. Heinz Michalk ist überzeugt, dieses Programm bis 1990 „konzentriert in Angriff nehmen zu können", denn das Vorhaben solle im „DDR"-Maßstab ausgewertet werden.

Man will ganze Straßenzüge auf einmal vornehmen und dabei die Vorteile „industrialisierter" Techniken nutzen. Für die verbliebenen privaten Hausbesitzer, deren Vorfahren dieses *kulturelle Erbe einst aus den Ein*künften ihrer kleinen Gewerbe und ihren Beamtengehältern zusammengespart und mit manchem liebevollen Schmuckelement ausgestattet haben (Aufträge für schmiedeeiserne Balkongitter wurden bis nach Berlin vergeben), hat das Heranrollen der Renovierungswalze seine Kehrseite: Die Zwangsrenovierung bürdet ihnen Lasten auf, die sich für manches Haus auf Hundertausende von Mark belaufen.

Für westliche Hausbesitzer bedeu*tet es die Enteignung. Ein erst im* Januar in Kraft getretenes neues „Gesetz über die Bereitstellung von Grundstücken" regelt den „Entzug des Eigentumsrechtes", wenn „eine Vereinbarung über die Durchführung der Baumaßnahme ... nicht zustan*dekommt"* (Gesetzblatt *vom* 25. Juni 1984). Die kritische Grenze für das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung aber liegt dort, wo der auferlegte Finanzbedarf für die Renovierung den extrem niedrig festgesetzten „Einheitswert" der Grundstücke übersteigt.

Für die Baulücken sind Neubauten in einer architektonischen Gestalt vorgesehen, die jede Monotonie vermeiden soll. Die ersten Experimente dieser Art an der Bautzener und Martin-Luther-Straße sind freilich noch *nicht sehr ermutigend.*

Heinz Michalk räumt ein: „Wir müssen zu noch feineren Differenzierungen kommen, für jeden Standort das Spezifische finden." Aber die Zeit drängt. Von den mehr als 8000 Wohnungen der Äußeren Neustadt sind *nur noch 2000 in „gutem Zustand".* Und auch sie bedürfen der laufenden Instandhaltung. Was soll aber erst aus den anderen Stadtteilen mit ihren zum Teil malerischen Ortskernen werden? Und aus den einst berühmten Villenvierteln mit dem verwit*ternden Prunk ihrer Pseudopalais-* und -burgenarchitektur?

Die Sorge wächst, daß das alte Dresden einen zweiten Tod stirbt, daß so manches, was Krieg und Nachkriegszeit von den Schönheiten des einstigen Elbflorenz übriggelassen *haben, nun doch noch unter die* Planierraupen kommt. Wie das alte Haus Schäferstraße 7 im Schatten der strahlenden Semperoper, über dessen kahles Grundstück heute der Wind den Bausand treibt.





Zwei Gesichter der Stadterneuerung: Die Dreikönigskirche wird wieder aufgebaut; in der Schäferstraße mußten alte Häuser einer monotonen Häuserzeile weichen FOTOS: ARCHIV KARISCH

Italien trägt das große „E" im Knopfloch

Die europäische Integration gehört in Italien – mehr als in anderen Ländern – zum Credo aller Parteien. Doch die Zielvorstellungen sind recht unterschiedlich.

Von F. MEICHSNER

Auf dem letzten EG-Gipfel hat sich Italien als europäischer „Musterschüler" präsentiert. Es machte sich für ein Maximalprogramm der Einigung auf wirtschaftlichem, monetärem und institutionellem Gebiet stark. Nach Aushandlung eines Kompromisses auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners unterwarf es sich als einziges Land dem Urteil des Europa-Parlaments. Nur wenn die fast leer ausgegangenen Straßburger Parlamentarier das beschlossene Minimalprogramm akzeptieren, will auch Rom sein Plazet dazu geben.

Italiens Partner wurden damit scheinbar vor die Alternative des Alles oder Nichts gestellt – mit einer Entschiedenheit, die angesichts des normalerweise eher subtilen Prozedierens der italienischen Diplomatie nicht wenig in Erstaunen setzt. Däne*marks Ministerpräsident* Schlüter fühlte sich derart vor den Kopf gestoßen, daß er alle diplomatische Zurückhaltung beiseite ließ und die Argumentation des römischen Chefaußenpolitikers Giulio Andreotti mit der brüskierenden Bemerkung unterbrach: „Nur Mussolini glaubte, immer Recht zu haben."

Nun hat die Europa-Begeisterung des demokratischen Italiens mit Mussolini sicherlich nicht das geringste zu tun, wenn sie auch in Motivation und Zielvorstellung komplexer sein *mag, als das auf den ersten Blick* erscheint. Die europäische Integration gehört hier – mehr als in anderen Ländern – zum Credo aller Parteien von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten. Bedingt ist dies sowohl durch Erfahrungen in der Vergangenheit als auch durch Zukunftserwartungen.

Politisch wurde diese Begeisterung *nach dem Krieg ähnlich wie in* Deutschland unter anderem durch den Wunsch geweckt, aus der Isolierung herauszukommen, in die das Land durch zwei Jahrzehnte der Diktatur geraten war. Psychologisch gründete sie auf dem Bestreben nach *Gleichberechtigung – im Rückblick* auf das, was von vielen Italienern seit der Gründung ihres Nationalstaates im vorigen Jahrhundert als das Aschenbrödeldasein eines von den „Großen" über die Schulter angesehenen „Habenichts" empfunden worden war. Wirtschaftlich kam die Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 für Italien nach vielen Jahren der Autarkie und des konsequenten Protektionismus einem Sprung ins Ungewisse gleich.

Vom Agrarstaat zur großen Industrienation

Die positiven Ergebnisse von Begeisterung und Wagemut liegen heute auf der Hand: Italien ist nicht nur aus der Zwitterposition des Verlierer-Siegers, in der es sich bei Kriegsende befunden hatte, zum gleichberechtigten europäischen Partner von Ländern wie Frankreich und England aufgestiegen, es hat auch den Sprung vom weithin unterentwickelten Agrarstaat in den Kreis der sieben größten Industrienationen der westlichen Welt geschafft.

Die europäische Einigungspolitik hat also, obwohl bisher nur in Ansätzen verwirklicht, schon einige Proble*me Italiens gelöst. Auf sie gesetzt zu* haben, hat sich für Rom bestimmt nicht weniger gelohnt als für die anderen EG-Partner. Daraus sind Zukunftserwartungen erwachsen. Die europäische Einigung ist zur Zauberformel geworden, die von den Kräften aller politischen Schattierungen beschworen wird. *Das freilich* mit einigen recht unterschiedlichen Zielvorstellungen.

Fiat-Präsident Gianni Agnelli entfachte kürzlich eine landesweite leidenschaftliche Diskussion, als er auf einem Symposion des Unternehmerverbandes für die Europa-Politik seines Landes die von dem verstorbenen republikanischen Parteiführer Ugo La Malfa ausgegebene Devise in Erinnerung brachte: „Italien muß die Alpen ersteigen!" Das, so fügte er mit einem *kritischen Seitenblick* auf die „Südpolitik" der Regierung Craxi/Andreotti hinzu, sei nicht leicht, denn offensichtlich gerate man beim Klettern immer wieder in den Rückwärtssog des Mittelmeeres.

Europa in Richtung Alpen oder Mittelmeer?

In der gegebenen geopolitischen Lage habe das Land drei verschiedene Optionen: die politische und wirtschaftliche Autarkie; das politische Hin- und Herschwanken zwischen zwei Welten, wobei man sich von Fall zu Fall entscheiden könne, entweder „der Erste unter den Letzten oder der Letzte unter den Ersten" zu sein; und *schließlich* das zuverlässige, dauerhafte Bündnis mit den traditionellen Partnern – eben die Besteigung der Alpen.

Daß Agnelli und mit ihm nicht nur die norditalienische Wirtschaft, sondern auch starke politische Kräfte die dritte Option für die einzige halten, die im wahren Interesse Italiens liegt, steht außer Zweifel.

Es gibt aber auch Kräfte, die Italien weniger auf die Alpen als Europa in Richtung Mittelmeer drängen möch*ten. Auch die Vertreter dieser Rich*tung tragen das große „E" im Knopfloch. Für sie heißt europäische Integration Schwerpunktverlagerung nach Süden, Lastenausgleich zugunsten der südlichen Entwicklungsgebiete (also im Falle Italiens Europäi*sierung des „Mezzo Giorno"*-Problems), Annäherung Gesamteuropas an den arabisch-levantinischen Raum und Absicherung der eigenen Wohlfahrtsgesellschaft, deren Schuldenlast allmählich untragbar wird, durch europäische Solidarität.

Nicht Besteigung der Alpen also, sondern eher Abtragung der Alpen mit dem außenpolitischen Nebenziel eines Europas als dritte Kraft zwischen Ost und West.

Am eindeutigsten wird diese Position von den Kommunisten vertreten, seitdem sie in den 60er Jahren ihre europäische Sendung entdeckten. Aber auch bei den Christdemokraten und bei den Sozialisten gibt es Tendenzen, die sich an dieser Konzeption orientieren. Indro Montanelli, einer der brillantesten, aber auch sarkastischsten Journalisten des Landes, hat im Blick auf die „Europäer" dieser Couleur, die im Griechenland des Sozialisten Andreas Papandreou bereits an der Macht sind, einmal vor den „Papandreottis" gewarnt.

Der Verdacht ist jedenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen, daß nicht alle europäischen „Musterschüler" von heute wirklich das Europa der EG-Gründungsväter de Gasperi, Adenauer und Schumann vor Augen haben. Die Übertragung echter Be*fugnisse an das Straßburger* Europa-Parlament bildet sicherlich eine obligatorische Etappe auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Sollte diese Etappe aber mit dem Hintergedanken angegangen werden, nach der Süderweiterung der EG den „Reichen" *nördlich der Alpen vielleicht den* Willen einer südlich dominierten parlamentarischen Linksmehrheit aufzwingen zu können, wäre sie eher integrationshindernd als integrationsfördernd.

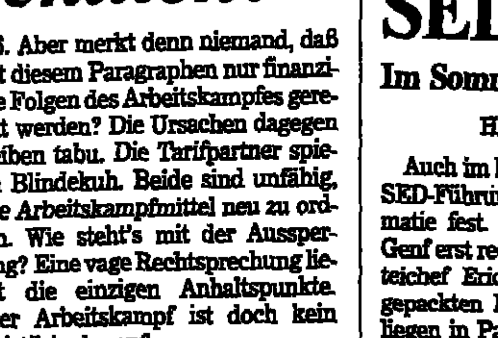
Spinne ich – oder wo bin ich eigentlich?

Von NORBERT BLÜM

Spinne ich? schreit mein Sohn, wenn er sich oder die Welt nicht *mehr versteht.*

Wo bin ich? frage ich mich, wenn ich nicht weiß, ob ich noch träume oder schon wach bin.

Aus seinem Jaguar holte ein demonstrierender Zahnarzt sein Spruchband, auf dem er gegen die Bundesregierung *protestierte,* andere Zahnärzte schrien „Judenverfolgung" und sehen sich als die Verfolgten. Im Wartezimmer werden derweil Flugblätter ausgelegt, auf *denen angekündigt wird, die* Behandlungen würden schneller und schmerzlicher, wenn die Einkommensentwicklung der Zahnärzte nicht ihren Erwartungen entspräche. *Die Zahnärzte, die Spitzenver*diener unter allen freien Berufen als Vorreiter der neuen Armut – spinne ich oder wo bin ich?



Bundesarbeits*minister* Norbert Blüm hat diesen Beitrag für die WELT auf dem Flug von Frankfurt nach Buenos Aires geschrieben. Er nimmt darin temperamentvoll Stellung zu den *jüngsten Angriffen* auf seine Politik. Am elften Januar *wird Blüm in Bonn* zurückerwartet

FOTO: SCHÜRING

Der DGB läuft gegen die Regierung Sturm in einer Sprache, als seien soeben Kriegserklärungen ausgetauscht worden. Als Rechts- und Verfassungsbruch werden Gesetze attackiert, die es noch gar nicht gab und die Regierung sich noch in Gesprächen mit eben jenem DGB und den Arbeitgebern befand. Die IG Metall verglich zum wiederholten Male die Regierung mit den Nazis. Leiden die Gewerkschaften unter Gedächtnisschwund, oder kennt die Geschmacklosigkeit keine Grenzen? Die Nazis schickten Gewerkschafter ins KZ und an den Galgen.

Worum geht es jetzt? Wann soll die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Kurzarbeitergeld für arbeitskampfbetroffene Arbeitnehmer zahlen? Die Bundesregierung will lediglich eine Umgehungsstraße um die Nürnberger Neutralität absperren und so den ursprünglichen Sinn der Neutralitätsanordnung klarstellen, mit der die Gewerkschaften 1973 nicht nur einverstanden, sondern an deren *Zustandekommen sie beteiligt* waren.

Was soll der Nazi-Vergleich?

Spinne ich oder wo bin ich?

Die schlimmste Weihnacht seit Kriegsende sei es für die Kriegsopfer gewesen, behaupet ein Sozialverband. Erinnert sich niemand mehr *an Weihnachten 1945? Viele Kriegs*opfer waren noch gar nicht zu Hause, andere verhungerten in Kriegsgefangenenlagern. Zu Hause Trümmer und Elend, Vertriebene, Flüchtlinge, Ausgebombte ...

Unser Land ist wieder aufgebaut. Was andere das Wirtschaftswunder nannten, ist das Ergebnis von Mut und Fleiß einer Nachkriegsgenera*tion, zu der auch die Kriegsopfer* zählen. So haben wir uns wieder einen ansehnlichen Wohlstand geschaffen. Es bleibt noch viel zu tun. Aber das Nachkriegselend haben wir *Gott sei Dank überwunden – oder* wo bin ich?

Wie eine Epidemie greift eine Hysterie im Sozialstaat um sich, die den Eindruck erweckt, als befinde sich die Bundesrepublik auf einem sinkenden Schiff. Die Parole heißt: Rette sich wer kann, und mit hartem Ellenbogenstoß versucht jede Gruppe, ihre Privilegien in die Rettungsboote zu schaffen. Der Konkurrent wird verteufelt, zumindest verdächtigt. Und so entsteht ein Klima des *Mißtrauens, des Hasses* und eines neuen kraftmeierischen Verbalradikalismus. Wo sind wir eigentlich?

Immer verändern sich Kulturen und *Gesellschaften. Das Tempo* jedoch ist unterschiedlich. Jetzt aber geht es sehr schnell. In solchen Zeiten werden Sicherheiten gesucht. Die einfachen Parolen versprechen *neuen Halt. Die* Schwarz-Weiß-Alternativen eliminieren die politischen Gegner. Ich glaube, daß der Verbalradikalismus der IG Metall nichts anderes ist als die Verlegenheit, auf neue Fragen nur alte Antworten zu wissen. Das ist eine Art Selbstverstümmelung der Gewerkschaft. Und es ist kein Neuland in Sicht, denn ihr Ansehen auch bei der Jugend sinkt. Und da die Arbeitgeber ebenfalls Unsicherheiten mit Bewegungslosigkeit überdecken, droht der Wandel den Tarifpartnern zu entgleiten.

Wir streiten über den Paragraph 116. Aber merkt denn niemand, daß mit diesem Paragraphen nur finanzielle Folgen des Arbeitskampfes geregelt werden? Die Ursachen dagegen bleiben tabu. Die Tarifpartner spielen Blindekuh. Beide sind unfähig, *ihre Arbeitskampfmittel* neu zu ordnen. Wie steht's mit der Aussperrung? Eine vage Rechtsprechung liefert die einzigen Anhaltspunkte. Aber Arbeitskampf ist doch kein Freistilringkampf.

Die Diskussionen im Sozialstaat *verkrampfen sich zusehends* zu Verteilungsfragen. Ist das alles? Die Verteilungsquote ist höher als zuvor. Rund ein Drittel des Bundeshaushaltes sind Sozialausgaben. Die Verteilung nimmt zu, *die Zufriedenheit* ab. Dennoch wird der Eindruck geweckt, als befände sich der Sozialstaat im Rückzug. Verteilung kann nicht alles sein, was der Sozialstaat will. *Die Konzentration auf die mate*rielle Seite des Sozialstaates könnte die zweite Verlegenheit unserer Zeit sein. Weil wir die immateriellen Fragen verdrängen, flüchten wir in die *Verteilungsfragen.* Aber vielleicht ist das Problem der Rentner gar nicht so sehr die Rentenhöhe, als der „Ruhestand" als Antwort? Bleibt die Erfahrung des Alters in einer Gesellschaft, die offenbar einem neuen Jugendfetischismus huldigt, brach liegen? Brauchen die Behinderten nur *Unterstützung oder auch* Anerkennung, beispielsweise eine Anerkennung, die sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Arbeit selbst schaffen können?

Der Sozialstaat darf nicht zur Beute der Gruppeninteressen werden. Das ist seine wirkliche Gefährdung. Er verkörpert in seiner Vollendung Gemeinwohl und ist deshalb elementar auf *Gemeinwohlgesinnung* angewiesen. Solche Gesinnung ist keine heroische Selbstlosigkeit, sondern die Klugheit, daß in einer friedlichen Gesellschaft jeder bereit sein muß, *auch mit dem Kopf des ande*ren zu denken und Kompromisse zu schließen und mitzutragen. Ist die Hoffnung auf eine Renaissance des Gemeinwohls nur ein Traum?

Eine rege Reise-Diplomatie von SED-Chef Honecker im neuen Jahr

Im Sommer nach Bonn? / Mit Juan Carlos wird der erste König in Ost-Berlin erwartet

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Auch im kommenden Jahr hält die SED-Führung an ihrer Reise-Diplomatie fest. Nach dem Motto „Nach Genf erst recht" sitzt Staats- und Parteichef *Erich Honecker* häufig auf gepackten Koffern. Seine Reiseziele liegen in Paris, wo er – von Laurent Fabius im Sommer 1985 eingeladen – François Mitterrand trifft. Bereits im Februar steht der Flug zum sowjetischen Parteichef nach Moskau auf *dem Programm. Vieles spricht dafür,* daß 1986 auch der erste Besuch eines SED-Generalsekretärs in Peking stattfindet. Von der verschobenen, aber keineswegs aufgehobenen *Bonn-Reise ganz zu schweigen* ...

Erich Honecker rüstet nach der kurzen Weihnachtspause frühzeitig zum ersten großen Auftritt im neuen Jahr: Um den 10. Januar ist der traditionelle Neujahrsempfang des Staatsratsvorsitzenden am Lustgarten terminiert. Möglicherweise zieht er dabei Bonns Ständigen Vertreter, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, *beiseite* und *spricht* über seine Reiseaussichten in die Bundesrepublik Deutschland.

Im Frühjahr nach Paris

Die grundsätzliche Verabredung mit der Bundesregierung „steht" jedenfalls. Honecker will, so geben es westliche Gesprächspartner des SED-Chefs wieder, einen gleichsam „deutschen Weg" gehen, was nichts über gemeinsame politische Auffassungen sagt, sondern nur das unveränderte, seine Reise-Diplomatie krönende westliche Ziel meint.

Für das Frühjahr ist eine Visite in Paris vorgesehen, nachdem Premier Laurent Fabius im Juni 1985 in Ost-Berlin eine Einladung von Staatspräsident François Mitterrand überbracht hatte. Honecker nahm sie dankend an. Bevor er jedoch über die Champs-Elysées flanieren kann, wartet im Februar der Parteitag der KPdSU in Moskau auf sämtliche Generalsekretäre der Warschauer-Pakt-Staaten.

Am 9. März folgt dann die Premiere der *Leipziger Messe, die wegen ihrer* traditionellen Anwesenheit von Politikern aus der Bundesrepublik die letzte Gelegenheit der Verständigung darüber gibt, wann etwa die *Honecker-Reise gen Westen erfolgen* könnte. Wirtschaftsminister Martin Bangemann und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen sind bereits avisiert.

Vom 17. bis 21. April ist Honecker dann als Mittelpunkt des 11. SED-Parteitages unabkömmlich. Er wird für eine weitere Amtsperiode als Generalsekretär gewählt. Viele Insider meinen, daß allenfalls auf dem halben Legislatur-Wege bis zum nächsten Parteimeeting (1991) ein Rücktritt Honeckers in Betracht käme. Er wird zwar am 25. August 1986 74 Jahre alt, zeigt jedoch keinerlei Schwächesymptome. Regelmäßige Schlafkuren und Freizeit-Sport (Radfahren) *halten den SED-Chef fit.*

Nach dem SED-Parteitag im April bliebe bis zur Sommerpause Zeit, endlich den vereinbarten Besuch in der Bundesrepublik vorzunehmen. Von September an regiert in der Bundesrepublik der Wahlkampf die Stunde, und Honecker besitzt kein Interesse daran, Bundeskanzler Helmut Kohl innenpolitisch zu stärken oder gar als Beweis für erfolgreiche innerdeutsche Bemühungen der christlich-liberalen Koalition zu dienen.

Staatsvisite in Moskau

Außer Honeckers Teilnahme am KPdSU-Parteitag im Februar wäre im neuen Jahr auch eine offizielle Staatsvisite in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender in der UdSSR fällig. Denn außer einem kurzen Aufenthalt zur Einweihung eines Thälmann-Denkmals in Moskau hielt sich Honecker bisher nach Gorbatschows Amtsübernahme nicht offiziell im Bruderland auf. Die „große" Staatsvisite steht noch aus – ebenso, natürlich, eine politische Inspektionsreise von Michail Gorbatschow nach Ost-Berlin selbst.

Wenn Volkskammer-Präsident Horst Sindermann (SED) die gewohnte erfolgreiche Vorarbeit während seiner China-Reise geleistet hat, steht 1986 auch einer Honecker-Tournee im Reich der Mitte nichts im Wege. Als optischer Höhepunkt beiderseitiger west-östlicher Reisediplomatie könnte sich der Ende 1984 bei einem Sindermann-Besuch in Madrid fest *zugesagte* Besuch des spanischen *Königspaares 1986 in Ost-Berlin* erweisen. Juan Carlos und Sofia wären die bisher ersten Monarchen als Staatsgäste.

Längere Frist für Kurzarbeitergeld

dpa, Bonn

Das Bundesarbeitsministerium hat eine Rechtsverordnung erlassen, die es längerfristig verkürzt arbeitenden Betrieben weiterhin ermöglicht, bis zu 24 Monate lang Kurzarbeitergeld zu zahlen. Die Verordnung gilt nach einer Mitteilung des Ministeriums bis zum 31. März 1987. Staatssekretär Stefan Höpfinger begründete die Verlängerung der Bezugsfrist mit der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Alle Mittel müßten genutzt werden, um Beschäftigung zu sichern. Kurzarbeit gehe vor Entlassung und *Neueinstellung* vor Überstunden.

Südwest-Grüne gegen Rotation

dpa, Stuttgart

Mit eindeutiger Mehrheit haben es die baden-württembergischen Grünen abgelehnt, ihre Abgeordneten im Europaparlament sowie in Bundes- und Landtag *zur Mitte der Legisla*turperiode auszuwechseln. Wie der Sprecher des Grünen-Landesvorstands, Jürgen Gneiting, in Stuttgart berichtete, wandten sich bei einer Urabstimmung, *an der per Briefwahl* knapp 60 Prozent der Mitglieder teilnahmen, weit mehr als 80 Prozent gegen die Rotation. Zuvor hatten bereits die Grünen in Bayern und Nord*rhein-Westfalen Abschied vom Rota*tionsprinzip genommen.

Fehrenbach: Unsoziale FDP

dpa, Stuttgart

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat den Einfluß „reaktionärer FDP-Politik" auf die Bonner Politik seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 kritisiert.

Fehrenbach, der auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter ist, *stellte in einem Beitrag für die* Monatszeitschrift „Evangelische Kommentare" zugleich die Frage, warum von der Bundestagsfraktion der Union nicht mehr Widerstand gegen *die „unsoziale Politik"* der FDP geleistet werde.

Der mögliche Rivale Klaus Töpfer scheint Vogel nicht zu beunruhigen

Von JOACHIM NEANDER

Das Bild, das sich die Bürger des Landes Rheinland-Pfalz von ihrem Landesvater Bernhard Vogel (CDU) machen, scheint sich zu verändern. Erste Vorabergebnisse einer von der Staatskanzlei knapp anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage deuten diese Veränderung an: Vogels Beliebtheit sinkt bei SPD-Anhängern, steigt aber bei Wählern und Sympathisanten seiner eigenen Partei.

Diese – sicher nicht welterschütternde – Akzentverschiebung in der öffentlichen und nichtöffentlichen Meinung hat ihre Ursache neben bundespolitischen Einflüssen vor allem in der Verschärfung der landespolitischen *Gegensätze.* Der Ministerpräsident, vor Jahresfrist noch überwiegend in der Rolle des über den Niederungen schwebenden Betrachters, wird zunehmend selber gefordert. Er muß sich wehren, Farbe bekennen. Das schreckt die Schwankenden ab, mobilisiert aber die Freunde, insbesondere jene, die dem Mainzer Landesfürsten sonst übertriebenes Zaudern und Taktieren vorwarfen.

Seine selbstgesteckten politischen Ziele hat Bernhard Vogel im Jahre 1985 nur zum Teil erreichen können. Das Kabinett wurde umgebildet. *Auch wenn der neue Minister* für Landwirtschaft und Weinbau, Dieter Ziegler, während der Weinpanscher-Krise und danach zeitweise stark angeschossen wurde – ernsthafte Kritik an der verjüngten Ministerriege hat es nicht gegeben. Umweltminister Klaus Töpfer – ähnlich wie die Sozialministerin Ursula Hansen – machte während der Diethylenglykol-Affäre und macht weiterhin eine gute Figur. Daß die Auguren ihn sogar schon als möglichen Rivalen für den Regierungschef selber zu handeln begonnen haben, scheint Vogel *nicht zu beunruhigen.*

Die Versuche, den durchaus nicht nur wortgewandten, sondern auch in der Sache meist überzeugenden Professor ins Nachbarland an der Saar abzuwerben, sind vorerst mißglückt. Töpfer wird 1987 im Wahlkreis 2 für *den rheinland-pfälzischen* Landtag kandidieren und sein Mandat auch wahrnehmen. Spekulationen, er sei ein unsicherer Kandidat und solle möglicherweise schon gleich nach der Bundestagswahl 1987 auf einer Bonner Position für die Spitzenkandidatur in Saarbrücken 1990 aufgebaut werden, entbehren der Grundlage. Was bis 1989 geschieht, weiß natürlich niemand. Aber, wer Töpfer kennt, der weiß, daß dieser ehrgeizige, sich selbst gegenüber keineswegs unkritische Politiker sich in seinem Mainzer Großressort noch einiges vorgenommen hat. Eine eher mißliche Lage ins Positive zu wenden gelang dem Ministerpräsidenten auch beim Thema Abtreibung. Daß er mit seiner Bundesratsinitiative zur Verschärfung der Reichsversicherungsordnung am Ende scheiterte, wird ihm in der Landespartei (und dies ist für die Wahlkampfmotivation *durchaus wichtig) nicht als Niederla*ge angekreidet. Die rheinland-pfälzische CDU ist offenbar bereit, den Schutz des ungeborenen Lebens im Wahlkampf offensiv unter dem Motto *„Helfen statt Strafen"* zu vertreten.

Nicht erreicht hat Vogel, der bundesdeutsche Vermittler in Fragen des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks, den angestrebten Medi*enstaatsvertrag. Auch das* Kabelpilotprojekt Ludwigshafen, in früheren

Landesbericht Rheinland-Pfalz

Jahren immer auf der Positiv-Seite der Vogel-Bilanz aufgeführt, taucht jetzt zum ersten Mal mit vermutlichen Belastungen von acht Millionen *Mark – zumindest finanziell – auf der* Negativ-Seite auf.

Und auf der Debet-Seite stehen weiterhin die beiden wenngleich in der Öffentlichkeit praktisch nicht *mehr beachteten parlamentarischen* Untersuchungsausschüsse zum Thema Parteispenden sowie die ungeklärte Situation der Deutschen Anlagen Leasing (DAL) mit ihren Auswir*kungen auf die Landesbank.* Das wird der Ministerpräsident ins Vorwahljahr mitschleppen müssen, ob er will oder nicht.

Einem anderen Konflikt wird Bernhard Vogel dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wege gehen – dem Konflikt um den Wahltermin. 1983 fielen am 6. März durch die vorgezogene Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz Bundes- und Landeswahl auf einen Tag. Im Grunde war keiner glücklich darüber.

Diesmal ist die Sache anders. Durch die frühzeitige Festlegung auf den Februar 1987 hat der Bund dem Lande Rheinland-Pfalz genügend Ausweichmöglichkeiten gelassen.

Taktisch wäre es diesmal für die rheinland-pfälzische CDU durchaus erwägenswert, wieder mit Bonn gemeinsam zu wählen. Zwei oder drei Monate nach der Bundestagswahl (darauf wird es vermutlich in Mainz hinauslaufen) könnte sich – vorausgesetzt, Helmut Kohl gelingt in Bonn ein *Wiederholungssieg – bei der* Rheinland-Pfalz-Wahl der sogenannte Kompensationseffekt einstellen: allzu große Siegessicherheit bei der CDU, „Ausgleichsstimmen" dagegen *für die Sozialdemokraten.*

Bisher hat die Regierung Vogel offiziell noch keinen Termin für die Landtagswahl festgelegt. Die FDP droht für den Fall, daß es wieder zwei Wahlen an einem Tag gibt, mit einer Verfassungsklage. Dem wird sich Bernhard Vogel wahrscheinlich nicht aussetzen. Es könnte ihn Stimmen kosten. Seine Regierungsmehrheit – *mit oder ohne die FDP,* die seit 1983 nicht mehr im Parlament vertreten ist – kann dabei kaum in Gefahr geraten. Die Rechnung ist ziemlich einfach. Die Grünen im Lande haben trotz *teilweise beachtlicher Anstrengun*gen noch nicht genügend Echo, um mitzumischen.

Für eine absolute Mehrheit braucht SPD-Spitzenkandidat Rudolf Scharping gewaltigen *Rückenwind* aus Bonn. Dies würde allen bisherigen Prophezeiungen widersprechen. Um an die Macht zu kommen, benötigt Scharping also die Freien Demokraten. *Und die Spekulationen* über deren Haltung werden vermutlich die landespolitische Szenerie im kommenden Jahr stärker bestimmen als irgendein anderes Thema.

Begonnen *haben* sie bereits. Als der FDP-Landesvorsitzende Rainer Brüderle jüngst Journalisten beim Mittagessen zu Gast hatte, gelang ihm ein Ausweichen nur noch durch Hakenschlagen. *Als* eine Mainzer Zeitung am nächsten Tag mit der Version aufwartete, Brüderle habe sich verschlüsselt bereits auf eine Koalition mit Vogel festgelegt, bekam Brüderle wütende Protestanrufe von FDP-Mitgliedern und die Zeitung das (erwartete) Dementi von Brüderle.

Die meisten Wetten laufen darauf hinaus, daß die FDP sich nach langem Zieren auf folgende nicht mehr ganz frische Formel einigen werde: Bündnis mit der CDU, aber nur, wenn der Partner keine absolute Mehrheit besitzt. Rudolf Scharping (SPD) dagegen scheint insgeheim sogar einen Offenhalte-Beschluß der FDP für möglich zu halten, vor allem, wenn zum Zeitpunkt der Rheinland-*Pfalz-Wahl in Bonn zwischen den* Partnern noch nicht alles klar sein sollte. Schon jetzt fällt auf, daß der SPD-Spitzenmann in Reden und Verlautbarungen die FDP so gut wie gänzlich ausspart.

Pinochet: Die Früchte unserer Arbeit sollen auch nach 1989 Bestand haben

Die „Wiedererlangung der Freiheit" wertet der chilenische Präsident Augusto Pinochet als den wichtigsten Erfolg seiner nunmehr zwölf Regierungsjahre. In einem Interview mit der WELT sagte er, er wolle, daß die Institutionen und Prinzipien, also die Früchte seiner Arbeit auch nach 1989 Bestand hätten. Ein neues Mandat strebe er jedoch nicht an. Mit dem Präsidenten sprach Florian Nehm.

WELT: *Herr Präsident, welches sind Ihre wichtigsten Erfolge nach zwölfjähriger Regierungszeit?*

Pinochet: Der wichtigste Erfolg unserer Regierung ist, daß wir für unsere Landsleute die Freiheit wiedererlangt haben. Erst damit können wir *auf eine Zukunft* hoffen, die unseren kulturellen Eigenarten entspricht.

Die Mehrheit des Volkes forderte 1973 den Eingriff des Militärs, um das Land vor einem kommunistischen Regime zu retten, welches Chile in die sowjetische Machtsphäre einverleiben wollte. Denken Sie nur an Kuba! Diese zwölf Jahre waren dem Aufbau einer gerechten, freien und modernen Gesellschaft gewidmet. Zuerst mußten wir die Behinderungen beseitigen, unter denen unsere Wirtschaft litt ... In den Jahren 1979 bis 1981 erreichte sie spektakuläre Wachstumsraten. Später hatten wir wie alle Länder unter der internationalen Rezession zu leiden.

Außerdem hat die Regierung eine neue Verfassung ausgearbeitet. Sie gilt seit März 1981, nachdem sie von etwa 67 Prozent der Chilenen in einer freien und geheimen *Volksabstimmung* angenommen worden war.

WELT: Welches waren und welches sind die schwerwiegendsten Probleme *Ihrer Regierung*?

Pinochet: Die Ölkrise und die internationale Rezession im Jahre 1982. Auf anderem Gebiet machte uns das Unverständnis von Regierungen zu schaffen, die sich der internationalen Kampagne des Kommunismus gegen uns anschlossen, *obwohl* sie *sich auf* westliche Prinzipien wie wir stützen. Diese Kampagne ist bestrebt, unser Regime als repressiv und antidemokratisch darzustellen.

WELT: In einem Gespräch mit dem WELT-Korrespondenten Werner Thomas sagten Sie 1983, daß mehr als 51 Prozent der Chilenen Ihre Regierung unterstützte. Mit welcher Unterstützung können Sie Ende 1985 rechnen? Wie denkt das chilenische Volk über Sie?

Pinochet: Der beste und vollständigste Beweis für die Unterstützung der Regierung ist das normale Funktionieren der lebenswichtigen Bereiche des Landes, in denen die Mehrheit der Bevölkerung tätig ist. Die wenigen Krawalle stammen von Teilen der politischen Opposition, wie es sie in jedem Land gibt, das diese Art von Äußerungen zuläßt.

WELT: Worauf führen Sie dann das umstrittene Bild Ihrer Person und Regierung im Ausland zurück?

Pinochet: Das kann man nicht verallgemeinern. Tatsache ist, daß der internationale Kommunismus seit Beginn unserer Regierung eine systematische Verleumdungskampagne unterstützt. Der Kommunismus kann nicht verwinden, daß das chilenische Volk ihm eine Niederlage zufügte.

WELT: Bedeutet 1989 das Ende Ihres Mandats als Präsident?

Pinochet: Meine Antwort lautet kategorisch ja! Die Verfassung hat achtjährige Präsidentschaftsperioden festgelegt. Die jetzige erstreckt sich von 1981 bis 1989.

WELT: Warum sagten Sie denn erst kürzlich, daß Ihre Regierungszeit 1989 nicht beendet sein wird?

Pinochet: Damit möchte ich sagen, daß die Institutionen und wesentliche Prinzipien – Früchte der Arbeit dieser Jahre – über 1989 hinaus Bestand haben müssen.

WELT: Wie beurteilen Sie die marxistische und christdemokratische Opposition gegen Ihr Regime? Welchen Einfluß hat der Acuerdo Nacional? (Konsenspapier für den gewaltlosen Übergang zur vollen Demokratie.)

Pinochet: Die marxistischen Gruppen vertreten logischerweise den Klassenkampf und betrachten Gewalt als zulässiges Mittel der Politik. Sie stehen mit den Terroristen in enger Verbindung. Das Problem der anderen hier angesprochenen Gruppen besteht in ihrem traditionellen Mangel an Abgrenzung gegenüber den Kommunisten. Auf der Suche nach Wahlvorteilen suchen sie nach wie vor Bündnisse mit der marxistischen Linken.

Dieses politische Verhalten bietet keinem Land demokratische Garantien. Was nun den Acuerdo Nacional betrifft, halte ich diesen für eine allgemeine Erklärung mit mehrdeutigem Inhalt. Die Urheber sind politische Gruppen von zu bezweifelnder Repräsentativität. Die Übereinkunft ist keineswegs ein solider Kompromiß über die lebenswichtigen Fragen chilenischer Politik und Demokratie. Hinzu kommt, daß diesem Dokument die nationale Gültigkeit fehlt, da verschiedene politische Gruppen ihn nicht unterschrieben haben.

WELT: Vor drei Monaten sagte der Präsident der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdes, der WELT, daß die Fortdauer Ihrer Regierung zu einem Konflikt führen kann, dessen Gewalt jene Nicaraguas noch übertrifft.

Pinochet: Gewalt ist die Frucht der kommunistischen Agitation, die vom Ausland finanziert und gesteuert wird. Bedenken Sie, daß der Kommunismus eine zeitlose Schlacht führt, dessen ständiges Ziel die Unterdrückung der freien *Völker ist. Die wirklichen Demo*kraten müssen die Demokratie stärken. Sie müssen sie schützen vor jenen, die sich ihrer bedienen, um sie zu zerstören.

Die chilenischen Politiker dürfen die Gefahren, denen das Land unter der Regierung Allendes von *1970 bis 1973 ausgesetzt* war, nicht vergessen.

WELT: Es gibt in Chile Anzeichen für das verstärkte Wiederaufleben *marxistischer* Strömungen. Wird dieser Umstand die Übergangspläne Ihrer Regierung verzögern?

Pinochet: *Die Anzeichen, auf* die Sie anspielen, beziehen sich auf bestimmte Bereiche, wie es die Universitäten sind, wo die Linke ihre bekehrerischen Anstrengungen konzentriert. Jedoch dürfen diese Verhältnisse nicht verallgemeinert werden. Ich vertraue darauf, daß das chilenische Volk eine marxistische Aggression immer zurückweisen wird. Außerdem ermöglicht es die Verfassung, jeden totalitären Angriff auf Demokratie und Freiheit zu bekämpfen.

WELT: Verschiedene chilenische und ausländische Quellen besagen, daß die Militärregierung die körperliche und psychische Unversehrtheit ihrer Gegner nicht respektiert. Wie steht es um die Menschenrechte in Chile?

Pinochet: Diese Behauptung bestätigt, was ich eben sagte. Diese Quellen, die sich mit dem Marxismus oder gewissen politischen Interessen identifizieren, verfolgen die Verunglimpfung der Regierung. Dazu benutzen sie die Tatsachenverdrehung und die Lüge. Die Grundrechte werden respektiert. Verletzt werden die Menschenrechte von kommunistischen Extremisten, die im Namen von Demokratie und Freiheit morden.

Chile ist in Sachen Menschenrechte von den internationalen Organisationen diskriminiert worden. Wir werden unter ad-hoc-Bedin*gungen verurteilt, die unannehm*bar sind, weil diese Maßstäbe nicht bei allen Staaten zugrundegelegt werden.

WELT: Die katholische Kirche unterhält in Chile ein Vikariat, das Vergehen gegen die Menschenrechte registriert, prüft, Anzeige erstattet und vor den Gerichten vertritt. Wie beurteilen Sie die Glaubwürdigkeit dieser „Vicaria de la Solidaridad"?

Pinochet: Dort sind alle Tendenzen vertreten, insbesondere sozialistische und kommunistische. Für mich, *als Augusto Pinochet* persönlich, hat das Vikariat überhaupt keine Glaubwürdigkeit.

WELT: Wie ist Ihr Verhältnis zu *Kardinal Juan Francisco Fresno*, dem Initiator des Acuerdo Nacional, über den zu reden Sie ablehnen?

Pinochet: Den Kardinal habe ich am Weihnachstag hier in der Moneda empfangen und umarmt. Allerdings spreche ich mit dem kirchlichen Würdenträger nur über den Glauben und die Religion und nie über Politik.

WELT: Wie steht es um die Beziehungen zu den Nachbarländern Argentinien, Peru und Bolivien?

Pinochet: Zu Argentinien haben sich unsere Beziehungen seit der kürzlichen Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages intensiviert. Auch mit Peru hat unsere Regierung wertvolle Kontakte entwickelt. Es ist uns gelungen, seit mehr als 50 Jahren ungelöste Grenzfragen zu klären. Auch die Abrüstungsinitiative des peruanischen Präsidenten Alan Garcia haben wir positiv aufgegriffen.

Anders gestalten sich hingegen die Beziehungen zu Bolivien. Dieses Land fordert von Chile einen Zugang zum Pazifischen Ozean und fordert dies auch über die internationalen Organisationen. Ein aus juristischer Sicht unzulässiges Vorgehen. Chile schuldet Bolivien nichts.



Chiles Präsident Augusto Pinochet FOTO: CAMERA PRESS

Verstärkte Luftangriffe im Golfkrieg

da/AP/AFP, Bagdad/Teheran

Erstmals seit Juni wirft Irak der persischen Luftwaffe die Bombardierung von Städten vor. Am Montag und am Mittwoch sollen persische Kampfflugzeuge „Wohngebiete im nördlichen Grenzbereich und im Innern des Landes" angegriffen und dabei 26 Menschen getötet haben. Radio Teheran dementierte den Angriff auf zivile Ziele und meldete Attacken auf irakische Truppenverbände, was wiederum Bagdad dementierte.

Wie ein Militärsprecher in Bagdad sagte, hat die irakische Luftwaffe am *Dienstag „202 Angriffe gegen ira*nische Truppenverbände entlang der Grenze", fünf Angriffe gegen vier persische Militärlager und den „seit Kriegsbeginn schwersten Angriff auf (die persische Ölverlade-Insel) Kharg" geflogen. Radio Teheran bestätigte nur, daß irakische Kampfflugzeuge in den persischen Luftraum eindrangen; sie seien von der Flugabwehr zum Abdrehen gezwungen worden. Die von Bagdad gemeldeten „riesigen Brände" in Kharg wurden von neutraler Seite bisher nicht bestätigt. Militär-Beobachter schätzen die Möglichkeit der persischen Luftwaffe, die angestrebten Ziele zu treffen, als gering ein. Insofern kann eine Bombardierung von Wohngebieten versehentlich geschehen.

Gestern dementierte Bagdad Meldungen aus Ankara, die irakische Luftwaffe habe am Montag ein türkisches *Zivilflugzeug*, das in Teheran eine Regierungsdelegation abholen wollte, über persischem Gebiet zum Abdrehen gezwungen. Der irakische Botschafter war deswegen ins Außenministerium zitiert worden. Zunächst hatte Bagdad gesagt, man habe verhindern wollen, daß Persien den Rückflug der Maschine zur Deckung eigener Luftangriffe nutze.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Sorge in der NATO um SALT 2: Nur Moskau kann den Vertrag noch retten

Washingtons Dokumentation über sowjetische Verstöße als Warnung eingestuft / Beispiele

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der NATO wird auf den Gegensatz zwischen der freundlichen Atmosphäre, die seit dem Genfer Gipfeltreffen das Verhältnis der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten bestimmt, und dem tatsächlichen Verhalten der Sowjets bei der Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen hingewiesen. Hauptsächlich betroffen davon ist der *1979 unterzeichnete*, aber nicht ratifizierte SALT-2-Vertrag, den einzubehalten Präsident Reagan zugesagt hat, wenn dies auch in der Sowjetunion befolgt werde.

Der kurz vor Jahreswende vom Präsidenten dem Kongreß zugeleitete *Bericht* über die *sowjetische* Beachtung internationaler Abmachungen auf dem Feld der Rüstungskontrolle ist nach Ansicht Brüsseler Analytiker jetzt eine Warnung an die Sowjetunion, flagrante Verstöße rückgängig zu machen, wenn sie nicht mit amerikanischen Reaktionen rechnen wolle. Dabei wird in Brüssel auf die politische Tradition der Vereinigten Staaten hingewiesen, rasche Entscheidungen auf dem Rüstungsgebiet zu vermeiden, einen eventuell nötigen Positionswechsel aber geduldig vorzubereiten. Der Bericht an den Kongreß sei ein Schritt in Richtung einer möglichen Loslösung von SALT 2.

Nicht stichhaltig

In bezug auf den SALT-2-Vertrag stellt das Weiße Haus fest, die Statio*nierung der neuen sowjetischen Ra*kete SS 25 stelle einen eindeutigen Bruch der Bestimmungen des Abkommens dar, das nur eine neue „*leichte*" Interkontinentalrakete gestatte. Das Wurfgewicht der SS 25 aber sei mehr als fünf Prozent größer als das der alten sowjetischen SS 13. Die sowjetische Einlassung, es handele sich um eine erlaubte Modernisierung der SS 13 sei nicht stichhaltig. Obwohl die Vereinigten Staaten die Sowjetunion um Erläuterungen zur SS 25 und um Korrekturmaßnahmen ersucht hätten, fahre Moskau einfach mit der Stationierung der Waffe fort. Die Sowjetunion habe die SS 25 in Stellungen der früheren SS-7-Interkontinentalrakete untergebracht, womit sie zusätzlich gegen den SALT-1-Vertrag von 1972 verstoße, der dies ausdrücklich verbiete.

Weiter erklärt der Bericht, die Sowjetunion habe sich mit SALT 2 verpflichtet, nicht mehr als 2504 strategische Nuklearstarter in ihrem Arsenal zu halten. Inzwischen sei diese Zahl überschritten. Die Verpflichtung beider Seiten, bei Raketenerprobungen die Verifikation nicht durch *Verschlüsselung der Telemetriedaten* zu erschweren, wurden nach dem Bericht von Moskau nicht eingehalten. Dies sei besonders bei der Erprobung der neuen SS 25 ins Gewicht gefallen.

Die von der Sowjetunion 1979 schriftlich gegebene Zusage, nicht mehr als 30 „Backfire"-Bomber (sowjetische Bezeichnung „TU-22M") im Jahr zu bauen, sei nicht eingehalten worden. Moskau habe zugesichert, *nichts zu unternehmen, die Reich*weite des Bombers zu erhöhen und die Vereinigten Staaten zu gefährden. Dennoch seien „Backfire"-Bomber *temporär auf Stützpunkte in die Po*larregion verlegt worden. Der Bericht verweist auf die sowjetische Verpflichtung, den Bomber nicht mit einer Ausrüstung für Betankung im Fluge zu versehen. In der NATO ist bekannt, daß die Sowjets die Betankungseinrichtung durch Schnellverschlüsse ersetzt haben, so daß der Bomber innerhalb von Minuten wieder mit der vertragswidrigen Einrichtung versehen werden kann.

Aus informierten Kreisen verlautet, Washington wolle dem neuen Parteichef Gorbatschow Zeit lassen, die Situation *zu korrigieren*. Dabei wurde daran erinnert, daß Täuschung und Betrug des Gegners zum System der Sowjetunion gehörten und dort als *legitim empfunden würden*. Der sowjetische Generalstab unterhalte ein Hauptdirektorat „Strategische Täuschung", als dessen Chef sich einst der jetzige Marschall der Sowjetunion, Nikolai Ogarkow, Anerkennung erworben habe.

Eingehend untersucht der Bericht das Verhalten Moskaus im Zusammenhang mit dem 1972 abgeschlossenen ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehr. Er kommt zu dem Schluß, daß eine Vielzahl sowjetischer Aktivitäten darauf hindeuteten, daß die Sowjetunion an einem das ganze Land deckenden Raketenabwehrsystem arbeite. Das, so stellt der Bericht des Weißen Hauses kategorisch fest, sei nach dem ABM-Vertrag verboten. Das neue phasengesteuerte Riesenradar in Krasnojarsk (Sibirien) sei ein Bespiel für den möglichen Aufbau einer landesweiten strategischen Raketenabwehr. Derartige Radars dürften nur an der Peripherie des Staates aufgebaut werden, um eine flächendeckende Raketenabwehr unmöglich zu machen.

Zweideutige Aktivitäten

Schließlich gebe es Anzeichen, daß die Sowjetunion Raketen der Luftabwehr auf eine neue Entwicklungsstufe für die strategische Raketenabwehr bringe. Auch dies deute auf einen Trend, daß Moskau sein ganzes Staatsgebiet mit einer verbotenen Raketenabwehr überziehen könnte. Moskau unternehme „zweideutige" Aktivitäten, die fraglich machten, ob es sich an die Vertragsbestimmungen halte, wonach es verboten ist, in der einzigen erlaubten Stellung der Rake*tenabwehr (um Moskau)* automatische oder halbautomatische Nachladevorrichtungen anzubringen.

Der Bericht stellt außerdem fest, daß die Sowjetunion wahrscheinlich auch den 1974 unterzeichneten Vertrag über das Verbot unterirdischer Atomexplosionen *mit* einer Stärke von mehr als 150 Kilotonnen verletzt hat. Dies könne ihr militärische Vorteile verschafft haben. Ferner seien bei unterirdischen Atomtests in Verletzung des Vertrags von 1963 radioaktive Wolken an die Oberfläche geraten und über die sowjetischen Grenzen hinaus getrieben. Diesbezügliche Vorstellungen der amerikanischen Mission in Moskau seien ignoriert worden. (SAD)

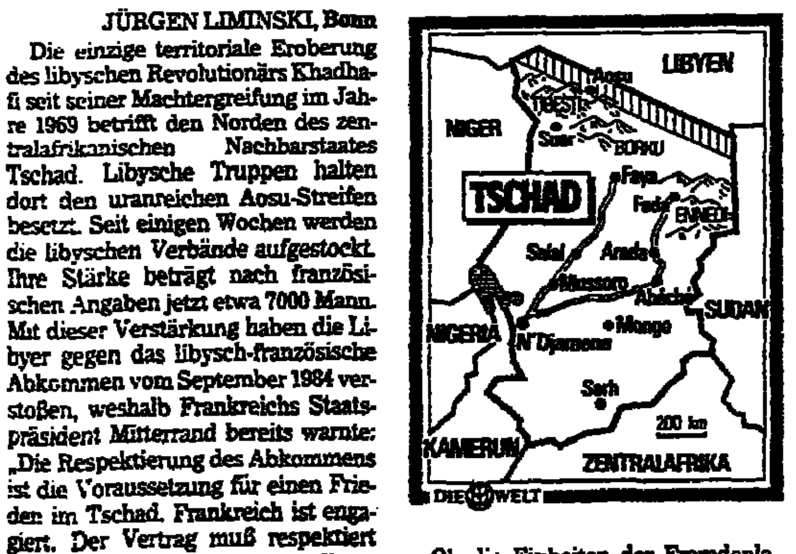
Erneut Spannungen um Nord-Tschad

Tibesti-Streifen ist Khadhafis einzige territoriale Eroberung / Status quo bewahren

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die einzige territoriale Eroberung des libyschen Revolutionärs Khadhafi seit seiner Machtergreifung im Jahre 1969 betrifft den Norden des zentralafrikanischen Nachbarstaates Tschad. Libysche Truppen halten dort den uranreichen Aosu-Streifen besetzt. Seit einigen Wochen werden die libyschen Verbände aufgestockt. Ihre Stärke beträgt nach französischen Angaben jetzt etwa 7000 Mann. Mit dieser Verstärkung haben die Libyer gegen das libysch-französische Abkommen vom September 1984 verstoßen, weshalb Frankreichs Staatspräsident Mitterrand bereits warnte: „Die Respektierung des Abkommens ist die Voraussetzung für einen Frieden im Tschad. Frankreich ist engagiert. Der Vertrag muß respektiert werden, sonst ist das Risiko reell."

In Paris liegt mittlerweile auch die Bitte des tschadischen Präsidenten Hissen Habré nach Lieferungen von Panzerabwehrwaffen des Typs Milan vor. Habré befürchtet einen Vorstoß der ebenfalls verstärkten Panzerkolonnen Khadhafis im Aosu-Streifen. Paris hat die Jaguar-Aufklärungsflüge über den 16. Breitengrad wieder aufgenommen, der als rote Linie zwischen den militärischen Einheiten dient.



Ob die Einheiten der Fremdenlegion, die unter dem Namen Operation Manta den Vormarsch der von Libyen gestützten Rebellen von Habré-Gegner Weddei aus Zentralafrika wieder in den Tschad verlegt werden ist jedoch mehr als fraglich. Die Operation Manta war in Frankreich innenpolitisch sehr umstritten und dazu noch recht teuer (rund 330 000 Mark pro Tag). Außerdem wird in Frankreich in neun Wochen gewählt. Eine militärische Aktion mit innenpolitisch unabsehbaren Folgen dürfte auch Mitterrand als zu riskant einschätzen. Möglicherweise setzt Khadhafi gerade auf diesen Umstand und versucht, jetzt vollendete Tatsachen zu schaffen und den Norden ganz unter Kontrolle zu bringen. Die militärische Verstärkung seiner Truppen und die kaum kaschierte Suche einiger afrikanischer Staaten nach einer neuen Schutzmacht, was auch immer gleich Handelsmacht und Wirtschaftspartner bedeutet, *könnte Paris aber zu dem Versuch* verleiten, deutlichere Zeichen als bisher zu setzen, um zu demonstrieren, daß Frankreich seine afrikanischen Interessen nicht aufgibt.

Aber um die Libyer ganz aus dem Norden des Landes zu vertreiben und die Phalanx der Panzerbrigaden und der 7000 Soldaten zu durchbrechen bedarf es einer Schlacht, zu der Frankreich kaum gewillt sein dürfte. Also wird es beim Status quo bleiben, wenn Khadhafi sich mit Tibesti begnügt. *Das könnte* vorerst trotz großer Worte des Revolutionärs möglich sein. In den offiziellen Landkarten Libyens wird der besetzte Streifen nebst einem kleinen Vorfeld bereits seit neun Jahren als libysch ausgegeben.

NACHRICHTEN

Junioren chancenlos

Toronto (sid) – Im fünften Spiel der Junioren-Weltmeisterschaft in der kanadischen Provinz Ontario gab es für die Auswahl des Deutschen Eishokkey-Bundes (DEB) auch die fünfte Niederlage. Die USA gewann mit 4:1, wodurch die DEB-Auswahl weiterhin Letzter bleibt.

Abfahrt noch fraglich

Garmisch-Partenkirchen (dpa) – Das Superski-Weltcuprennen in Garmisch-Partenkirchen am 11. Januar ist gesichert, der Weltcup-Abfahrtslauf der Herren aber weiter fraglich. Wenn es noch schneit, kann der Abfahrtslauf durchgeführt werden.

„DDR"-Boxer kommen

Karlsruhe (sid) – Erstmals seit 1980 wird die „DDR" wieder am Intercup der Amateurboxer in Deutschland teilnehmen. Der „DDR"-Boxverband hat für das Turnier vom 24. bis 27. März in der Karlsruher Europahalle im Rahmen des deutsch-deutschen Sportverkehrs neun Boxer nominiert.

Thomas Happe wieder fit

Essen (dpa) – Ertsmals seit dem 27. Oktober 1985 kann der Handball-Bundesligaklub TuSEM Essen am Samstag beim VfL Günzburg wieder auf Thomas Happe zurückgreifen. Die durch eine Kiefernhöhlenvereiterung verursachte Herzbeutelentzündung ist ausgeheilt.

TENNIS / Wimbledonsieger in Berlin auch nach zweitem Match unbesiegt



Boris Becker geriet ins Stolpern: Probleme mit dem Boden, dem Gegner und sich selbst

Ins Stolpern geriet Boris Becker gleich zu Beginn des neuen Jahres. Beim Young-Masters-Tennis-Turnier im Berliner Congresszentrum kam er mit dem stumpfen Supreme-Bodenbelag (siehe Foto) nicht zurecht und schimpfte: „Unfaßbar! Das habe ich noch nicht erlebt. Der Platz war ungewohnt langsam, und die Bälle sind nicht richtig hochgesprungen."

Vor 2400 Zuschauern hatte Boris Becker zum Auftakt des Turniers die meisten Probleme mit sich selbst. Mit 6:7, 6:2, 6:4 besiegte er zwar den amerikanischen Millionärssohn Jimmy Brown aus Florida, war aber trotzdem unzufrieden. Besser lief es für den Wimbledonsieger im zweiten Match gegen den Schweden Peter Lundgren. Nach einer Stunde und acht Minuten hieß es 6:4, 7:5 für Becker."

Ungewohnt ist allerdings für alle Teilnehmer die Atmosphäre im Congresszentrum. Nur 40 Zuschauer, die an den Längsseiten des Courts in Logen residieren und 4950 Mark plus Mehrwertsteuer für sechs Plätze bezahlen, sind während der Spiele sichtbar. Die meisten Zuschauer sind auf steil aufragenden Tribünen an den Kopfseiten des Platzes untergebracht – für die Zuschauer unsichtbar.

FOTO: AP

VOLLEYBALL

Erster Sieg über Peru

sid/dpa, Bremen

Mit einer phantastischen Leistung startete die Volleyball-Nationalmannschaft der Frauen ins neue Jahr. Beim internationalen Turnier in Bremen besiegte sie Vize-Weltmeister Peru überraschend mit 3:1. Nach dem jüngsten Sieg gegen Kuba beim Turnier in Sindelfingen feierte die neuformierte deutsche Mannschaft bereits ihren zweiten großen Erfolg innerhalb von zwei Wochen.

Trotz des Rücktritts von vier Spielerinnen gelang jetzt der erste Sieg überhaupt gegen die Spielerinnen aus Peru, die seit Jahren Trainingspartner für die Mannschaft des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) sind. Förderlich für das deutsche Spiel ist vor allem die Rückkehr der 30jährigen Christa Schubert vom Bundesliga-Tabellenführer USC Münster. Früher von Bundestrainer Niemczyk als „Trainings-Weltmeisterin" abqualifiziert, sorgt sie jetzt für einen ruhigen und geordneten Spielaufbau.

Beeinträchtigt wird die Freude über den sportlichen Erfolg durch den Streit zwischen den Fernsehanstalten und dem Turnierchef Siegfried Maaß. Wegen unzulässiger Werbung sind die geplanten Fernseh-Übertragungen aus Bremen nicht gesichert.

RADSPORT

Die Kälte stoppt Braun

dpa, Mexico City

„Es ist zu kalt, die Bedingungen sind zu schlecht. Auch ist das Risiko zu groß, es erneut zu wagen und dann den Rekord nicht zu schaffen." Einen Tag nach seinem 30. Geburtstag verzichtete der deutsche Radprofi Gregor Braun auf dem 2240 m hoch gelegenen Olympia-Velodrom von Mexico City auf seinen zweiten geplanten Angriff auf den Stundenweltrekord des Italieners Francesco Moser, der bei 51,151 Kilometer steht. Braun reiste gestern nach Bolivien, wo er auf der Radrennbahn der 3600 m hoch gelegenen Hauptstadt La Paz den Rekord brechen will, um danach nach Mexiko zurückzukehren.

Nach der erneuten Absage des Weltrekordversuchs über eine Stunde wollte Braun aber wenigstens den Rekord über fünf Kilometer brechen, doch ein Fehler in der Zeitnahme ließ ihn knapp scheitern.

Braun legte die Distanz in 5:48,986 Minuten zurück und blieb damit nur um 1,8 Sekunden hinter dem Weltrekord von Moser zurück. „Ich wollte den Rekord fahren", sagte der enttäuschte Braun, „aber es hat nicht ganz hingehauen, da der Computer nicht richtig gearbeitet hat." Das Pech klebt dem Gregor Braun auch noch an den Füßen. (Siehe auch STANDPUNKT.)

STAND●PUNKT

Viel Dunst

Man könnte sagen: Klar, es hat so doch kommen müssen, und gewußt hätte das jeder. Da braucht man kein Fachmann zu sein. Ob in Mexico City oder in La Paz – Gregor Braun wird den Stunden-Weltrekord nie brechen. Warum? Er hat dafür nicht die Mentalität, er ist zu langsam. Basta.

Sonderbar ist nur, daß ein Stab von achtzig italienischen Wissenschaftlern, Marketing-Fachleuten und Wirtschafts-Experten das bisher nicht herausgefunden hat. Aber wahrscheinlich liegt das auch an der Mentalität. Oder wissen sie es am Ende und führen uns an der Nase herum?

Wahrscheinlich hat sich der ach so hochgeachtete Dottore Gabriele Rosa nur deshalb das Vertrauen des schlichten Pfälzers Gregor Braun erschlichen, um ihn und aller Welt wider besseres Wissen glauben zu machen, er sei ein großer Rennfahrer. Dann hat der Dottore eine gigantische Reklamemaschine in Bewegung ge- und eine halbe Million Mark umgesetzt.

Oder: Der Dottore ist ein Scharlatan. Basta.

Es liegt halt viel Dunst über der Arena, aus dem Braun herausfahren muß.

K. Bl.

ZAHLEN

TENNIS

Junioren-Masters-Turnier in Berlin, Vorrunde: Becker (Deutschland) – Brown (USA) 6:7, 6:2, 6:4, Wilander (Schweden) – Schwaier (Deutschland) 6:0, 6:1.

EISHOCKEY

Junioren-WM in der kanadischen Provinz Ontario, fünfter Spieltag: USA – Deutschland 4:1, UdSSR – CSSR 4:3, Schweden – Schweiz 7:1, Kanada – Finnland 6:5.

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Tottenham 0:0, Aston Villa – Manchester City 0:1, Ipswich – Watford 0:0, Liverpool – Sheffield Wednesday 2:2, Luton – Leicester 3:1, Manchester United – Birmingham 1:0, Newcastle – Everton 2:2, Nottingham – Coventry 5:2, Queens Park – Oxford 3:1, Southampton – West Bromwich 3:1 – Tabellenspitze: 1. Manchester United 52 Punkte, 2. Everton 47, 3. Liverpool 47, 4. Chelsea 47.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto „7 aus 38": 5, 6, 11, 14, 15, 16, 37. Zusatzzahl: 20. – „Spiel 77": 8 6 5 4 6 7 6. (Ohne Gewähr)

SKI NORDISCH / Ein 16jähriger aus dem Schwarzwald mit einem berühmten Namen schaffte die große Überraschung bei der Vier-Schanzen-Tournee

Für Dieter Thoma war der Onkel Georg oftmals eher eine Belastung als eine Hilfe

RAINER v. HOLST, Garmisch

Der Morgen danach war wie jeder andere auch: Dieter Thoma (16) war früh aufgestanden, hatte kurz nach draußen in den verschneiten Schwarzwald geblickt, seinen Trainingsanzug übergestreift und hatte dann seine Trainingsrunden gedreht. Das sind am Morgen zwischen drei und fünf Kilometer.

Am Morgen danach hatte seine Mutter Inge ihn vielleicht noch etwas liebevoller als sonst angeschaut. „Erzähle doch noch einmal", hatte sie ihn beim Frühstück gebeten, obwohl er doch bereits gegen Mitternacht alles erzählt hatte. Und er hatte ihr von dem Moment erzählt, als er sich unten an der Olympia-Schanze in Garmisch-Partenkirchen umgeschaut hatte und die Weite sah. Beim Neujahrs-Springen in Garmisch-Partenkirchen war er 11. geworden. „Das war mein schönstes Springererlebnis", sagt er, „alle Mühen der letzten Jahre haben sich gelohnt."

Oft genug mußte er in den letzten neun Jahren angespornt werden. Daß sein Onkel Georg Thoma heißt, war dabei eher eine Belastung als eine Hilfe. Der Olympiasieger von 1960 in der Nordischen Kombination, Georg Thoma, gewann das Springen vor 24 Jahren an selber Stelle. Seitdem hatte nie wieder ein deutscher Springer bei der Vier-Schanzen-Tournee gewonnen. Dieter Thoma: „Onkel Georg hat sich nicht besonders um meine Springerausbildung gekümmert, aber er ist noch spät in der Nacht gekommen, um mir zu gratulieren. Da habe ich mich sehr gefreut."

Im Alter von sieben hatte Dieter Thoma mit dem Skispringen angefangen. Und es begann, wie wohl fast alle großen Springerkarrieren beginnen. Zusammen mit Vater Franz, der sein Geschäft mit Skiliften betreibt, machte Klein Dieter Touren über die Hügel des Schwarzwaldes rund um Hinterzarten. „Meine ersten Sprünge habe ich mit Tourenskier gemacht", erzählt er, „mein Vater hatte einfach ein paar Schneehügel gebaut und gesagt: Spring rüber. Das habe ich denn auch getan."

Natürlich gab es blaue Flecken und böse Stürze – doch: „Ich habe einfach die Zähne zusammengebissen und weitergemacht." Dabei war das Weitermachen oft schwer genug: „Das Springen ist ja eigentlich ganz schön, aber das Training." Trotz einer gewissen Faulheit setzte Dieter Thoma das Talent in Leistung um: Vor sechs Jahren feierte er seinen ersten großen Sieg beim Schüler-Skifest: 21 Meter sprang er weit.

„Da wußte ich, daß ich ernsthaft Skispringer werden wollte", erzählt er. Angst habe er nicht gehabt. „Wenn man mit den Weiten aufwächst, dann kann man auch damit leben. Angst wird meistens von außen an einen herangebracht. Da werden die Erwartungen dann sehr schnell zu hoch geschraubt." Vor drei Jahren, inzwischen hatte er die Schanzen rund um Hinterzarten unsicher gemacht, war seine Karriere erst einmal zu Ende: „Schon damals hatte mein Trainer meinen Absprung kritisiert. Deshalb bekam ich Order, auch beim Skifahren jeden Hügel und Buckel zum Springen zu nutzen." Bei einem Hügel, der direkt in ein nahes Waldstück mündete, sprang der 13jährige kräftig ab und landete an einem Baum. Er brach den Oberschenkel, verlor durch die Verletzung nicht nur ein Jahr in der Schule, sondern mehr als ein Jahr im Sport. „Doch ich wollte auf jeden Fall weitermachen", sagt er.

Er machte weiter: Vormittags Schule in Titisee-Neustadt, nachmittags Training. „Ich mußte Kraft trainieren, ohne dabei zu schwer zu werden." Heute hat er bei einer Körpergröße von 1,75 m ein Gewicht von 59 kg. Damit hat er nicht nur die ideale Springerstatur, sondern Bundestrainer Ewald Roscher stuft ihn gar als „Juwel" ein.

Mit der Übernahme in den C-Kader begann für ihn auch der sportliche Aufstieg. Dieter Thoma war im Training immer gut, doch im Wettkampf verließen ihn dann doch schon mal die Nerven. Er wurde vor vier Wochen in Italien 15. beim Alpen-Cup. Und jetzt 11. in Garmisch.

Da stand schon fest, daß die Vier-Schanzen-Tournee für ihn zu Ende sein würde: „Am Montag beginnt die Qualifikation für die Junioren-Weltmeisterschaft im Februar in Lake Placid in den Vereinigten Staaten. Obwohl ich dafür schon qualifiziert bin, werde ich noch einmal mitmachen. Die WM ist mein Saisonhöhepunkt."

Ursprünge einer Sagengestalt: Woher kommt der schlesische Berggeist Rübezahl?

Spenden aus verborgenem Vorrate

Mit der Loreley und dem Rattenfänger von Hameln gehört er zweifellos zu den populärsten deutschen Sagenfiguren: Rübezahl, der Berggeist des schlesischen Riesengebirges. Während man indes von jener männermordenden Sirene weiß, daß sie eine Schöpfung des jungen Romantikers Clemens Brentano aus der Zeit um 1800 ist, und von dem kinderentführenden Pfeifer in Hameln, daß er mit historischen Ereignissen des Jahres 1284 zu tun hat, kommen Rübezahls Spuren aus rätselhaftem Dunkel. Vielleicht war er ursprünglich ein Kobold aus dem Harz, der mit auswandernden Bergleuten ins böhmische Grenzgebiet kam.

Rübezahl und das Hochzeitsgeschenk – ARD, 16.10 Uhr

Im 16. Jahrhundert ist er erstmals auf einer Landkarte Schlesiens mit einem Hirschgeweih auf dem Kopf, wohl als Herr und Schützer der Gebirgstiere, abgebildet. Eindrucksvolle Zeichnungen Ludwig Richters, Moritz von Schwinds und noch Alfred Kubins (1927) trugen im weiteren dazu bei, den Geist in Gestalt eines riesenhaften alten Mannes mit langem Bart und Grubenlaterne über alle Dialektgrenzen hinaus bekannt zu machen.

Seinen merkwürdigen Namen hat man wohl mit Recht auf althochdeutsch „hriobo-zagel", das heißt: Rauhschwanz, zurückgeführt. Mag damit auf sein zunächst tierähnliches Aussehen oder auf gewisse sexuelle Qualitäten angespielt worden sein, jedenfalls konnte oder sollte man später diesen Begriff nicht mehr in den ursprünglich gemeinten Zusammenhängen verstehen. So wurde der Name volksetymologisch an „Rübe" und „zählen" angelehnt. Schon die früheste der auf ihn fixierten Erzählungen erläutert entsprechend ätiologisch seinen Namen, den er vom stets vergeblichen, immer erneut begonnenen, indes nie zu Ende geführten Zählen der Rüben erhalten habe.

Tatsächlich scheinen hier mythologische Verwandtschaften mit dem altgriechischen Gott Proteus gegeben, der seinerseits die Robben (!) zu zählen hatte. Als proteische Figur kann Rübezahl jede beliebige menschliche oder tierische Gestalt annehmen und verwirrt, neckt, bestraft oder belohnt auf diese Weise die Wanderer im schlesischen Gebirge. Er mag es nicht, wenn man seinen Namen *nennt, sei es spottend,* sei es nur leichtfertig und er rächt sich dafür allemal tückisch und gründlich, aber er schützt auch vorbildlich Wild und Fauna seiner Region vor leichtfertigen oder bösartigen Übergriffen der Menschen. Gegenüber den Armen – und unter diesen besonders gegenüber jungen hübschen Mädchen – ist er stets voller Hilfsbereitschaft, auch wenn er sie zunächst allemal in Schrecken versetzt.

Die meisten seiner Abenteuer sind schon in der ersten Buchveröffentlichung über ihn enthalten, in der 1662–1665 erschienenen „Daemonologia Rubinzalii Silesii" des Johannes Praetorius. Im Stil eines Volksbuches machte daraus ein unbekannter Verfasser vor 1728 einen „Schlesischen Rübezahl, oder das schalkhafte Gespenst", ehe dann 1782 der Weimarer Schuldirektor Johann August Musäus in seinen „Volksmährchen der Deutschen" fünf „Legenden von Rübezahl" veröffentlichte. Damit war der Berggeist vollends zum Begriff und überall heimisch geworden.

Er hat zwar ähnlich seinen berühmten Geschwistern im Reich der deutschen Sage, der Loreley und dem Rattenfänger, durchaus dämonische und bedrohliche Züge; letztlich unterscheidet ihn aber von diesen seine Schalkhaftigkeit und Gutmütigkeit, wegen der er eher ein wenig an Robin Hood oder andere Rächer der unverdient Verarmten erinnert. Er ist im Gedächtnis unzähliger – nicht nur aus Schlesien stammender – Menschen also besonders in seiner Eigenschaft als „reicher Geist" geblieben, der durch seine „Spenden, die er aus seinem verborgenen Vorrate armen Schluckern gemacht" sprichwörtlich wurde, wie Joseph Görres schon 1807 bündig feststellte.

HEINZ RÖLLEKE

KRITIK

Viel Feuerwerk zum tragischen Ende

Nach einem kurzen dramatischen Vorspiel aus der Vergangenheit beginnt der Fernsehfilm „**Donauwalzer**" (ZDF) von Xaver Schwarzenberger als bürgerliche *Idylle mit zartem* Trauerstreifen. Schwiegervater und Schwiegertochter (Hugo Gottschlich und Christiane Hörbiger) verzehren das von der betulichten Wirtschafterin (Jane Tilden) bereitete Mittagbrot in einer behaglichen Villa in einem Städtchen, das offenbar in Österreich an der Donau liegt. Das sie verbindende Familienmitglied, dessen Foto überall herumsteht, ist, wie man erfährt, einem rätselhaften Autounfall zum Opfer gefallen. Doch der Hintergrund, in den der Ungarn-Aufstand von 1956 hineinspielt, ist komplizierter. *Die sanfte Trauer der beiden wird* jäh unterbrochen durch das Auftauchen eines Totgeglaubten, der ältere *Ansprüche an die junge Frau zu* haben meint und überdies den Ehemann in einem höchst ungünstigen Licht erscheinen läßt.

So hat die ganze Geschichte zwei gewichtige Schwerpunkte: Einmal den Schmerz, den der Vater bei der niederschmetternden Erkenntnis über den zuvor verklärten Sohn empfindet und der ihn an einem kalten Silversterabend in die Wellen der Donau treibt (daher der Filmtitel!), und das Unvermögen des aus dem Totenreich Zurückgekehrten, eine alte Liebesbeziehung wieder aufzufrischen. *Hans-Michael Rehberg zeigte sich der* schwierigen Rolle des rachedürstigen Heimkehrers gewachsen, namentlich *auf der beklommenen Italienreise des* Paares. Auch die Stille des österreichischen Provinznestes ist gut eingefangen worden.

In dem Bedürfnis, dem Selbstmord des alten Herrn eine hinreichend makabere Folie zu verschaffen, ist der Regisseur freilich mit dem winterlichen Feuerwerk zu ausschweifend umgegangen, wieviel sollen die armen Ackerbürger denn eigentlich für die Ausschmückung des Jahresendes ausgegeben haben?

HELLMUT JAESRICH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Schwarzwaldklinik
13. Folge: *Der Versager*
11.35 Die Pallesen-Pillmark-Show: Unsinn am Klavier
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
Warum leben Frauen länger als Männer?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.35 Trude und Christa
Zwei Hamburger Volksschauspielerinnen erzählen
Film von Horst Königstein
14.35 Die Unverbesserlichen
Fernsehfilm von Robert Stromberger
Mit Joseph Offenbach, Inge Meysel, Gernot Endemann u. a.
Regie: Claus Peter Witt
16.00 Tagesschau
16.10 Rübezahl und das Hochzeitsgeschenk
Eine Geschichte aus dem Riesengebirge
16.25 Schneemänner mit Herz
Filmkomödie von Marie Polednakova
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ohne Krimi geht die Mimi nie ins Bett
Österr. Spielfilm (1962)
Mit Heinz Erhardt, Karin Dor, Harald Junke u. a.
Regie: Franz Antel
21.35 Plusminus
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Sportschau
23.25 Benjamin
Aus dem Tagebuch einer männlichen Jungfrau
Französischer Spielfilm (1967)
Mit Pierre Clémenti, Michèle Morgan, Catherine Deneuve u. a.
Regie: Michel Deville
1.05 Tagesschau
1.10 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

13.20 Tierporträt
Elefanten in der Wüste
beobachtet von Roger Harris
13.35 Michael Strogoff
Letzter Teil: Ein Kampf auf Leben und Tod
14.55 Faustrecht der Prärie
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Henry Fonda, Victor Mature, Linda Darnell u. a.
Regie: John Ford
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Jack Holborn (1)
Sechsteilige Serie nach Leon Garfield
Mit Patrick Bach u. a.
Regie: Sigi Rothemund
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Derrick
Kriminalfilm von Herbert Reinecker
An einem Montagmorgen
21.15 Die Hochzeit der Elche
Beobachtungen in Kanada
Von Jean-Louis Frund
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Kulturmagazin
Moderation: Hannes Keil
22.45 Die Organisation
Amerikanischer Spielfilm (1971)
Mit Sidney Poitier, Barbara McNair, Gerald S. O'Loughlin u. a.
Regie: Don Medford
0.30 Die Profis
Fremde Stimmen
1.20 heute



Banküberfall „An einem Montagmorgen": Szene mit Christine Ostermayer und Wilfried Baasner aus „Derrick" – Fr., 20.15 Uhr, ZDF FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 Der Regenbogenprinz
Wetter – Wetter
16.30 Wilde Rocky Mountains (4)
17.15 Folkfestival '85
18.15 Verschwunden in Buenos Aires
Von Elvira Ochoa und Frieder Wagner
Nur für West:
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Jan Akkerman Group in Concert
19.45 Alte Ansichten
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Freundschaft, mit Blut besiegelt
Die deutsche Linke und der Hitler-Stalin-Pakt
21.45 Herztransplantation
22.30 Oscar Peterson in Berlin
23.20 Literatur im Kreienhoop
Nachwuchsautorin Krista Anders
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN

17.45 English – made in USA
18.15 Natur und Freizeit
19.05 Treffpunkt Airport
20.00 Henschel ist Kassel und Kassel ist Henschel
Von Lokomotiven, Kanonen und dem Ende eines Familienunternehmens
20.45 Umweltverbesserer
Kleine Schritte aus der Krise
21.30 Drei aktuell
22.00 Astrologie
Eine Diskussion

SÜDWEST

18.00 Das Geheimnis des Weidenkorbes (12)
Anschl. Die kleine Dampflok
18.30 Originale im Talar
Philipp Matthäus Hahn
18.58 Regionales
19.26 Sandmännchen
19.30 Preußen und die USA
Film von Klaus Harpprecht
20.15 Showtime Broadway
Ausschnitte, Informationen und Interviews mit den Stars
21.45 Gerichtstag in Karlsruhe
Haftung im Straßenverkehr
22.55 Vom Klang der Bilder
Die Beziehungen zwischen bildender Kunst und Musik
23.40 Tolle Nächte in Las Vegas
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Elvis Presley u. a.
1.00 Speedway
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Elvis Presley u. a.

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Mozart (4)
20.30 Z. E. N.
20.35 Meine Lieblingsgeschichte
20.45 Christian Jorhan
Wiederentdeckung eines niederbayerischen Bildschnitzers
21.30 Rundschau
21.45 Zwischen Brettl und Brettern
Ein Abend mit Helmut Lohner
22.35 Nix für ungut!
22.40 Zeuge gesucht
Amerikanischer Spielfilm (1944)
0.05 Rundschau

SAT 1

15.00 Sindbads Abenteuer
Alibaba, der Räuberhauptmann, und die 40 Räuber
15.30 Siehste!
Tiere im Nordwesten Amerikas
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Der Gefangene
18.00 Shirley
Das schottische Abenteuer
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Sandbaggers
Highjacking
Anschl. Spielcasino bei SAT 1
Heute: Kartenlotto
19.45 Dort oben, wo die Alpen glüh'n
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Ingmar Zeisberg, Albert Rueprecht, Lotte Ledl u. a.
Regie: Otto Meyer
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 BUNTE Talkshow
Prominente diskutieren über aktuelle Themen
23.15 Chicago 1930
Die Erpressung
0.00 APF blick
Letzte Nachrichten
0.10 Hängt ihn höher
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Clint Eastwood, Inger Stevens, Ed Begley u. a.

3SAT

18.00 Im ewigen Eis
Auf den Spuren Alfred Wegeners
19.00 heute
19.30 Album '85
Bilder eines Jahres
Mit Anmerkungen von Karlheinz Rudolph
20.30 Das Traumschiff
21.30 3SAT-Nachrichten
21.35 Kulturjournal
21.45 Tagebuch
Aus der Katholischen Kirche
22.00 Bauernhimmel oder die heiligen Fürsprecher
Nach dem Buch von Hannes Koren
23.00 Kottan ermittelt
So long, Kottan
Von Helmut Zenker
0.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Typisch RTL
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karlchen
19.30 Kinoparade
Zuschauer wählen zwischen:
1. Traumhaus für zwei
Amerikanischer Spielfilm (1977)
2. Ich kann nicht länger schweigen
Deutscher Spielfilm (1961)
20.55 RTL-Spiel
21.05 Candy
Amerikanischer Spielfilm (1970)
22.45 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Fritz André

ehemaliges Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG

19. Dezember 1897 26. Dezember 1985

Herr André, der unserem Haus seit 1919 angehörte, hatte als Vorstandsmitglied unserer Berliner Tochterbank, der Bank für Handel und Industrie AG, maßgeblichen Anteil an dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. Von 1957 bis 1963 hat er als Mitglied des Vorstands die Geschicke der Dresdner Bank entscheidend mitgestaltet und sich durch sein hervorragendes fachliches Können und seine umfassenden Kenntnisse um unser Haus verdient gemacht.

Wir trauern um den Verlust eines Mannes, dessen menschliche Eigenschaften wir hochgeschätzt haben. Wir werden Herrn André stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Dresdner Bank AG

Düsseldorf, im Dezember 1985

Hans Lampert

* 6. Juli 1897 † 25. Dezember 1985

In Liebe und Dankbarkeit

Gisela Lampert geb. Heldman
Friedrich Carl Lampert
Dorothea Lampert geb. Ferno
Christoph und Alexander Lampert
Helmuth Lampert
Florian Lampert
Melita von Borries geb. Struve
Ulf von Borries
Bettina von Hohnhorst geb. von Borries
Georg von Hohnhorst
Philipp
Andrea von Borries

2000 Wedel
Graf-Luckner-Haus

Sein Wunsch war, in aller Stille beigesetzt zu werden.

Statt Karten

Ein langes, erfülltes Leben hat sich vollendet.

Dr. Arthur Hauck

Oberstudiendirektor

* 27. September 1888 † 1. Januar 1986

Die Angehörigen
und der Freundeskreis

2057 Reinbek
Bernhard-Ihnen-Straße 20

Trauerfeier am Montag, dem 6. Januar 1986, um 14 Uhr in der Kapelle des Reinbeker Friedhofes, Klosterbergenstraße.

Volker Worbs

Dipl.-Ing.

14. 4. 1915 20. 12. 1985

Wir werden dich sehr vermissen!

Annegret Lingemann geb. Worbs
Prof. Dr. Bernd Lingemann
Jan, Heiner und Marie
Ingrid Schweitzer geb. Worbs
Dr. Wolfgang Schweitzer und Familie
Dietgart Schmeding geb. Worbs
Dr. Gustav-Adolf Schmeding und Familie

2000 Hamburg 55, Heydornweg 3
4400 Münster, Eichenweg 15

Die Beerdigung findet statt am 10. 1. 1986, um 13.30 Uhr, Kapelle 1 des Friedhofes Hamburg-Bergedorf.

Anstelle freundlich zugedachter Kränze und Blumen bitten wir, die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Postscheckkonto Hamburg 10 696-207 mit einer Spende zu bedenken.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: *Dr. Günter Zehm*

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); *Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky* (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna *Gieskes*, Werner *Kahl*, *Lothar Schmidt-Mühlisch*

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: *Bernt Conrad*

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, *Fernkopierer (02 28) 37 34 65*

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) *37 50 61, Telex 8 587 756*

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal *jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT*. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; *2070 Ahrensburg, Kornkamp.*

Frankreich: Wirtschaft soll „befreit" werden

DW. Paris

Auf eine gemeinsame Wahlplattform für die Parlamentswahlen am 16. März haben sich die beiden wichtigsten Formationen der konservativen Opposition in Frankreich, die neo-gaullistische RPR und die UDF (Giscardisten), geeinigt. Die „Befreiung" der Wirtschaft bildet bei dem 20-Punkte-Programm den Schwerpunkt. Vor allem die Reprivatisierung von Großkonzernen und Banken wollen die beiden Parteien einleiten. Die Sozialisten hatten seit ihrer Machübernahme im Jahre 1981 diese Unternehmen vertaatlicht.

Der in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende staatliche Automobilkonzern Renault wird in dem Papier zwar nicht ausdrücklich erwähnt, doch heißt es darin: „Langfristig kommt jeder Sektor, in dem Wettbewerb stattfindet, für eine Entstaatlichung in Frage."

Die sofortige Aufhebung sämtlicher Preisbindungen – dies bedeutet die Aufhebung einer noch aus dem Jahre 1945 stammenden Regelung – ist ein weiterer wesentlicher Programmpunkt der RPR und der UDF. Mehr „Freiheit" soll den Unternehmen schließlich noch durch steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Eine Reform der Gewerbesteuer ist geplant. Insbesondere von dieser Maßnahme erhofft sich die bürgerlich-konservative Opposition einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen RPR und UDF, deren Wahlsieg nach jüngsten Meinungsumfragen wahrscheinlich ist, auf eine „Rückkehr zum (wirtschaftlichen) Wachstum" sowie auf mehr „Flexibilität" bei der Betriebsführung. Die Lockerung der Teilzeitregelung und der Bestimmungen für befristete Arbeitsverträge wird in diesem Zusammenhang genannt.

„Steuerhilfe" von der DKP

PETER PHILIPPS, Bonn

Die DKP und ihre Funktionäre sind auf der Suche nach neuen Möglichkeiten verdeckter, aber wirkungsvoller Arbeit fündig geworden: In 22 nordrhein-westfälischen Städten haben sie inzwischen Beratungsstellen ihrer „Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V. – Lohnsteuerhilfeverein" aufgemacht. Niemand vermutet hinter diesem harmlosen Namen die kommunistische Partei – erst recht nicht die Bundeswehr-Soldaten, die sich hier Hilfe holen und ihre persönlichsten Daten hinterlassen. Denn die Ruhrgebiets-Städte, in denen der „Lohnsteuerhilfeverein" residiert, sind „zufällig" jeweils auch Standorte größerer Bundeswehr-Verbände: von Unna über Datteln bis Witten.

Der Vorsitzende des „Vereins" in Datteln ist Günter Jorgs, zu Max Reimanns Zeiten bereits KPD-Funktionär. Bei den Kommunalwahlen 1969 kandidierte er letztmalig für die DKP – seitdem konzentriert er sich auf die Personaldaten von Lohnsteuerzahlern. Seine Tochter Anita hat mittlerweile den „Vereins"-Vorsitz in anderen Städten übernommen, so in Marl und Castrop-Rauxel. Auch sie war DKP-Kommunalwahl-Kandidatin, in Oer-Erkenschwick. Doch das Familienunternehmen bietet auch anderen kommunistischen Funktionären Unterschlupf, so dem DKP-Ratsherrn Erhard Witulski in Ahlen, Werner Teriet aus Dortmund und Klaus Czyborra aus Essen, beide Mitglieder im DKP-Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen.

Das Unternehmen hat sich offensichtlich so erfolgreich im Sinne seiner Initiatoren angelassen, daß es bundesweit aktiv werden soll. In der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" („UZ") werden weitere Mitarbeiter geworben: „Bezirksbeauftragte", „Beratungsstellenleiter" und „Mitarbeiter". Ergänzend heißt es dort: „Keine besonderen Qualifikationen erforderlich. Auf ihre zukünftige Tätigkeit werden Sie von uns vorbereitet."

Inzwischen erhärtet sich der Verdacht, worin diese Tätigkeit letztendlich bestehen könnte: Leichter und auch noch bezahlt ist kaum an die persönlichsten Daten von Bürgern heranzukommen – und damit auch an einen Überblick, wer welchen Ansatzpunkt zum Anwerben durch das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bieten könnte. Denn die enge Anbindung der DKP an die SED ist unverändert, die Funktionäre sind durch die Schulung ihrer östlichen Genossen gegangen. In den Erkenntnissen der westdeutschen Sicherheitsbehörden heißt es außerdem, daß von einer „lückenlosen Kontrolle der DKP durch die SED" auszugehen sei, zu der auch die „Aufbewahrung der DKP-Unterlagen in SED-Archiven" gehöre. An diesem Punkt jedenfalls greifen die Datenschutz-Gesetze der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Außer dem Gewinn von Daten ist der Jorgs-Firma offenbar auch finanzieller Gewinn sicher. Denn der Kommunist hat sich inzwischen ein Eigenheim gekauft und seine Beratertätigkeit weiter ausgebaut: Auch auf dem Immobilienmarkt und im Versicherungswesen ist er inzwischen tätig – wiederum datenträchtige Bereiche.

Nicht der Inhalt, der Stil war bei Reagan und Gorbatschow interessant

US-Präsident im sowjetischen TV: SDI sichert Frieden / Kreml-Chef kämpft um Atempause

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Fernsehbotschaften der beiden mächtigsten Männer der Welt haben, so verschieden sie angelegt waren und so unterschiedliche persönliche Temperamente und politische Systeme Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow verkörpern, doch eines gemeinsam: Es handelte sich auf beiden Seiten um eine Art „Schattenboxen" – und den Versuch, ohne einen Millimeter der eigenen Position aufzugeben, bei der anderen Seite – also in der öffentlichen Meinung des gegnerischen Landes – Punkte zu sammeln.

Bedeutsam ist, daß beide Chefs der zwei Supermächte sich auf diesen neuen Stil einer „kompetitiven Konfrontation" einigen konnten. Mehr als der Inhalt der Botschaften – beide Redner brachten substantiell nichts Neues – ist also der Stil interessant. Für Reagan war der Durchbruch womöglich noch entscheidender und wichtiger als für Gorbatschow. Denn dem sowjetischen Generalsekretär und seinen unermüdlichen Propagandisten und Sympathisanten stehen die westlichen Medien und insbesondere das amerikanische Fernsehen stets zur Verfügung. Reagan allerdings kann nicht damit rechnen, vom sowjetischen Fernsehen oder den sowjetischen Zeitungen in der Moskauer „geschlossenen Gesellschaft" viel positive Publizität zu erhalten.

Menschenrechte erwähnt

Der amerikanische Präsident nutzte folglich die Gelegenheit, um seinen sowjetischen Zuhörern und Zuschauern zwei Dinge plausibel zu machen: Erstens die Washingtoner Auffassung von SDI als einem Mittel der Friedenssicherung. Damit versuchte er, der sowjetischen Schreckenspropaganda von einem „militarisierten Weltall" das Wasser abzugraben. Da SDI niemanden angreifen und lediglich einen Angriff der anderen Seite unmöglich machen könne, ist es, so Reagan, ein geradezu ideales Mittel, um den Weltfrieden zu erreichen. Zum anderen wandte sich der amerikanische Präsident dem Problem der Menschenrechte und der Bürgerrechte zu. Er nannte hier alle jene Prinzipien, die für westliche Demokratien selbstverständlich, für das sowjetische Imperium dagegen tabu sind: Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Reise- und Auswanderungsfreiheit.

Gorbatschow dagegen beschwor vor dem amerikanischem Fernsehpublikum den „friedlichen Weltraum" – also den Verzicht auf SDI – als Voraussetzung des Friedens. Und dann sprach er mit freundlicher Stimme, aber ohne den geringsten Zweifel an der Folgenschwere seiner Worte, von den „Abgründen", durch die Amerika und die Sowjetunion immer noch getrennt seien. Der Eindruck blieb auch diesmal, daß Gorbatschow sich in der Defensive befindet und daß er mit einer besonderen Aufgabe, die der Quadratur des Kreises gleichkommt, fertig werden muß. Er kann es sich nicht leisten, den Kontakt mit den Amerikanern abreißen zu lassen. Dies wäre für ihn ein innenpolitischer und persönlicher Mißerfolg. Es würde ihn auch der Möglichkeit berauben, jene „Reformen" des sowjetischen Systems (oder genauer gesagt: jene „Stromlinien"-Veränderungen) durchzusetzen, ohne die das Imperium in absehbarer Zeit in gewaltige Schwierigkeiten geraten müßte. Zum andern kann aber Gorbatschow dem SDI-Programm Reagans nicht zustimmen – und offensichtlich hat der sowjetische Parteichef in dieser Frage auch die sowjetischen Marschälle und Generäle im Nacken, die vor allzu großer Nachgiebigkeit warnen.

Der Kreml-Chef muß also um eine politisch-ökonomisch-technologische Atempause kämpfen, ohne die seine persönliche Macht zerbröckeln würde. Er braucht also die Amerikaner. Er kann sich einen Affront gegen sie nicht leisten. Aber er muß das Dekor wahren, daß die Sowjetunion und ihr Generalsekretär keineswegs „Bittsteller" sind, die aus einer unterlegenen Position mit der Weltmacht Nummer eins verhandeln.

Verschobener Gipfel

Der Ausweg, den er sucht, wurde bei der Fernsehansprache sichtbar und hörbar: Er bemüht sich, sich den amerikanischen Familien als seriöser, besorgter, verantwortungsvoller Partner darzustellen – als Mann, der um vieles besser ist als sein Ruf.

Zugleich kämpft Gorbatschow um Zeitgewinn. Wenn aus Moskau jetzt der Wunsch laut wird, den für Juni geplanten nächsten Gipfel mit Reagan auf den September zu verlegen, so dürfte dies zwei Gründe haben. Einmal möchte Gorbatschow nach dem kommenden sowjetischen Parteikongreß, auf dem entscheidende Personal- und Strukturveränderungen sanktioniert werden dürften, erst einmal seine innere Position konsolidieren. Das neue Uhrwerk soll bereits laufen, bevor sich sein Chef einer neuen Begegnung mit Reagan stellt. Zum andern aber – je mehr Zeit Gorbatschow gewinnt, desto besser für ihn und desto schlechter für Reagan. Der amerikanische Präsident verliert um so mehr an Handlungsfreiheit, je mehr sich der Gipfeltermin dem kommenden US-Präsidentschaftswahlkampf nähert, bei dem Reagan bekanntlich nicht mehr kandidieren wird.

An Khadhafi scheiden sich die Geister

Spadolini sieht sich in seinem Mißtrauen gegen Andreottis Nahostpolitik bestätigt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das Blutbad von Fiumicino hat in Italien eine neue Auseinandersetzung über gewisse Aspekte der vom christdemokratischen Außenminister Giulio Andreotti verfolgten Mittelmeer- und Nahostpolitik provoziert. Dabei stehen vor allem die Beziehungen zu Libyen zur Debatte, das der direkten Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtigt wird.

Als die amtliche libysche Nachrichtenagentur Jana das von den palästinensischen Terroristen auf dem römischen Flughafen verübte Massaker als „heroische Aktion" bezeichnete, war die Empörung über diese Verherrlichung eines Verbrechens zunächst allgemein. Selbst Andreotti sprach seine „Mißbilligung" aus. Die folgende Distanzierung der libyschen Regierung von ihrem eigenen Sprachrohr fand dann aber innerhalb der römischen Regierungskoalition ein geteiltes Echo. Während die Christdemokraten und die Sozialisten ihre Erleichterung erkennen ließen, werteten die Republikaner, die Liberalen und die Sozialdemokraten den verbalen Rückzieher des Khadhafi-Regimes als völlig unglaubwürdig.

Vorwurf der Illusion

Die von Verteidigungsminister Giovanni Spadolini geführte republikanische Partei, die schon während der „Achille Lauro"-Affäre ihren Protest gegen Andreottis Nahostpolitik durch Auslösung einer Regierungskrise manifestiert hatte, sieht sich voll in ihrem Mißtrauen bestätigt. Spadolini warf den zuständigen Stellen der Regierung, der er selbst angehört, „Laszismus" gegenüber den in Italien lebenden Arabern vor, eine Haltung, die auf der Illusion gründe, daß man sich mit einer der PLO entgegenkommenden Politik die Verschonung vom palästinensischen Terrorismus erkaufen könne.

Die Liberalen fordern offen eine Überprüfung der Beziehungen zu denjenigen Ländern, die – wie Libyen – der Komplizenschaft mit dem internationalen Terrorismus verdächtig sind. Und ein führender Sozialdemokrat sprach sich sogar für politische und wirtschaftliche Sanktionen aus.

Demgegenüber warnte der christdemokratische „Popolo" vor außenpolitischen Spontanreaktionen unter dem Eindruck aktueller Ereignisse. Volle Unterstützung für seine Außenpolitik fand Andreotti beim sozialistischen Fraktionsführer im Senat, Fabbri, der im „Avanti" erklärte, wer versuchen sollte, nach Fiumicino eine Polemik über die Außenpolitik des Landes auszulösen, werde auf „Unverständnis" stoßen und sich selbst isolieren.

Die meisten politischen Beobachter in Rom halten eine Revision der italienischen Mittelmeerpolitik, die dieser Tage von einer Zeitung als „tutta vaselina" (ganz Vaselinsalbe) charakterisiert wurde, für unwahrscheinlich. Sie verweisen dabei auf konkrete italienische Interessen, die besonders im Falle Libyen unübersehbar seien.

Diese Interessen drücken sich nicht nur darin aus, daß Italien der größte Handelspartner Libyens ist und in den Khadhafi-Staat gegen Erdöl und Erdgas unter anderem Automobile, Stahl und Waffen exportiert. Die „Libyan Arab Foreign Bank" hält auch 15 Prozent der Anteile des Fiat-Konzerns. Vor allem aber arbeiten in Libyen Dutzende von kleinen, mittleren und großen italienischen Firmen, die insgesamt 15 000 Arbeitskräfte aus Italien mitgebracht haben.

Gemeinsame Interessen

Polemiken hat es zwischen Rom und Tripolis in letzter Zeit zwar immer wieder gegeben, sie vermochten jedoch nie die Grundlagen der gegenseitigen Interessen zu erschüttern. Andreotti und Khadhafi entfernten sich bei ihren zwei Treffen im Jahre 1984 nie von dieser Basis, auch wenn sie offen ihre Meinungsverschiedenheiten austrugen – etwa um die von Libyen geforderte italienische Entschädigung für die italienische Kolonialherrschaft oder um die von Italien zugestandene Installierung amerikanischer Cruise Missiles auf Sizilien, die Khadhafi als gegen sein Land gerichtet betrachtet. Als dem italienischen Außenminister im März vergangenen Jahres während eines Besuches in den USA die schon damals weithin vertretene Überzeugung vorgehalten wurde, daß Libyen den internationalen Terrorismus finanziere, bemerkte er lediglich: „Bisher hat Khadhafi die italienischen Terroristen nicht subventioniert."

Heikle Fragen an Warschau

Junge Polen erkundigen sich nach Ursachen der Krisen

J. G. G. Düsseldorf

Das Organ der regimenahen Bewegung Pron („Odrodzenie") hat sich in seinem „Jugendforum" entschlossen, brisante Fragen zu veröffentlichen, die polnische Abiturklassen an die Warschauer Führung stellten. Die Jugend sei – wie man an der Spitze annehme – keineswegs primär an der Lösung ökonomischer Fragen interessiert, sie stelle vielmehr bohrende Fragen über Zukunft und Vergangenheit des Landes, heißt es dazu.

So wollen die Jugendlichen erfahren, ob der letzte Polen-König Stanislaus August Poniatowski – ein Günstling der Zarin – in der Tat ein „großer Pole" oder nur ein Kollaborateur war? (Frage 1). Gleich danach verlangt die Abiturjugend mehr Wissen über Staatsgründer Marschall Pilsudski.

„Welche Gründe liegen vor, daß wir so wenig Geschichtsunterricht über die Volksrepublik Polen haben? Welches waren die wahren Gründe der Krisen dieser Republik?" – heißt es weiter. Und man will wissen, warum angeblich „verdiente" Spitzenfunktionäre „mit Gewalt" von ihren Posten vorzeitig verdrängt wurden. Dazu anschließend die Frage: „Was macht heute Parteichef Gierek?"

Die Jungabiturienten kritisieren in der Umfrage, daß im heutigen Polen weder die Erreichung der Souveränität des Landes im Jahre 1918, noch der Tag der ersten polnischen Verfassung vom 3. Mai, noch der Sieg ums Kloster Montecassino oder noch der Warschauer Aufstand 1944 offiziell gewürdigt werden.

Dann wollen die Befragten wissen, woher Pron das Geld habe und ob es wahr sei, daß diese „Sammlungsbewegung" eigentlich nur unter dem Diktat der KP arbeite. „Ist der Sozialismus doch nicht nur eine Utopie", lautet die nächste Frage.

„Wieso kann der Kapitalismus mit bedrohlichen Krisen und nationalen Erschütterungen eher fertig werden, wie wir sie in Polen gehabt haben? Wieso nehmen wir Geschenke aus dem Westen an? Sind wir in der Tat schon so ein armes Land, daß wir betteln gehen müssen?" Und warum US-Polen so viele Päckchen schicken können und als Touristen mit vollen Geldbörsen in ihre Heimat kommen, möchten die Jugendlichen wissen. Abschließend werden die Fragen noch subtiler: „Warum müssen unsere Lehrer vertuschen, in die Kirche zu gehen, zumal noch unsere Verfassung ihnen die Gewissensfreiheit verbürgt? Warum wurde seinerzeit Primas Wyszynski deportiert? Und wieso werden die Reden des Polen-Papstes nicht von unseren Rundfunk- und Fernsehanstalten verbreitet?"

Auch Primas Glemp muß sich eine heikle Frage gefallen lassen: „Welche Haltung nimmt gegenwärtig der polnische Episkopat gegenüber der Solidarność ein?"

Brauchitsch sagt zu Aktien-Verkauf aus

dpa, Bonn

Mit der Vernehmung des früheren Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch über die Beweggründe des Düsseldorfer Konzerns zum Verkauf eines Pakets mit Daimler-Aktien ist gestern der Bonner Parteispenden-Prozeß fortgesetzt worden. Damit hat die VII. Große Strafkammer, vor der sich auch die beiden früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung verantworten müssen, den Komplex Steuerstundung für den Milliarden-Gewinn aus Aktien-Verkauf eingeleitet.

Von Brauchitsch sagte am 31. Verhandlungstag aus, daß nach dem Tod des Konzerngründers Friedrich Flick 1972 Bestrebungen in der Konzernleitung bestanden hätten, die damals im Exportgeschäft stark expandierenden deutschen Konzerntöchter, Feldmühle, Dynamit Nobel und Buderus, durch Auslandsinvestitionen zu stärken. Da habe sich der Verkauf der Mercedes-Aktien „regelrecht aufgedrängt". Die hätten nämlich mit den spärlichen Dividenden-Erlösen nach Abzug von Steuern im Konzern so gut wie keine Gewinne gebracht.

Von Brauchitsch wird von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, Parteispenden gezahlt zu haben, um damit eine Begünstigung der vom Flick-Konzern gestellten Steuerstundungsanträge zu erreichen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die zentrale Aufgabe

„Mission modern – per Telefon": WELT vom 9. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Kreisen der verfaßten Kirche steht die WELT nicht eben in dem Rufe, besonders kirchenfreundlich zu sein, gewissermaßen zu „Motschmann-freundlich". Um so lieber las man nun den Bericht von H. Schütte, in dem, nach sorgfältigen Recherchen, genau und informativ berichtet wurde. Vielen Dank dafür!

Hier – so meine ich – wird deutlich, daß sich die Kirche auf ihre zentrale Aufgabe besinnt, mit den vielen Suchenden und Ratlosen, den geistlich Umherirrenden, über den Glauben zu reden, um aus der Sprachlosigkeit in persönlichen Glaubensfragen herauszufinden, die sich seit langem unter Christen und Nichtchristen breitgemacht hat.

Eindrucksvolle Zahlen belegen den Erfolg des mutigen, kreativen Unternehmens „neu anfangen". Man wird freilich diesen Erfolg kaum ablesen können an den Eintrittszahlen der Kirche, wohl aber daran, daß sich in den so missionierten Gemeinden „etwas tut" – etwas in Bewegung geraten ist, das Mut macht, um auch in anderen Bereichen der Hansestadt dies – freilich aufwendige – Unternehmen einer „Mission modern – per Telefon" zu starten.

Kirchensteuergelder und Spenden – wo können sie besser eingesetzt werden als in solch geistlichem Hilfsangebot für den Mitmenschen: modernes kirchliches Management mit Investitionsfreudigkeit. Prima!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans Mau,
Aumühle

Recht auf Pluralität

„In der Gewerkschafts-Basis wächst die Verdrossenheit über die Führung": WELT vom 23. Dezember

Die Überschrift ist unrichtig! Denn in der Basis von Mitgliedern der Christlichen Gewerkschaften gibt es keine Verdrossenheit über die Führung. Studien und Presseartikel sollten bei Berichten über die Gewerkschaften – deutlich – Roß und Reiter nennen. Wenn man DGB-Gewerkschaften meint, sind sie auch so zu bezeichnen! Mitglieder von Christlichen Gewerkschaften und Berufsverbänden, die im Dachverband CGB-Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands vereinigt sind, möchten nicht mit DGB-Gewerkschaften verwechselt werden.

Die Christlichen Gewerkschaften vertreten das Recht auf freie Bestimmung des eigenen Aufgaben- und Pflichtenkreises, der Organisations-Struktur und der gewerkschaftlichen Kampfmittel. Ein Allzuständigkeits-Anspruch wird abgelehnt. In der demokratischen Gesellschaft können Interessen wirksam nur über die Mitgliedschaft in Verbänden und über Wahlen vertreten werden. Für die Arbeitnehmer besteht deshalb eine moralische Verpflichtung, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 des Grundgesetzes ist zu wahren.

In einer freien und pluralistischen Gesellschft existiert eine Vielzahl einander ähnlicher, nach sozialer Lage, politischem Standort und weltanschaulicher Grundentscheidung jedoch unterschiedlicher Interessen und Wertvorstellungen. Dieser eindeutige Tatbestand spricht gegen eine monopolistische „Einheitsgewerkschaft" und für die Pluralität von Gewerkschaften.

Wußten Sie schon, daß sich im Sommer 1920 die drei großen Gewerkschaftsbünde – Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund (sozialistisch), Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (christlich) und Verband der Deutschen Gewerkschaften (liberal) – vertraglich verpflichteten, „in und außerhalb der Betriebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Übertritts von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten"? Das waren noch Zeiten!

Karl Hoffmann,
stellv. CGB-Landesvorsitzender,
Hamburg 95

Streit um Fahrlehrer

„Krieg der Fahrschulen": WELT vom 4. Dezember

Der Artikel gibt objektiv die Argumentation der Fahrlehrerverbände wieder. Aber dadurch, daß die Argumente seit zig Jahren wiederholt werden, werden sie auch nicht besser.

● Behördenfahrlehrer, zu denen auch die Bundeswehrfahrlehrer zählen, können in Nebentätigkeit im zivilen Bereich nur dann als Fahrlehrer tätig werden, wenn eine zivile Fahrschule sie anstellt. Erst dann wird der Behördenfahrlehrerschein, der für den zivilen Bereich nicht gilt, umgeschrieben. Es sind also die verbandseigenen Mitglieder der Herren Heiler und Roos, die eine Nebentätigkeit der Behördenfahrlehrer erst ermöglichen.

● Die Gedankenkette des Herrn Heiler: „Preiswerte Ausbildung = billige Ausbildung = schlechte Ausbildung = unfallträchtig" hört sich zwar logisch an, ist aber barer Unsinn. Wer für 25 Mark pro Fahrstunde mies ausbildet, tut dies auch, wenn er 50 Mark pro Fahrstunde verlangen muß.

● Das Prinzip der freien Marktwirtschaft funktioniert auch im Fahrschulgeschäft, und das ist gut so. Die Fahrschüler sind gewiß nicht so leichtfertig, wie Herr Heiler glaubt. Bei der Suche nach einer Fahrschule spielt der Ruf der Fahrschule (wie hoch ist die Durchfallquote?) eine entscheidende Rolle.

● Autofahren ist auch eine Sache des Charakters. Rücksichtslose Ellenbogenmenschen werden sich in der Regel auch am Lenkrad so benehmen. Der Fahrlehrer kann seinen Schülern nur den sach- und verkehrsgerechten Umgang mit dem Kraftfahrzeug beibringen. Den Charakter seiner Schüler, der sich mit zunehmender Routine am Lenkrad voll entfaltet (wenn die Ausbildung längst abgeschlossen ist), kann er nicht ändern.

● Die jahrelangen Versuche der Fahrlehrerverbände, in die Ausbildung der Militärkraftfahrer eingreifen zu wollen, sind unverständlich. Kein ziviler Fahrlehrer beherrscht die militärischen Vorschriften, die spezifische Fahrzeugtechnik oder den Umgang mit Kettenfahrzeugen. Weit über 80 Prozent der Bw-Fahrschüler bringen aber bereits den Führerschein Klasse 3 mit. Was will also ein ziviler Fahrlehrer in der Bw ausbilden?

● Der Vollständigkeit halber sei eine Information des Herrn Rueb ergänzt: Herr Roos hat seine Fahrschule an einen ehemaligen Bundeswehrfahrlehrer verkauft.

Dipl.-Ing. Möller, Oberst
Zentrale Militärkraftfahrtstelle,
Düsseldorf

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Die Zwangsjacke

„Die Bußprediger-Lobby": WELT vom 27. Dezember

Sehr geehrter Herr Dittmar,

ich bedanke mich für Ihren Kommentar, der mir voll aus dem Herzen spricht.

Der Reichsbund für Kriegsopfer, Sozialrentner und Hinterbliebene wird fälschlicherweise immer als die „Lobby der Rentner" verstanden und in der Öffentlichkeit (leider) auch entsprechend dargestellt. Unstrittig hat der Reichsbund sehr viel für die Kriegs-, Zivil- und Wehrdienstopfer getan und wird es sicher auch weiterhin tun, etwa, wenn es um Anerkennung und Höhe von Beschädigungen geht, was ich aus der eigenen Familie weiß.

Doch als eine Interessenvertretung für die Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung, soweit es speziell die ehemaligen Arbeitnehmer aus der freien Wirtschaft betrifft, ist er mir bisher noch nicht groß aufgefallen. Kann er vielleicht auch nicht! Denn unter seinen Mitgliedern sind sicherlich nicht wenige ehemalige Beamte und Angehörige des öfffentlichen Dienstes – sollte er diese verprellen!?

Er – der Reichsbund – steckt hier offensichtlich in der gleichen Zwangsjacke wie Parteien und DGB. Wenn es um „große Auftritte" geht, ist der Pauschalbegriff „Rentner" stets ein dankbares Schlagwort. Geht es jedoch um die Frage der Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, das heißt, müßte der aus Steuermitteln zusatzversorgte öffentlich Bedienstete oder staatlich vollversorgte Beamte zur Diskussion gestellt werden, hüllen sich alle – DGB, Parteien und eben auch der Reichsbund – in Schweigen. Was ist da noch Lobby?

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Bosse,
Hamburg 90

Linke Pädagogik

„Familie und Selbstvertrauen": WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Neander schreibt: „Die Familie . . . bietet immer noch einen besseren Schutz vor Isolation, Fanatismus, Angst und Sprachlosigkeit, als dies irgendeine andere Institution könnte. Das sollten auch jene begreifen, die sich die ideale Welt immer noch als System aus lauter von Sozialpädagogen betreuten Kleinwohngruppen vorstellen."

Ich meine, „jene" wußten das von Anfang an. Und gerade deswegen setzten „jene" auf Familienzerstörung. Menschen mit Urteilsfähigkeit und Selbstbewußtsein sind für den Klassenkampf und die Systemüberwindung nicht geeignet. Auch die Agitation für die „Selbstverwirklichung" verfolgt das Ziel, die Familie zu zerstören. So kann man die Mütter von den Kindern trennen und Streit unter den Ehepartnern stiften (Scheidungsziffern!), und die Sozialpädagogen haben die Möglichkeit, die Kinder in die Hand zu bekommen.

Darüber kann man übrigens bei Wolfgang Brezinka in „Die Pädagogik der Neuen Linken", Ernst Reinhard-Verlag, München und Basel, 5. neu bearbeitete Auflage 1980 ausführlich und mit Zitaten belegt, nachlesen.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Linhart,
Röthlein

Wort des Tages

„Wahrheitsliebe zeigt sich darin, daß man überall das Gute zu finden und zu schätzen weiß."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

GEBURTSTAG

Der evangelische Theologieprofessor **Walter Künneth**, der im Dritten Reich entschiedenen Widerstand gegen die NS-Ideologie geleistet hat und in den 70er Jahren als Sprecher der Bekenntnis-Bewegung „Kein anderes Evangelium" hervorgetreten ist, vollendete am Neujahrstag in Erlangen seinen 85. Geburtstag. Bekannt wurde der in Etzelwang geborene Theologe durch seine Auseinandersetzung mit der Weltanschauung des NS-Ideologen **Alfred Rosenberg** und seine mutige Kampfschrift „Antwort auf den Mythos". Dem Dozenten an der Theologischen Fakultät Berlin wurde wegen seiner antinationalsozialistischen Haltung 1937 die Lehrbefugnis entzogen, er erhielt Rede- und Schreibverbot, die Apologetische Centrale in Berlin, die er seit 1933 leitete, wurde aufgelöst. 1953 wurde Künneth in Erlangen Professor für Systematische Theologie. Seine Vorbehalte gegenüber der historisch-kritischen Theologie und der existentialen Interpretation des Neuen Testaments führten zur Gründung des „Theologischen Konvents", dessen Vorsitz Künneth in den ersten Jahren selbst übernahm. Der konservative Theologe, der schon 1952 für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland eintrat, schildert seinen Lebensweg in der 1979 erschienenen Biographie „Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet".

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat am 31. Dezember das Rücktrittsgesuch des Weihbischofs in Rottenburg/Stuttgart, **Anton Herre**, angenommen. Der am 14. Dezember 1910 in Dietenheim bei Ulm geborene Herre stand dem Bischof von Rottenburg/Stuttgart, **Georg Moser**, seit 1970 als Weihbischof zur Seite. Bisher war er innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz Mitglied der Kommission für liturgische Fragen.

WAHL

Der Leiter der Abteilung von Environtologie und Nuklearmedizin der Universität Marburg, Professor Dr. **Emil Heinz Graul**, ist zum Präsidenten der Internationalen Akademie für präventive Medizin und Umweltmedizin gewählt worden. Darüber hinaus erhielt der medizinische Zukunftsforscher eine Reihe von internationalen Berufungen: Er wurde zum Mitglied der Internationalen Akademie für Zytologie in Kanada und einer in London gegründeten Internationalen Zeitschrift für Environtologie gewählt.

Der Direktor der Universitäts-Sternwarte Bonn von 1947 bis 1966, Professor Dr. **Friedrich Becker**, ist im Alter von 85 Jahren in München verstorben. Die Bonner Astronomen verdanken ihm den Aufbau der Astronomischen Institute, der mit der Errichtung des Observatoriums Hoher List im Jahre 1954 begann. Zwei Jahre später begründete er die Radioastronomie in Bonn mit dem Bau des 25-m-Radioteleskops auf dem Stockert. In den sechziger Jahren war seine Initiative im Kollegium entscheidend für die Schaffung des 100-m-Radioteleskops in Effelsberg. Diese Aufbauarbeit gipfelte dann 1966 in der Gründung des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie.

Kinder Kinder

HH – Zum Jahreswechsel haben prominente SPD-Politiker wie Hans Apel und Anke Fuchs die jetzt in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen aufs Korn genommen. Voll im Visier ist dabei die Erhöhung des Kinderfreibetrags von 432 auf 2484 Mark jährlich. Die SPD sieht darin eine „unsoziale Alternative" zu der von ihr geforderten Kindergelderhöhung.

Mit einem einheitlichen Kindergeld und der Einführung eines Schülerzuschlags „wäre das Geld für die Familien sozial gerecht ausgegeben worden, weil dann jedes Kind Vater Staat gleich lieb und teuer geblieben wäre", lamentiert Frau Fuchs im Pressedienst der Fraktion unter der Überschrift „Familienlastenausgleich – mehr Schwindel als Wohltat".

Das ist zwar dummes Zeug, aber die SPD hört nicht auf, es zu verbreiten, obwohl ihre Experten es besser wissen. Denn die Rechnung geht nicht auf, daß 100 Mark für den Millionär so „teuer" sind wie für den Kleinverdiener. Schuld daran ist ausgerechnet die Progression, die die SPD durch Einführung einer Ergänzungsabgabe für Großverdiener noch verschärfen will.

Für den kleinen Angestellten zum Beispiel, der mit 22 Prozent besteuert wird, entsprechen 100 Mark Kindergeld 128 Mark brutto: er muß nämlich 128 Mark verdienen, um 100 Mark zu behalten (128 Mark minus 22 Prozent gleich 100 Mark). Für den Spitzenverdiener (56 Prozent Grenzsteuersatz) bedeuten 100 Mark Kindergeld nach der gleichen Rechnung 227 Mark brutto. Frage an Frau Fuchs: Was ist Schwindel, was Wohltat und was dem Staat gleich lieb und teuer?

Schön sozial

hg – „Selbsthilfe" heißt eine neue Idee aus dem Hause von Bundesbauminister Oscar Schneider. Er hat nämlich festgestellt, daß viele Familien ohne Eigenleistung überhaupt nie zu einem Haus kämen; ihnen möchte er die Sache erleichtern. Das ist eine schöne Idee, jedenfalls schön sozial. Aber ist sie in der Praxis auch anwendbar? Es kommt darauf an. Und zwar auf die Unterscheidung zwischen Helfern bei der Selbsthilfe und Schwarzarbeitern. Das dürfte gar nicht so einfach sein, wenn der Nachbar, der ja seine Freizeit nicht für ein freundliches „Dankeschön" opfern wird, im Hauptberuf etwa Elektriker ist. Auf der anderen Seite muß man dem Bauherren natürlich wünschen, daß seine Helfer ihr Handwerk verstehen. Denn nur allzu oft bürgt die Marke „Eigenbau" für allerlei Murks, der ein Haus zwar nicht unbewohnbar macht, aber in aller Regel doch unverkäuflich. Statt für die Selbsthilfe sollte sich der Minister besser für einen Abbau der hohen Lohnnebenkosten stark machen, die das „reguläre" Bauen so unverschämt teuer machen.

ENTWICKLUNGSHILFE / Scharfe Kritik des Kieler Instituts für Weltwirtschaft

Staatliche Kapitaltransfers führen zu Verzerrungen in Empfängerländern

HEINZ HECK, Bonn

Ein pessimistisches Bild über die Wirkung der Entwicklungshilfe zeichnet das Kieler Institut für Weltwirtschaft in einer Studie. Um die durch staatliche Hilfe ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen zu stoppen, sollten die Industrieländer vorrangig kurzfristige Katastrophenhilfe gewähren und zugleich die Rolle privater Organisationen auf der Geber- und Empfängerseite gestärkt werden.

Die noch in den 70er Jahren kaum bestrittene Auffassung, daß die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern durch finanzielle und technische Hilfe verringert werden könne, werde immer häufiger angezweifelt. Vor allem würden eigene Sparanstrengungen entmutigt, und Wachstumseffekte seien vor allem dort ausgeblieben, wo sie am dringendsten erforderlich gewesen wären, zum Beispiel in Schwarzafrika.

Die Studie bezeichnet es als „unwahrscheinlich, daß mehr Entwicklungshilfe oder andere Schwerpunkte die wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt überhaupt nachhaltig verbessern können". In vielen Ländern stelle nicht Kapitalmangel den zentralen Engpaß dar: Entwicklungshemmende Sozialstrukturen und eine falsche Wirtschaftspolitik verhinderten die Wirksamkeit der Hilfe. Staatliche Kapital- und Gütertransfers verursachten Verzerrungen der Preis- und Produktionsstrukturen in den Entwicklungsländern. In der jüngsten entwicklungspolitischen Diskussion sei manche Gemeinsamkeit in den Erklärungsansätzen erzielt worden. Die Schlußfolgerungen gingen jedoch weit auseinander.

Die Studie empfiehlt einen mittleren Weg. Statt permanenter Unterstützung sollte vorwiegend kurzfristige Katastrophenhilfe gewährt werden. Um sicherzustellen, daß die Hilfe die Zielgruppen möglichst ungeschmälert erreicht, „sollten die Leistungen nicht länger an die Regierungen der Entwicklungsländer, sondern unter Kontrolle der Geber an nichtstaatliche Organisationen gezahlt werden".

Die Verlagerung zugunsten privater Hilfsorganisationen wird auch für die Geberseite empfohlen. Damit werde die Mittelvergabe wirksamer, da „bürokratische Hemmnisse weitgehend ausgeschaltet, Verwaltungskosten gesenkt und politische Opportunitäten überwunden werden". Das Institut rechnet allerdings nicht damit, „daß die Behörden ihre Aufgaben gänzlich anderen übertragen und sich damit selbst überflüssig machen". Sie wollten vielmehr durch verbesserte politische Rahmenbedingungen dazu beitragen, die Wirksamkeit staatlicher Hilfe zu steigern. Wer die Vergabe der Hilfe an bestimmte Auflagen knüpfe, werde jedoch häufig der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Dritten Welt geziehen.

Dieser Einwand wird als unberechtigt angesehen, da kein Land zur Annahme der Unterstützung gezwungen werde. Als vordringlich gelten folgende Bedingungen: Abbau von Diskriminierung der Landwirtschaft, des Handwerks und kleiner Unternehmen, Bekämpfung einer inflationären Geld- und Fiskalpolitik, Verzicht auf preispolitische Eingriffe sowie Verbesserung des Eigentumsschutzes für in- und ausländische Investoren.

An die Industrieländer geht der Appell, Strukturwandel zuzulassen und staatliche Interventionen in den Marktprozeß abzubauen, um der Dritten Welt nicht länger schlagkräftige Argumente in der Auseinandersetzung um wirtschaftliche Korrekturen zu bieten. Aber: „Solange beispielsweise die EG mit ihrer verfehlten Agrarpolitik dazu beiträgt, daß es für Staaten der Dritten Welt auf kurze Sicht günstiger ist, die EG-Überschußproduktion zu subventionierten Preisen zu importieren, statt das eigene landwirtschaftliche Potential zu nutzen, kann man kaum auf eine durchschlagende Wirkung des Politikdialogs hoffen. In dem Maße, in dem die Industriestaaten überdies ihre Märkte gegenüber Exporten aus den Entwicklungsländern abschotten, sind sie mit dafür verantwortlich, daß die Dritte Welt von externer Hilfe abhängig bleibt."

GRIECHENLAND

Strenges Sparprogramm soll Wirtschaftslage verbessern

dpa/VWD, Athen

„Noch bessere Tage" hatte der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou noch vor den Wahlen vom Juni 1985 seinen Landsleuten versprochen. Doch jetzt ist klar: Die besseren Tage sind weder 1986 noch 1987 zu erwarten. In diesen beiden Jahren soll das im vergangenen Oktober verkündete Sparprogramm zur Stabilisierung der Wirtschaft durchgesetzt werden.

Dabei werden alle Griechen zur Kasse gebeten: die Arbeitnehmer durch ein weitgehendes Einfrieren der Löhne und Gehälter für zwei Jahre. Freiberufliche, Handwerker und Unternehmer müssen höhere Steuern zahlen. Die Verbraucher trifft ein erheblicher Anstieg der Preise für öffentliche Dienstleistungen. Neben der Drachmenabwertung vom 11. Oktober, der Einführung einer hohen Bardepotpflicht für zahlreiche Importgüter, Steuererhöhungen und Einsparungen im aufgeblähten öffentlichen Sektor, ist der Lohnstopp Kernstück des Programms.

Die Bardepotpflicht wird, so rechnet man im Athener Wirtschaftsministerium, zu einem etwa 50prozentigen Importrückgang führen und damit das chronische Defizit in der Handelsbilanz verringern helfen. In den ersten zehn Monaten 1985 erreichte es 5,3 Mrd. Dollar (derzeit rund 13,04 Mrd. DM), 18,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Noch schlechter entwickelte sich die Leistungsbilanz, die bereits Ende Oktober ein Defizit von 2,7 Mrd. Dollar aufwies. Bis zum Jahresende dürfte es bei 3 bis 3,2 Mrd. gelegen haben.

Die dramatische Verschlechterung der Leistungsbilanz und die damit notwendige immer größere Auslandsverschuldung ließ die regierenden Sozialisten mit ihrem Sparprogramm die Notbremse ziehen. Sie mußten dabei einen neuen Inflationsschub, wachsende Arbeitslosigkeit (sie lag Ende 1985 bei etwa zehn Prozent) und den Verzicht auf Wirtschaftswachstum in Kauf nehmen. Ziel des Programms ist, die Inflationsrate von 25 Prozent 1985 auf 16 Prozent 1986 und zehn Prozent 1987 zu drücken.

Diese Inflationssenkung sowie eine drastische Verringerung des Leistungsbilanzdefizits sind auch die Erwartungen, die die EG an die Gewährung eines Darlehens von 1,75 Mrd. Ecu (rund 3,8 Mrd. DM) an Griechenland knüpft. Es soll in zwei Tranchen 1986 und 1987 ausgezahlt werden, um das Programm zu stützen.

Der Kreditbedarf Griechenlands ist damit freilich nicht gedeckt. Er wird im Wirtschaftsministerium auf je 2,25 Mrd. Dollar beziffert, die zum Ausgleich des Leistungsbilanzdefizits, für den Schuldendienst an den rapide gewachsenen Auslandsschulden und für deren Refinanzierung benötigt würden. Griechenlands Auslandsschulden, Ende 1985 auf 15 Mrd. Dollar geschätzt, werden nach Angaben aus dem Wirtschaftsministerium 1988 mit 47 Prozent des Bruttosozialprodukts ihren Höhepunkt erreichen.

Gemeinschaft im Wandel

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft ist zum Jahresbeginn in eine neue Entwicklungsphase getreten. Mindestens ein Jahrzehnt wird sie brauchen, um den Beitritt Spaniens und Portugals voll zu verkraften. Nicht die zahlreichen Anpassungs- und Übergangsregelungen für die neuen Mitglieder sorgen für Unsicherheit über den Fortgang der Wirtschaftsintegration, sondern Zweifel an der Handlungsfähigkeit einer immer heterogener zusammengesetzten Staatengruppierung. Die Erweiterung zwingt dazu, endgültig von manchen Vorstellungen Abschied zu nehmen, die bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft Pate gestanden haben.

Befürchtungen, die Gemeinschaft habe sich quasi zu Tode erweitert, sind gewiß übertrieben. Ebenso töricht ist es jedoch, Bevölkerungs- und Produktionszahlen zu addieren und von diesen Zahlen auf eine gewachsene Wirtschaftskraft zu schließen. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß die EG durch die Aufnahme immer neuer Mitglieder ihren ursprünglichen Charakter verändert hat.

Die Sechsergemeinschaft war ein Zusammenschluß von Staaten mit im großen und ganzen vergleichbarem Entwicklungsstand, deren Regierungen sich zudem dem Ziel eines europäischen Bundesstaates verpflichtet hatten. In der Zwölfer-EG ist das wirtschaftliche Gefälle so stark, daß die ordnungspolitischen Maximen von Wettbewerb und Freihandel für die weitere Entwicklung kaum noch ausreichen.

Die EG wird – wie es der deutsche Kommissar Karl-Heinz Narjes ausdrückt – künftig Schauplatz eines „Dauerdialogs" zwischen Nord und Süd werden. Ihre Funktion besteht nicht mehr nur in der Wohlstandssteigerung durch Handel und Freizügigkeit, sondern auch darin, die zurückgebliebenen Mitglieder an den Lebensstandard der hochindustrialisierten Partnerstaaten heranzuführen bzw. teilhaben zu lassen.

Nirgendwo in den 500 Seiten umfassenden Beitrittsbedingungen wird an dem Integrationsbesitzstand der EG „gerüttelt". Auch an dem guten Willen der Neuankömmlinge, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, kann bislang nicht gezweifelt werden. Eine weitergehende wirtschaftliche Verschmelzung – etwa die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – wird jedoch einen erheblich größeren Ressourcen-Transfer zwischen den armen und reichen Ländern nötiger machen als bisher. Diese Perspektive stellt vor allem die Bundesrepublik vor eine schwierige Wahl.

Die neue Süderweiterung hat nicht nur das Schwergewicht der Gemeinschaft zum Mittelmeer hin verschoben; sie hat auch die Mehrheitsverhältnisse deutlich verändert. Auf dem Mailänder Gipfel konnten die sechs Gründerstaaten noch Großbritannien, Dänemark und Griechenland (bei Enthaltung Irlands) überstimmen, als es darum ging, die Reform der Gemeinschaft pragmatisch oder durch Vertragsänderungen voranzubringen. Seit dem 1. Januar befinden sich die Kernländer nicht mehr in der Mehrheit. Die neuen EG-Partner können jedoch von Anfang an an Ratsbeschlüssen voll mitwirken und damit schon während der Übergangszeit die Zukunft der Gemeinschaft entscheidend mitgestalten.

Die deutsche Wirtschaft profitiert ohne Zweifel von der schrittweisen Abschaffung der Zölle und anderen Beschränkungen im Handel. Dagegen braucht sie die spanischen Agrarexporte nicht zu fürchten, die anderen Mitgliedsländern so viel Kopfzerbrechen bereiten. Während die Exporte der iberischen Staaten bereits jetzt zu 50 bis 60 Prozent in die EG gehen, sind die Importe noch weniger stark auf die Gemeinschaft ausgerichtet. Daraus erwachsen deutliche neue Absatzchancen für die deutsche Industrie.

Längerfristig bedeutsamer ist jedoch, ob sich Bonn mit dem zu erwartenden Spielraum für neue Exporte zufrieden geben kann oder auf einen stärkeren europäischen Integrationsgrad hinwirken soll, der auch Abstriche am eigenen wirtschaftspolitischen Konzept verlangt. Eine Vorentscheidung haben die Gipfelbeschlüsse zur Reform der EG geliefert. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Rat werden übrigens wohl dafür sorgen, daß künftig mehr Geld in flankierende europäische Politiken gesteckt werden muß.

AUF EIN WORT

»Ich erinnere an die Waldschäden, die weiten Kreisen der Öffentlichkeit zum ersten Mal bewußt gemacht haben, mit welchen Problemen die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle und Öl verbunden sein kann.«

Alfred Dick, Staatsminister des Freistaates Bayern, München.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

IW ist für 1986 optimistisch

dpa/VWD, Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sieht für die Wirtschaft der Bundesrepublik „rosige Aussichten für 1986". Das unternehmernahe Institut berichtete gestern, es erwarte eine Beschleunigung des Wachstums auf preisbereinigt 3,5 Prozent bei einer weiter fallenden Inflationsrate. Die Zahl der Arbeitslosen werde erstmals seit dem Jahre 1979 wieder sinken. „Steigende Beschäftigung – über 300 000 Beschäftigte mehr, stabile Preise und steuerliche Entlastungen lassen das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer um 3,5 Prozent zulegen", heißt es in der Prognose des Kölner Instituts.

EIGENHEIME

Viele Bauherren sind auf Selbsthilfe angewiesen

AP, Bonn

Vor allem wegen knappen Eigenkapitals sind viele Bauherren bei der Erstellung ihres Eigenheims auf Selbsthilfe angewiesen. Nach einer Untersuchung des Bundesbauministeriums, die am Donnerstag in Bonn veröffentlicht worden ist, hätten ohne bauliche Selbsthilfe 21 Prozent der Haushalte auf ein eigenes Haus ganz verzichten müssen. Für weitere 15 Prozent wäre dieser Wunsch „vielleicht" nicht zu erfüllen gewesen.

Neun Prozent der Befragten hätten den Hausbau „sicher" und weitere zehn Prozent „vielleicht" verschieben müssen, heißt es im Hause Schneider. 27 Prozent hätten kleinere Häuser oder weniger aufwendige gebaut, elf Prozent hätten auf einen Neubau verzichtet und wären auf den Erwerb eines preisgünstigen Altbaus oder einer Eigentumswohnung ausgewichen.

Bei den Haushalten, die auf Selbsthilfe zurückgreifen, liegt das durchschnittliche Nettoeinkommen leicht unter dem aller Erwerber von Wohneigentum. Erheblich unter dem Durchschnitt liegt das Eigenkapital der Selbsthelfer.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die durch Selbsthilfe ausgelöste Nachfrage nach Bauleistungen und Baustoffen deutlich höher ist als der Nachfrageausfall für die Unternehmen der Bauwirtschaft. Bauminister Oscar Schneider betonte, Selbsthilfe müsse klarer von Schwarzarbeit abgegrenzt werden, als dies bisher geschehen sei. Er plädierte dafür, daß das auch im Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit deutlicher zum Ausdruck kommen müsse.

ÖSTERREICH

Sinowatz will verstaatlichte Industrie jetzt reformieren

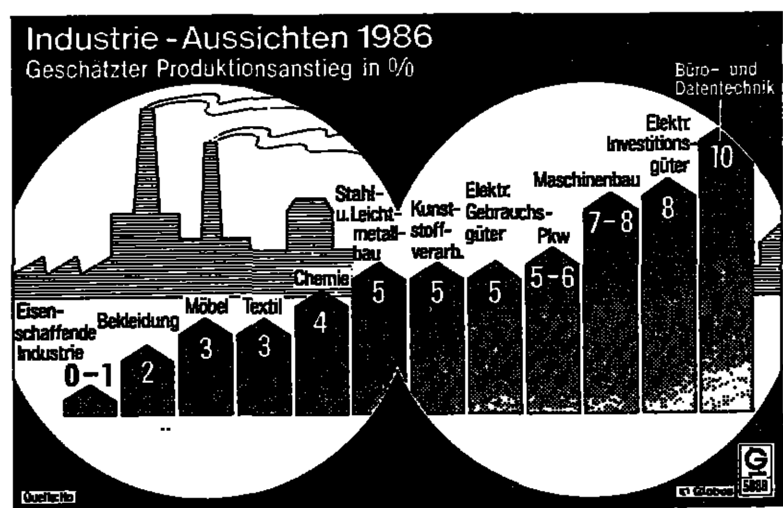
dpa/VWD, Wien

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz hat zum Jahreswechsel noch einmal seine Absicht bekräftigt, die finanziell stark angeschlagene verstaatlichte Industrie einer „Totalreform" zu unterziehen. Der größte Industriebetrieb des Landes, die Vereinigten Eisen- und Stahlwerke VOEST, sowie der größte Chemie-Konzern, Chemie Linz AG, hatten im vergangenen Jahr durch ihre Handelstöchter große Verluste mit Öl-Spekulationen erlitten.

Diese betrugen bei der VOEST mindestens 5,7 Milliarden Schilling (814 Millionen DM). Kritiker haben die Zustände in der verstaatlichten Industrie nicht zuletzt einer „Politisierung" durch die Parteien zugeschrieben, die entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke die Zusammensetzung der Aufsichtsräte bestimmen. Im Pressedienst seiner Sozialistischen Partei (SPÖ) erklärte Sinowatz, es gelte nunmehr, mit Traditionen zu brechen und die Betriebe „dem unmittelbaren Zugriff der Parteien zu entziehen". Das VOEST-Management hatt schon nach Bekanntwerden der Verluste den Hut nehmen müssen.

Die Holding der verstaatlichten Industrie, die ÖIAG (Österreichische Industrieverwaltungs AG), müsse neu strukturiert werden und die ihr angehörenden Betriebe „wie vergleichbare internationale Konzerne" führen. Die an der Leitung der verstaatlichten Industrie aufgrund des Proporzes beteiligte, konservative oppositionelle Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat gleichzeitig ihre Forderung nach „Sanierung durch Privatisierung" der staatlichen Unternehmen bekräftigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die deutsche Industrie schaut optimistisch in die Zukunft. Fast alle Branchen erwarten für 1986 einen deutlichen Zuwachs der Produktion. Selbst die Eisenschaffende Industrie ist aus dem Gröbsten heraus; sie rechnet im kommenden Jahr etwa mit demselben Ergebnis wie 1985. Nach Einschätzung des Münchener Ifo-Instituts wird sich die Industrieproduktion 1986 im Durchschnitt um fünf Prozent erhöhen. Eine überdurchschnittliche Konjunktur wird in der Büro- und Datentechnik (plus zehn Prozent), bei den elektrotechnischen Investitionsgütern (plus acht) und im Maschinenbau (plus sieben bis acht) erwartet. QUELLE: GLOBUS

Bund senkt Rendite für Bundesobligationen

Bonn (dpa/VWD) – In Anpassung an die Marktentwicklung wird der Verkaufskurs der 6,25-Prozent-Bundesobligationen, Serie 60 von 1986 (1991), mit Wirkung vom 3. Januar 1986 von 99,80 Prozent auf 100,30 Prozent heraufgesetzt. Wie das Bundesfinanzministerium am Donnerstag in Bonn mitteilte, vermindert sich dadurch die Rendite von 6,30 Prozent auf 6,18 Prozent.

Bessere Ernährungslage

Bonn (dpa/VWD) – Die Nahrungsmittelversorgung in der Dritten Welt hat sich nach Ansicht von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle so weit verbessert, daß in diesem Jahr voraussichtlich „nur noch" in fünf von bislang 21 betroffenen Ländern Nahrungsmittelnothilfe notwendig sein wird. So sei die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern, in denen etwa 73 Prozent der Weltbevölkerung von gegenwärtig etwa 4,8 Mrd. Menschen leben, in den vergangenen zehn Jahren um 35 Prozent gesteigert worden. Allerdings seien durchschnittlich allein zwei Drittel dieser Mehrerzeugung erforderlich gewesen, um die rasche Bevölkerungszunahme auszugleichen.

Optionsanleihe von Hussel

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Hussel Holding AG, Hagen, Obergesellschaft des gleichnamigen Handelskonzerns, begibt eine Optionsanleihe über 50 Mill. DM mit Bezugsrecht für die Aktionäre. Wie die Westdeutsche Landesbank (WestLB) gestern in Düsseldorf mitteilte, wird die Anleihe bei einer Verzinsung von 3,5 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren zu pari ausgegeben und vom 17. bis 31. Januar dieses Jahres zum Kauf angeboten.

Argentinien kurbelt an

Buenos Aires AFP) – Roberto Lavagna, der neue argentinische Staatssekretär für Industerie und Außenhandel, kündigte weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft durch neue Industrieprojekte und eine verstärkte Förderung der Exporte an. Sechs Monate nach der Einleitung des sogenannten „Austral-Plans" konnte das Hauptziel der Regierung, die Senkung der Teuerungsrate, bereits erreicht werden. Diese fiel inzwischen von monatlich 30 Prozent auf zwei Prozent zurück. Im Rahmen der neuen Sanierungsetappe soll die Ankurbelung der Wirtschaft auch durch die Förderung der Investitionen und eine Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe zustande kommen.

Erfolgreichstes Börsenjahr

Hannover (dos.) – Für die Niedersächsische Börse zu Hannover war 1985 das mit Abstand erfolgreichste Jahr ihrer Geschichte. Bei der traditionellen Jahresschlußbörse erklärte Börsenpräsident Horst Risse, auch das 1985 um rund 80 Prozent höhere Kursniveau habe dazu beigetragen, daß der Umsatz um 70 Prozent auf etwa sechs Mrd. DM gestiegen sei. Bei Aktien allein verzeichnete die hannoverische Börse ein Umsatzplus von 120 Prozent. Risse geht davon aus, daß sich die Kurse 1986 weiter „deutlich nach oben bewegen".

Dollar erneut schwächer

Frankfurt (AP) – Der Kurs des amerikanischen Dollars ist gestern an den internationalen Devisenmärkten weiter gefallen. In Frankfurt waren es fast zwei Pfennig. Hier lautete der amtliche Mittelkurs 2,4430 (Dienstag 2,4613) Mark. Es war der niedrigste seit 11. Mai 1983. Die Bundesbank griff nicht ein.

Gas aus der UdSSR

Tokio (dpa/VWD) – Japan will von 1995 an jährlich drei Millionen Tonnen Erdgas aus der Sowjetunion beziehen. Das wären zehn Prozent des Bedarfs. Die Erschließung der auf 140,5 Mrd. Kubikmeter geschätzten Vorkommen auf der Insel Sachalin soll zur Hälfte von der japanischen Export-Importbank finanziert werden. Der Preis für das sowjetische Gas soll sich an kanadischem Gas orientieren.

Wochenausweis

	23.12.	15.12.	23.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	64,5	64,8	64,1
Kredite an Banken	105,5	105,2	94,6
Wertpapiere	4,0	4,1	4,1
Bargeldumlauf	117,6	116,0	108,9
Einl. v. Banken	44,6	51,9	41,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	5,1	2,9	9.8

ISRAEL

Zu Jahresbeginn wurde auf neue Währung umgestellt

SAD/AP, Jerusalem

Mit dem Jahresbeginn ist in Israel eine neue Währung eingeführt worden. Der alte Schekel, der zuletzt auf den Wert von ein siebtel Pfennig gefallen war, ist mit der Währungsreform durch den neuen Schekel ersetzt worden. Ein neuer Schekel ist 1000 alte wert, nach dem jetzigen Stand 1,63 DM. Für diese Reform war es höchste Zeit, denn jeder Bürger mußte schon im alltäglichen Hausgebrauch mit Millionensummen umgehen.

Drei Monate bis zum 31. Dezember dauerte die Übergangsperiode, in der schon beide Währungen gültig waren. Vom 1. Januar an ist der neue Schekel offiziell das einzige legale Zahlungsmittel, auch wenn weiterhin noch mit alten Schekel bezahlt werden kann. Bis Ende des Jahr[illegible] sollen die alten Schekel eingezogen [illegible]rden.

Das war die zweite Währungsreform. Die erste erfolgte vor vier Jahren, als der Schekel das Pfund ersetzte. Doch begann bald darauf eine rasante Inflation, die den Schekel um das 76fache entwertete. Jetzt ist die Inflation auf zwei bis drei Prozent im Monat gesunken.

Die israelische Regierung hat jetzt in Teilbereichen das seit einem halben Jahr geltende Sparprogramm zur Verringerung der Inflationsrate gelockert. Die Preiskontrollen sind im Reinigungs- und Bewachungsbereich, bei der Vermietung von Geschäftsräumen, der privaten Arbeitsvermittlung und in der elektronischen Datenverarbeitung aufgehoben worden. In allen anderen Bereichen bleibt das Gesetz über die Lohn- und Preisbindung jedoch weiterhin in Kraft. Das Sparprogramm wird im kommenden Juni enden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Personalprobleme durch Süderweiterung

Mit „goldenem Händedruck" nach Hause

WILHELM HADLER, Brüssel

Der europäische Bürger wird vom EG-Beitritt Spaniens und Portugals so schnell nichts zu spüren bekommen. In der Brüsseler Kommission hingegen bringt die Süderweiterung schon in den ersten Tagen des neuen Jahres viel Aufregung.

Es geht zunächst um die Zuweisung von Aufgabenbereichen an die drei neuen Mitglieder der EG-Behörde: zwei Spanier und ein Portugiese. Damit verbunden sind jedoch auch zahlreiche Umstellungen im europäischen Verwaltungsapparat und nicht zuletzt das Problem, eine angemessene Zahl von Beamten aus den iberischen Staaten in die Brüsseler Bürokratie einzugliedern.

Über die künftige Geschäftsverteilung will die auf 17 Mitglieder angewachsene Kommission heute in einer Klausurtagung entscheiden. Dabei ist fraglich, ob die vor einem Jahr in Aussicht genommenen Veränderungen die neuen Vertreter zufriedenstellen werden. Alle drei sind „gestandene" Politiker, die auch in ihrer Heimat Gewicht haben. Die bisherigen Kommissare wollen dagegen möglichst wenig von liebgewonnenen Ressorts abgeben.

Nach dem bisherigen Stand des Tauziehens wird der Chefunterhändler für den spanischen Beitritt, Manuel Marin, als EG-Vizepräsident künftig die Zuständigkeit für die soziale Beschäftigungspolitik erhalten. Dafür muß der deutsche Kommissar Alois Pfeiffer auf einen Teil seines bisherigen Arbeitsgebietes (Wirtschaft, Beschäftigung, Kredit und Investitionen sowie statistisches Amt) verzichten.

Entschädigt werden dürfte er durch die Übertragung der Zuständigkeit für die Währungspolitik, die sich EG-Präsident Jacques Delors bisher persönlich vorbehalten hatte. Für den zweiten Spanier, Abel Matutes (langjähriger Bürgermeister Ibizas), ist das Ressort Wissenschaft und Technologie (bisher beim deutschen Vizepräsidenten Karl-Heinz Narjes) und für den Portugiesen Antonio Cardosa Ea Cunha (bisher Landwirtschaftsminister) die Transportpolitik vorgesehen.

Das „Stühlerücken" bei den rund 13 000 Bediensteten der EG-Behörde wird sich über mehrere Jahre hinziehen. Zunächst einmal wird nur die Hälfte der aus den Beitrittsländern stammenden Kandidaten das Auswahlverfahren der Euro-Behörde durchlaufen können.

Nach dem Brüsseler Proporz stehen den Spaniern etwa 1400, den Portugiesen rund 300 Planstellen zur Verfügung, wobei vor allem die leitenden Positionen Probleme aufgeben. Abhilfe soll dadurch geschaffen werden, daß Beamten von über 55 Jahren ein vorzeitiger Abschied („goldener Händedruck") gewährt wird.

NIGERIA

Eigenes Limit für Schuldentilgung

dpa, Lagos/London

Der nigerianische Präsident, General Ibrahim Babangida, hat in seiner Neujahrsansprache einseitig eine Begrenzung für die Rückzahlung der Auslandsschulden des Landes verkündet. So will Nigeria nicht mehr als 30 Prozent seiner Exporteinkünfte für den Schuldendienst ausgeben. Nigeria ist nach Peru das zweite große Schuldnerland, daß ohne Absprache mit den Gläubigern einseitig ein solches Limit setzt.

Das afrikanische Land hat lang- und mittelfristige Auslandsschulden von 12 Mrd. Dollar (30 Mrd. DM). Ohne eine Umschuldung würde der Schuldendienst über 50 Prozent der erwarteten Exporteinnahmen verschlingen. Der angekündigte Staatshaushalt sieht verschiedene Strukturänderungen in der völlig vom Öl abhängigen nigerianischen Wirtschaft vor. 95 Prozent der Devisen des Landes werden mit Erdöl verdient.

General Babangida kündigte eine Aufhebung der Subventionen auf Kraftstoffpreise und die langsame Reduzierung der Überbewertung der Landeswährung Naira an. Die drastische Abwertung des Naira ist die Hauptforderung des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) als Voraussetzung für Finanzhilfen an Nigeria. Für Importe wurde eine 30prozentige Sonderabgabe eingeführt. Die Exporte sollen gefördert und die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln unterstützt werden.

BILANZRICHTLINIENGESETZ / Zum Jahresbeginn in Kraft getreten – Vorschriften zusammengeführt

Die mittleren GmbHs trifft es am härtesten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Eineinhalb Jahrzehnte, nachdem die EG-Gremien ihre Arbeiten an der Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften für die Kapitalgesellschaften ihrer Mitgliedländer aufgenommen haben, wird es damit ernst: Die Umsetzung der 4. EG-Richtlinie und praktischerweise auch gleich noch der 7. (zur Konzernrechnungslegung) und der 8. (zur Qualifikation der Prüfer) in deutsches Recht ist abgeschlossen, das Bilanzrichtlinien-Gesetz zum Jahresbeginn in Kraft getreten.

Die Fachleute sind sich einig: Sehr viel harmonischer (und damit vergleichbarer) werden die Jahresabschlüsse europäischer Unternehmen auch danach nicht sein – zu groß sind die Unterschiede der nationalen Rechnungslegungs-„Philosophien", zu weit auch die Spielräume der Richtlinie, die aber auch vonnöten waren, um überhaupt zu ersten Gemeinsamkeiten zu finden.

Der deutsche Gesetzgeber hat die Gelegenheit indessen genutzt, um wenigstens fürs eigene Rechtswesen Nägel mit Köpfen zu machen. So wurden die bisher in verschiedenen Gesetzten – Aktien-, GmbH-, Genossenschaftsgesetz und andere – verstreuten Vorschriften konsequent in dem neuen Regelwerk zusammengeführt, das damit die neue Rechtsgrundlage für die Rechnungslegung der Unternehmen wird.

Die Konsequenz reichte sogar soweit, es als drittes Buch dem altehrwürdigen Handelsgesetzbuch (seit 1900 in Kraft) anzugliedern. Der erste Abschnitt des neuen Gesetzes umfaßt jene Vorschriften, die alle Kaufleute gleichermaßen betreffen. Im zweiten geht es dann ausschließlich um die Kapitalgesellschaften, und hier bringt es auch die gravierenden Veränderungen.

Was die Anforderungen an Rechnungslegung, Publizität und Prüfung anbetrifft, so sind die deutschen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (nicht aber die in Deutschland so beliebte Zwitterform der GmbH & Co. KG) in Zukunft grundsätzlich gleichgestellt. Hauptbetroffene des Bilanzrichtlinien-Gesetzes sind eindeutig die GmbHs; denn viele der neuen „Spielregeln" entsprechen denen des bisherigen Aktiengesetzes.

Die unangenehmste Vorschrift, vor allem für jene große Zahl kleiner und mittlerer Familien-GmbHs, die ihre Firmenzahlen traditionell der Intimsphäre zurechnen: Alle Kapitalgesellschaften sind vom Abschluß 1987 an publizitätspflichtig. Um aber Härten für kleinere Unternehmen in diesem Zusammenhang wie auch bei anderen Regelungen des Gesetzes zu vermeiden, wird nach drei Größenklassen abgestuft:

- Kleine Kapitalgesellschaften haben eine Bilanzsumme bis zu 3,9 Millionen Mark, einen Jahresumsatz bis zu 8 Millionen Mark und nicht mehr als 50 Beschäftigte. Wer zwei dieser Grenzen überschreitet, zählt schon zu den
- mittleren Kapitalgesellschaften. Für sie gelten 15,5 Millionen Mark Bilanzsumme, 32 Millionen Mark Umsatz und 250 Beschäftigte als Obergrenzen
- als große Kapitalgesellschaften gelten Unternehmen, die wiederum zwei dieser Limits überschreiten.

Am einfachsten werden es die kleinen Gesellschaften haben, immerhin etwa 310 000 der 350 000 deutschen GmbHs sowie – und hier kommt es sogar zu deutlichen Erleichterungen gegenüber den bisherigen Vorschriften des Aktiengesetzes – etwa 400 der 2 000 deutschen AGs. Ihre Publizitätspflicht beschränkt sich auf eine verkürzte Bilanz sowie den erläuternden Anhang. Beides muß nicht im Bundesanzeiger veröffentlicht, sondern lediglich beim zuständigen Handelsregister hinterlegt werden. Zudem entfällt für die „Kleinen" die Pflicht, den Jahresabschluß prüfen und testieren zu lassen.

Genau dieses aber kommt auf die etwa 20 000 GmbHs der „Mittelklasse" zu. Ihr erweiterter und mitsamt dem Anhang und dem Lagebericht testierter Jahresabschluß ist ebenfalls nur beim Handelsregister einzureichen. Die großen Kapitalgesellschaften schließlich werden von der vollen Prüfungs- und Publizitätspflicht getroffen. Der vollständige Jahresabschluß mit Anhang und Lagebericht ist sowohl zu prüfen als auch im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

Der erläuternde Anhang ebenso wie der Lagebericht sind also nicht nur neue Pflichtbestandteile der jährlichen Berichterstattung, sondern auch noch prüfungspflichtig. Formulierungen, denen der Wirtschaftsprüfer sein Testat geben soll, werden wahrscheinlich strengeren Maßstäben genügen müssen als das gelegentlich unverbindlich-optimistische Geplauder in den bisherigen Geschäftsberichten.

Für den Anhang gibt es Vorgaben, die vor allem mittelständischen Unternehmen Kopfschmerzen bereiten dürften. Denn dort sind Details gefordert, die traditionell der äußersten „Diskretion" unterliegen: Die Bezüge der Geschäftsführer, Kredite an Geschäftsführer und Aufsichtsräte, aber auch die Gliederung der Umsätze nach Marktbereichen.

Auch hier gibt es allerdings Erleichterungen für die kleineren Unternehmen. Ganz so nahe „ans Eingemachte" wie die Großen müssen sie nicht gehen. Freilich: Einen Mittelstands-Chef wird es schon hart genug ankommen, wenn jeder seiner Mitarbeiter im Handelsregister Einblick in die Finanzierungsverhältnisse seines Unternehmens nehmen kann. Und nicht ganz von ungefähr dürfte darum die Warnung der deutschen Bilanzbuchhalter gekommen sein, daß viele GmbHs künftig die Flucht in die Rechtsform der GmbH & Co. KG antreten könnten.

ENGLAND / Höhepunkt der Förderung bereits erreicht

Mit Sorge in die Ölzukunft

dpa/VWD, London

Der von der Opec eröffnete Preiskampf hat in den vergangenen Wochen erneut die Abhängigkeit der britischen Wirtschaft vom Nordseeöl gezeigt. Der Pfundkurs ist nachhaltig gesunken, und die erwarteten geringeren Staatseinnahmen stellen die für 1986 angekündigten Steuersenkungen in Frage. Kritiker, die den von der Regierung Thatcher propagierten Wirtschaftsoptimismus nicht teilen, sehen bereits weiter mit Sorge in die Ölzukunft.

Sie verweisen darauf, daß die vor zehn Jahren begonnene britische Ölproduktion in diesem Jahr ihren Höhepunkt erreicht hat und daß bereits Ende dieses Jahrzehnts weniger aus den Pipelines fließen könnte. Schon wird die bange Frage gestellt, wie die britische Wirtschaft den Schock überstehen kann, wenn eines Tages das schwarze Gold der Nordsee versiegt.

Als Förderland steht das Vereinigte Königreich zwar an fünfter Stelle in der Welt, an Ölreserven jedoch erst an dreizehnter. Auf maximal sechs Mrd. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) wird die Reserve geschätzt.

Die weitverbreitete Besorgnis spiegelt der Titel eines jetzt erschienenen Buches „Großbritannien ohne Öl" von William Keegan wider. Keegan wirft Premierministerin Margaret Thatcher vor, die einmalige Chance der goldenen Öljahre nicht zu einer Vorbereitung auf die Nach-Ölzeit genutzt zu haben. Statt dessen sind gerade die Jahre des Ölbooms von 1979 bis 1985 durch einen beispiellosen Niedergang der verarbeitenden Industrie gekennzeichnet. 1983 wurde Großbritannien erstmals seit der industriellen Revolution Netto-Importeur bei Industriegütern.

Die Regierung tröstet sich damit, daß die Leistungsbilanz immer noch durch Überschüsse bei Dienstleistungen, vor allem durch Banken, Versicherungen und sonstige Einnahmen ausgeglichen wird. 1984 war die Handelsbilanz auf dem Nicht-Ölsektor mit 10,7 Mrd. Pfund (rund 40 Mrd. DM) im Defizit. Allerdings wurden Überschüsse im Dienstleistungsbereich von 3,1 Mrd. Pfund und 5,8 Mrd. Pfund durch Ölexporte erzielt. Nach einer Studie der Lloyds Bank könnte die Leistungsbilanz aber bereits 1990 stark in den roten Zahlen sein.

Die Regierung – so meinen viele – hat gepolstert durch die Öleinnahmen dem Niedergang der verarbeitenden Industrie tatenlos zugesehen, während andere Länder wie die Bundesrepublik und Japan die britischen Marktanteile gewannen. Der Unternehmerverband wirft der Regierung darüber hinaus vor, sie habe die Exportchancen zusätzlich durch einen künstlich hochgehaltenen Pfundkurs verschlechtert und durch extrem hohe Zinsen die Investitionsneigung genommen. Statt im Land zu investieren, wird bevorzugt im Ausland angelegt, wie es bei arabischen Ölstaaten der Fall ist.

Horten erfolgreich mit neuen Häusern

tl., Düsseldorf

Das Weihnachtsgeschäft bezeichnet die Horten AG, Düsseldorf, als „zufriedenstellend". Im November und Dezember wurden 711 Mill. DM umgesetzt. Das sind 2,7 Prozent mehr als in den vergleichbaren Vorjahresmonaten, heißt es in einem Zwischenbericht über die ersten zehn Monate des Geschäftsjahres 1985/86 (28. 2.). Im Berichtszeitraum wurden 2,44 Mrd. DM umgesetzt – ohne Lebensmittel, Reisen und Tochtergesellschaften. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres wurde ein Plus von 1,2 Prozent erzielt (1984/85: 2,411 Mrd. DM).

Das neueröffnete Carsch-Haus in Wiesbaden machte mit 15,2 Millionen Mark Umsatz in zwei Monaten ein Plus von 42 Prozent. Auch das wiedereröffnete Warenhaus in Augsburg erfüllte mit einem Umsatzplus von 21 Prozent (14 Mill. DM) die Erwartungen. Am Jahresende beschäftigte Horten dem Zwischenbericht zufolge 15 280 Mitarbeiter (Ende 1984: 15830) und 1850 Auszubildende. Die Verkaufsfläche blieb mit 613 300 Quadratmetern (Ende 1984: 613 000) fast unverändert.

AUSTRALIEN / US-Agrarsubventionen treffen die Weizenexporte des Landes hart

Milliardenverluste werden befürchtet

JÜRGEN CORLEIS, Sidney

Der Vorsitzende der oppositionellen Nationalen Partei in Canberra hat sich dem Protest des australischen Ministerpräsidenten Hawke gegen das neue US-Landwirtschafts-Gesetz angeschlossen. In einem scharf formulierten Brief an Präsident Reagan forderte Ian Sinclair, daß sich die US-Agrarsubventionen nicht zum Nachteil Australiens auswirken dürften. Das Mitte Dezember verabschiedete US-Landwirtschafts-Gesetz ist die amerikanische Antwort auf subventionierte Agrarexporte der Europäischen Gemeinschaft.

Washington hatte Canberra zugesichert, daß es sich ausschließlich gegen die EG richten würde. Die Auswirkungen der Entscheidung, 50 Milliarden US-Dollar zur Subvention amerikanischer Agrarprodukte bereitzustellen, lassen sich jedoch nicht auf Europa begrenzen. Australien, dessen traditionelle Märkte durch Dumping-Exporte der EG seit Jahren geschädigt werden, befürchtet jetzt weitere Milliardeneinbußen als Folge der amerikanischen Exportsubventionen und Handelsbeschränkungen.

In erster Linie sind die australischen Weizenexporte betroffen. Das US-Landwirtschaftsgesetz errichtet aber auch neue Schranken gegen den Import von Zucker und Milcherzeugnissen. Es ist außerdem damit zu rechnen, daß demnächst große Mengen Rindfleisch den Weltmarkt überschwemmen werden. Die Befürchtungen erstrecken sich auch auf die australischen Reis- und Baumwollexporte. Offiziell wird der zu erwartende Schaden für 1985 auf eine halbe bis 1 Milliarde australischer Dollar beziffert. Die Einbußen durch das EG-Dumping sollen ebenfalls rund 1 Milliarde Dollar betragen.

Washingtons Entscheidung, die umstrittenen Praktiken der EG auf den Weltmärkten seinerseits mit Exportsubventionen zu beantworten, zwingt Agrarexportstaaten wie Australien und Neuseeland, ihre Produkte ebenfalls unter dem Weltmarktpreis anzubieten. Australien verlor seinen Weizenmarkt Algerien an die Vereinigten Staaten, aber es verkaufte kürzlich im Gegenzug 2,5 Millionen Tonnen Weizen an die Sowjetunion – mit einem Preisnachlaß von 35 Mark je Tonne. Australische Kommentatoren weisen darauf hin, daß der Agrar-Handelskrieg zwischen der EG und den USA auf Kosten der Steuerzahler in den Exportländern geführt werde, und sie setzen ihre Hoffnungen darauf, daß sich die Wähler in den Industriegebieten Europas gegen die Fortsetzung des Agrarprotektionismus wenden werden.

Mit der Schwächung der Exportbilanz landwirtschaftlicher Erzeugerstaaten wie Australien verringert sich auch die Möglichkeit dieser Länder, Industrieerzeugnisse aus Europa einzuführen. Der psychologische Schaden kommt hinzu. Es mehren sich Stimmen, die Sanktionen gegen europäische Importe fordern. Die Entscheidung der USA, sich der Dumping-Praxis der EG anzuschließen, wird das mit den USA verbündete Australien ebenso hart treffen wie seinen in Isolation geratenen Nachbarn Neuseeland. Dies könnte sich auch politisch auswirken. (SAD)

National-Bank mit stetigem Wachstum

dpa/VWD, Essen

Die National-Bank AG, Essen, eine der wenigen unabhängigen Regionalbanken in der Bundesrepublik, verzeichnete 1985 einen weiterhin steigenden Geschäftsverlauf. Nach den ersten Zahlen zum Jahresabschluß 1985 stieg die Bilanzsumme um 4,4 Prozent auf 1,55 Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich auf 1,8 (1,74) Mrd. DM.

Geprägt wird das Wachstum vor allem durch die Steigerung der Kundeneinlagen um 5,7 Prozent auf 1,33 Mrd. DM. Spareinlagen und eigene Schuldverschreibungen machen inzwischen 59 Prozent der Kundenverbindlichkeiten aus. Die Steigerung der Ausleihungen um 2,1 Prozent auf 998 Mill. DM führt die National-Bank auf die kurzfristigen Kredite zurück, die um fünf Prozent auf 636 Mill. DM wuchsen.

Ertragszahlen nannte der Vorstand noch nicht. Die Bank rechnet jedoch erneut mit einem Ergebnis, das erhöhte Rücklagen und eine „für das Haus typische aktionärsfreundliche Dividende" sichert. Im Vorjahr waren auf das Grundkapital von 22 Mill. DM 23 Prozent ausgeschüttet worden.

HÄFEN / Handelskammern gegen Vorschlag der EG

Zollfreien Status erhalten

dos, Emden

Für die Beibehaltung des Freihafenstatus der deutschen Nordseehäfen hat sich die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg in Emden ausgesprochen. Anlaß dafür ist nach Angaben der Kammer der im Dezember bekanntgewordene Versuch der EG-Kommission, die Steuer- und Zollvorschriften der Gemeinschaft zu vereinfachen und die deutsche Freihafenregelung, die auf der Fiktion des Zollauslands beruht, einzuschränken.

Mit Blick auf den „traditionsreichen Freihafen Emden" weist die Kammer darauf hin, daß die angestrebte Vereinheitlichung der zollrechtlichen Verhältnisse in der EG wesentliche Erschwernisse mit sich bringe. Im Gegensatz zu einem Seezollhafen habe ein Freihafen den Vorteil, daß nicht jedes Schiff durch den Zoll ein- und ausklariert werden muß und eine Abfertigung des Proviants und der persönlichen Habe der Besatzungen unterbleibt. Dies wiederum verhindere bei massiertem Schiffsverkehr Verzögerungen des Lade- und Löschbeginns.

Die durchgreifende Werbewirksamkeit des Freihafenstatus' vor allem im Ausland darf nach Ansicht der Emder Kammer nicht unterschätzt werden. Für Emden gelte dies in besonderem Maße. Die Tradition des Freihafens reiche bis zum Jahre 1751 zurück, als der preußische König der Stadt das Porto-Franco-Recht verlieh. Ein echter Zollfreibezirk im modernen Rechtssinn entstand mit der Eröffnung des Emder Seehafens im Jahre 1901.

Die ersten Reaktionen in der Bundesrepublik auf den EG-Vorstoß, vor allem die Haltung des Bundesrats, werden in Emden nachdrücklich begrüßt. Die Länder-Kammer hatte auf der Sitzung am 20. Dezember in einem Beschluß die Bundesregierung aufgefordert, den Vorschlag der EG-Kommission für eine Verordnung zur zollrechtlichen Vereinheitlichung der Freizonen und Freilager „in der vorliegenden Form" zurückzuweisen. Inzwischen gebe es „Signale, die darauf hindeuten", daß die Bundesregierung der Verordnung in der bestehenden Fassung nicht zustimmen werde.

NAMEN

Friedrich von Metzler, Mitinhaber des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn u. Co., Frankfurt, wurde zum Nachfolger des zum 31. Dezember 1985 auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Börsenpräsidenten **Karl-Oskar Koenigs** für dessen restliche Amszeit bis Ende 1987 gewählt. Der neue Börsenpräsident, einstimmig nominiert ist **Michael Hauck**, persönlich haftender Gesellschafter des Banhauses Georg Hauck & Sohn, soll am 13. Januar gewählt werden. Anstelle des ausgeschiedenen Dr. **Hans Feith**, Mitglied der Zulassungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse, wurde für dessen Amtszeit bis zum 31. Dezember 1987 Dr. **Rolf E. Breuer**, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, Frankfurt, gewählt.

Prof. Dr. **Hans Kalker** (63), Leiter des Analytischen Laboratoriums der Hoechst AG, Frankfurt, schied Ende 1985 aus dem Unternehmen aus. Sein Nachfolger ist Dr. **Siegbert Gorbach**.

Dr. **Peter Baumeister** wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, ernannt. **Heiner Fehrmann**, Leiter des Geschäftsbereichs Wertpapiere und Vermögensberatung wurde Generalbevollmächtigter.

Fritz Pätzold, Vorstandsmitglied der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, wird zum 31. Januar nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten. **Ernst Schröder** hat seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied aufgenommen.

Friedo Berninghausen, geschäftsführender Gesellschafter der Holzimportfirma Steinbrügge & Berninghausen, Bremen, wurde Präses der Handelskammer Bremen als Nachfolger von Dr. **Horst Willner**.

Gert Haas, langjähriger Mitarbeiter bei Digital Equipment und zuletzt Vertriebsleiter Süddeutschland, wurde Geschäftsführer bei Factron-Schlumberger, München. Er ist Nachfolger von **Walter Fertl**, der als Area Manager bei Factron USA übernommen wurde. **Wolfgang Bachmann**, bisher Vertriebsleiter bei der CTX Deutschland GmbH, übernahm die Vertriebsleitung bei Factron.

Albert Ludwig Fraas, Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Hermann Berstorff Maschinenbau GmbH, Hannover, ist am 22. Dezember im Alter von 71 Jahren gestorben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Occidental kauft MidCon

Washington (dpa/VWD) – Der US-Energiekonzern Occidental Petroleum Co., Los Angeles, will die in der Gasverteilung tätige Gesellschaft MidCon Corp., Lombard/Illinois, für 3 Mrd. Dollar (7,5 Mrd. DM) kaufen. Das gab Occidental-Chef Armand Hammer nach einem Bericht der „Washington Post" bekannt. Nach dem Zusammenschluß, der noch von MidCon genehmigt werden muß, rückt Occidental mit einem Umsatz von 22 Mrd. Dollar an die 12. Stelle der US-Industrieunternehmen vor. Occidental blieb damit Sieger in einem Übernahmekampf mit der Unternehmensgruppe WB Partners, die vor zwei Wochen 2,7 Mrd. Dollar für MidCon geboten hatte. Occidental hatte vor zwei Jahren für 4 Mrd. Dollar die Cities Service gekauft, die beträchtliche Erdgasreserven besitzt.

„Entstickungs"-Probleme

Dortmund (dpa/VWD) – Die Einführung von Katalysatoren zur Verminderung des Stickoxid-Auswurfes von Kraftwerken ist „noch nicht problemlos möglich". Die bisherigen Ergebnisse der 60 Versuchsanlagen in der Bundesrepublik zeigten, daß weitere Tests erforderlich seien, hieß es in einer Umweltschutzbilanz der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund. Dennoch gehe die Minderung von Schadstoff-Emissionen in den Kraftwerken der VEW mit „Riesenschritten" voran. Durch Verbesserung der vorhandenen Umweltschutzanlagen würden die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung festgelegten Grenzwerte für Schwefeldioxid um 30 Prozent und mehr unterschritten.

Attraktiver Fonds

Düsseldorf (Py.) – Mit einem Fondsvermögen von rund 103 Mill. DM hat die Gothaer Lebensversicherung, Göttingen, für den Rentenfonds Gotharent-Adig fünfeinhalb Jahre nach Erstauflage die 100-Mill.-DM-Marke überschritten. Der Fonds, der von Adig (Depotbank Commerzbank) verwaltet wird, ist ein Ablauffonds, der vom Gothaer-Außendienst als Anschlußanlage für freigewordene Lebensversicherungen angeboten wird. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wertsteigerung von etwa neun Prozent hat Gotharent-Adig seinen Anlegern einen beachtlichen Wertzuwachs gebracht.

Cosmos im Aufwärtstrend

Düsseldorf (Py.) – Mit einem eingelösten Neugeschäft von 238 (157) Mill. DM Lebensversicherungssumme ist der ohne Außendienst anbietende Spezialversicherer der Aachener und Münchener – Versicherungsgruppe, die Cosmos Lebensversicherungs AG, Saarbrücken, auch 1985 in der angesteuerten Zielgruppe „informierter und kritischer Verbraucher" vorangekommen. Der Bestand wuchs um 14 Prozent auf 1,33 Mrd. DM. Cosmos geht in das Jahr 1986 mit einem verbesserten Sofort-Rabatt von bis zu 50 Prozent in der Risiko-Lebensversicherung. Auch die Kapital-Lebensversicherung erhöhte ihre Gewinnbeteiligung aufgrund 1985 weiter gefallener Kostensätze. Cosmos rechnet damit, daß auch für 1985 mehr als 60 Prozent der Beitragseinnahmen über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung gutbringen zu können.

Polen klagt über den Wirtschaftsplan

J. G. G. Köln

Der 1982 aufgestellte Dreijahresplan war in seiner Realisierung der bisher schwierigste Wirtschaftsplan Polens, heißt es in der Veröffentlichung „Polityka Eksport-Import" der polnischen Außenhandelskammer. Die anvisierte „Reorientierung" der polnischen Wirtschaft in Richtung des Rats für Gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW) müsse als gescheitert betrachtet werden. Tatsächlich sei das Gegenteil eingetreten, denn zu sehr sei Polens Wirtschaft mit der des Westens verbunden – was auf die siebziger Jahre zurückgehe. Dazu gehörten auch diverse Kooperationen, die Ersatzteilabhängigkeit und die Verschuldung im Westen. Der Anteil der Westländer am polnischen Warenumsatz betrage heute 51, der des RGW nur 49 Prozent.

Die Sorgen über Ersatzteile und der Realisierung von Exportwegen sind weiterhin sehr groß. Besonders beunruhigend sei der Rückgang von Erzeugnissen der Elektromaschinenbranche, der seit 1981 andauere, heißt es weiter.

DEUTSCHE CONTINENTAL / Geringer Gewinnausweis

Schadenaufwand stieg kräftig

dos, Hannover

Die Deutsche Continental Rückversicherungs-AG, Hannover, die bereits das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) mit dem Prädikat „unbefriedigend" versehen hatte, mußte 1984/85 eine weitere Verschlechterung des versicherungstechnischen Ergebnisses hinnehmen. Nach Angaben der Gesellschaft, die seit 1981 zur amerikanischen Continental Insurance Group gehört, kam es vor allem in den Sparten Feuer-, Kfz- und Sturmrückversicherung zu hohen Verlusten. Größter Einzelschaden war die Hagelkatastrophe, die im Juli 1984 den Raum München heimsuchte.

Mit 15,5 (8,8) Mill. DM wird der versicherungstechnische Verlust fast doppelt so hoch wie im Vorjahr ausgewiesen. Dem standen nach Angaben des Vorstands allerdings auf 17,6 (11,5) Mill. DM erhöhte Erträge aus dem allgemeinen Geschäft gegenüber, so daß sich ein Überschuß von 2,1 (2,7) Mill. DM ergibt. Der ungünstige Verlauf im Berichtsjahr spiegelt sich in den Nettoschadenaufwendungen wider; sie stiegen auf 124,3 (91.7) Mill. DM.

Aus dem Ergebnis mußten 0,9 Mill. DM der Schwankungsrückstellung zugeführt werden, nachdem im Vorjahr 1,5 Mill. DM entnommen worden waren. Aus dem Jahresüberschuß von 1,2 Mill. DM wurden 0,6 (1,3) Mill. DM vorab in die Rücklagen eingestellt. Der Hauptversammlung am 6. Februar wird vorgeschlagen, die restlichen 0,6 (1,4) Mill. DM Bilanzgewinn ebenfalls den Rücklagen zuzuführen.

Überdurchschnittlich gestiegen ist im Berichtsjahr das Geschäftsvolumen. Die Beitragseinnahme von 270 (178) Mill. DM liegt deutlich über den ursprünglichen Zielen. Im Eigenbehalt verblieben 176 (132,5) Mill. DM. Die Kapitalanlagen der Gesellschaft wurden auf 232,3 (202,6) Mill. DM aufgestockt.

BAYERISCHE RÜCK / Vorsichtiger Optimismus in der Branche – Sorgen mit scharfer US-Produkthaftung

Der „große Schmerz" läßt langsam nach

DANKWARD SEITZ, München

Der konkrete Nachweis läßt sich noch nicht erbringen, doch „erste Vorahnungen deuten darauf hin, daß der ganz große Schmerz der letzten Jahre nachläßt". Mit diesen sehr vorsichtigen Worten umschreibt Peter Frey, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Rückversicherung AG, München, die Situation seiner Branche auf dem Weltmarkt. Allmählich werde spürbar, daß immer mehr (auch nambafte) Erstversicherer nach hohem Verlust diese Geschäfte wieder den professionellen Rückversicherern überlassen.

Wirkung zeige aber auch, daß die Branche Jahr für Jahr die Bedingungen habe verbessern können oder sich von den Geschäften getrennt hat, bei denen keine ausreichenden Prämien zu erzielen waren. Allerdings sei großer Optimismus noch nicht angebracht, denn in vielen wichtigen Märkten sei gerade das Industrie- und Haftpflicht-Geschäft sowie die technischen Versicherungszweige „noch weit von einer richtigen" Tarifierung entfernt.

So zufrieden Frey auch mit der in Gang gekommenen Marktbereinigung ist, gerade für das US-Haftpflichtgeschäft ergeben sich daraus jedoch spezielle Probleme. Ist damit doch ein großer Teil von Marktteilnehmern weggefallen, so daß praktisch keine Retrozessionen für US-Risiken möglich sind. Angesichts der eigenen Kapazitätslimits stieße man dabei sehr schnell an enge Grenzen, zumal mit Prämienerhöhungen allein das Risiko einer US-Produkthaftung nicht in den Griff zu bekommen sei.

Zweifellos haben auch bei der Bayerischen Rück die Sanierungsbemühungen in den letzten Jahren Erfolge gezeigt. Spürbare Konsequenz: Mit Ausnahme der Leben-Sparte nahmen in den anderen Bereichen die Beitragseinnahmen ab oder stiegen nur in relativ bescheidenem Umfang. Wenn dennoch gegenüber 1983 ein höherer technischer Verlust ausgewiesen werden muß, ist dies nach Angaben von Frey auf einige Naturkatastrophen zurückzuführen. So belastete alleine der Münchner Hagelschlag die Gesellschaft mit netto 15 (brutto 30) Mill. DM.

So zeigt sich denn Frey mit dem Geschäftsjahr 1984 „relativ zufrieden". Wieder einmal habe das allgemeine Geschäft dazu beigetragen, daß es der Bayerischen Rück „vergleichsweise nicht schlecht geht". Immerhin habe man die Schwankungsrückstellungen auf 76,3 (65,0) Mill. DM und die Rücklagen auf 69,5 (65,5) Mill. DM aufstocken können. Als eine „Rückkehr zur Normalität" wertete er, daß aus dem Jahresüberschuß von 8 (6) Mill. DM wieder eine Dividende von 4 (3) Mill. DM an die Muttergesellschaft Schweizerische Rück ausgeschüttet werden kann.

Noch wagt Frey für 1985 keine umfassende Prognose, wobei er aber hofft, daß der technische Verlust niedriger ausfallen wird als 1983 (74.6 Mill. DM). Von Naturereignissen wurde man trotz des mexikanischen Erdbebens ebenso wie in der Luftfahrt von größeren Schäden verschont. Das nominale Prämienwachstum dürfte rund fünf Prozent erreichen.

Bayerische Rück	1984	± %
Bruttoprämie (Mill.DM)	1 439	+ 5,3
Nettoprämie [1]	712	+ 5,2
Selbstbehalt (%)	49,5	(49,6)
Aufw.f.Vers.-Fälle	554	+ 4,2
Vers.-techn. Ergebnis[2]	– 79,7	+ 6,8
Kapitalanlagen[3]	1 304	+ 7,1
Kapitalerträge[4]	102,7	+ 19,3

in % d.Nettoprämie	1984	1983	1982
Vers.techn.Ergeb.	11,2	11,0	9,3
Vers.techn.Rückst[5]	171,3	165,0	154,6
Eigenkapital	15,4	15,6	15,1

[1])Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2])nach Zuführung von 11,3 (12,5) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3])ohne Depotforderungen; [4])netto; [5])ohne Leben.

FRANKREICH / Gesetzentwurf bisher gescheitert

Streit um die Arbeitszeit

J. Sch. Paris

Im Tauziehen um eine größere Flexibilität der Arbeitszeit hat in Frankreich jetzt auch die Regierung an Boden verloren. Nachdem vor einem Jahr ein entsprechendes zwischen den Sozialpartnern ausgehandeltes Abkommen von der Arbeitnehmerbasis abgelehnt und damit begraben wurde, scheint es der Kommunistischen Partei dank diverser parlamentarischer Tricks gelungen zu sein, die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zur Flexibilisierung vor den Legislativwahlen vom nächsten März unmöglich zu machen. Die Regierungsvorlage sollte den Rahmen für begrenzte Verhandlungen auf Branchenebene abstecken.

Den bürgerlichen Parteien kommt dieser Konflikt zwischen den Linksparteien wahlpolitisch nicht ungelegen. Der rechtsstehende Unternehmerverband ist in Erwartung einer neuen parlamentarischen Mehrheit sogar sehr zufrieden. Denn er fordert eine Ermächtigung zu freien Verhandlungen auf Unternehmensebene und keinen, wie er sagt, „Flexibilitätsersatz". Demgegenüber behaupten die Kommunisten, daß die Vorlage auf nicht mehr als eine „Flexibilität der Arbeitslosigkeit" hinauslaufe.

Die Arbeitslosen selbst aber wären zu 48 Prozent bereit, eine Teilzeitarbeit zu akzeptieren, ergibt sich aus einer jetzt veröffentlichten Erhebung des Nationalinstituts für Statistik (Insee). Vor drei Jahren waren es erst 27 Prozent gewesen. In gleicher Weise hat auch der Anteil der Arbeitslosen zugenommen, die sich mit zeitlich begrenzten Anstellungsverträgen (ohne Entlassungsschutz) zufriedengeben würden.

Im übrigen stellt das Insee fest, daß die Teilzeitarbeit in der Praxis bereits sehr stark verbreitet ist. Sie betrifft mit 2,3 Mill. inzwischen fast zehn Prozent der aktiven Bevölkerung. Bei den Frauen erreicht dieser Anteil mit 1,9 Mill. sogar 21 Prozent. Allerdings hat sich in Frankreich die aktive weibliche Bevölkerung sehr stark erhöht. Von den 25- bis 49jährigen sind es 70,8 Prozent gegenüber erst 58,3 Prozent 1975.

Hausse in AEG-Aktien

Bei den Standardwerten anfänglich Gewinnmitnahmen

DW. – Wie vielfach vorausgesetzt gesagt, kam es am Jahresbeginn bei den Aktien zu Gewinnmitnahmen. Diese waren zurückgestellt worden, um die Erlöse erst im neuen Jahr anfallen zu lassen. Auf der teilweise deutlich ermäßigten Basis gab es später Rückkäufe. Als dann auch wieder Kaufaufträge aus dem Ausland eintrafen, wurde ein Teil der anfangs eingetretenen Einbußen wieder ausgeglichen. Der Markt schloß in zuversichtlicher Verfassung. Haussiert haben AEG-Aktien, die zeitweise bis zu 30 DM höher als am Jahresschluß lagen.

Bei Hoechst kam es nach dem ungewöhnlichen Kurssprung zu Beginn dieser Woche zu den erwarteten Gewinnmitnahmen. Sie drückten das Papier um etwa sieben DM und damit auf eine Höhe, wie auch AEG-Aktien notiert werden, obwohl diese noch auf Jahre hinaus dividendenlos bleiben. Trotz des weiter schwachen Dollar gab es Auslandskäufe bei BASF und Bayer. Bei Siemens blieb der Tagesverlust bis zum Schluß zweistellig. Bankaktien litten insgesamt unter Gewinnmitnahmen. Rückläufige Notierungen in den Fahrzeugpapieren. Dabei gaben Daimler allerdings nur noch geringfügig nach. Von den Versicherungsaktien gewannen die einige Wochen lang vernachlässigten Papiere der Allianz Versicherungen deutlich an Boden.

Frankfurt: Hartmann & Braun St. erhöhten um 20 DM sowie IWKA und Chemieverwaltung um je 10 DM. Holzmann legten 9 DM zu. Altana gaben um 36 DM nach und Buderus um 14 DM.

Düsseldorf: Alexander verbesserten sich um 4,50 DM, Concordia Chemie um 14 DM und Hein. Lehmann um 5 DM. Nachgegeben haben Bilfinger um 5,50 DM und Dortmunder Ritter um 15 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan waren bei 157 DM (plus 7,10 DM) favorisiert. Phoenix gummi lagen um 1,90 DM höher. HEW konnten sich um 0,40 DM verbessern. Beiersdorf gaben um 2 DM und Hapag Lloyd um 4,10 DM nach.

Berlin: Herlitz-St. legten 12 DM, Herlitz-Vz. 7,50 DM und DeTeWe 10 DM zu. Bewag gewannen 1 DM. Orenstein büßten 6 DM und Rheinmetall Vz. 5 DM ein. Berliner Kindl legten 0,50 DM zu.

München: Aigner stockten um 9,80 DM und Erste Kulmbacher um 44 DM auf. Gehe AG verbesserten sich um 15 DM, Heilit um 10 DM und Rathgeber um 9 DM. AKS verloren 2,50 DM, Deckel 14 DM und Flachglas 5 DM.

Stuttgart: Fuchs und Gehe verteuerten sich um je 8 DM. IWKA stiegen um 9 DM. SEL holten 13,90 DM auf. Hesser mußten bei 625 DM (plus 35 DM) zugeteilt werden. Daimler waren um 14 DM, Mercedes um 12 DM und Porsche um 21 DM ermäßigt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 274,59 (276,71)
WELT-Umsatzindex: 5340 (5282)

Hinweis: Wegen geänderter Vertriebstermine kann DIE WELT in ihren Frühausgaben bis zum 4. Januar 1986 nicht alle Kurse tagesaktuell veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

	2.1.	31.12.
Bergen Bank	172	172
Borregaard	467	467,5
Den Norske Cred.	183	183
Elkem	112,5	112,5
Kreditkassen	177,5	177,5
Norsk Data	410,5	410
Norsk Hydro	144	144,5
Storebrand	271	271
OSE Ind. Index	–	395,12

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 2. 1. 1986

3094 Optionen = 163 150 (263 100) Aktien, davon 390 Verkaufsoptionen = 19 500 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 4-270/22; 4-280/17; 4-290/14; 4-300/11; 7-240/60; 7-250/50; 7-260/40; 7-270/33; 7-280/28; 7-290/24; 7-300/20; **BASF** 4-230/55; 4-240/50; 4-250/40; 4-260/30; 4-270/25; 280/17,1; 290/14; 300/12; 310/6; 320/5,2; 330/4,4; 7-250/65; 270/42; 280/32; 290/27; 300/21,9; 310/15,9; 320/13; 330/12; 340/9,5; 350/8; **Bayer** 4-230/50; 240/47; 250/35; 260/28; 280/17,4; 290/15; 320/7,1; 7-270/32; 280/30; 290/24,2; 300/22; 310/14; 320/13,05; 330/13; **Bay.Hypo** 4-500/40; 7-550/30; **BMW** 4-600/47; 660/30; 7-700/35,1; 730/30; **Commerzbk.** 4-330/65; 370/47; 380/40; 390/30; 400/25; 7-320/80; 350/69; 360/50; 380/45; 400/40; **Conti** 4-160/15; 170/12; 190/4,4; 7-170/20; 190/10; 200/6,5; **Daimler** 4-1140/215; 1150/210; 1200/170; 1400/100; 1500/75; 1600/47; 7-1300/185; 1400/130; 1500/110; 1700/80; 2000/40; **Dt. Babcock St.** 4-220/20,8; 240/10; 7-240/22; 250/18; 260/10,5; **Deutsche Bk.** 4-800/160; 850/130; 900/108; 950/80; 1000/60; 7-800/180; 850/165; 900/140; 1000/99; **Dresdner Bk.** 4-430/75; 460/50; 500/35; 7-370/120; 400/80; 480/48; 500/40; **GHH St.** 4-240/35; 7-260/24,2; **Hoechst** 4-230/58; 240/52; 260/50; 270/43,5; 280/41; 290/40; 300/25,5; 310/25; 320/17; 330/10; 340/8; 350/7; 7-260/56,25; 270/50; 280/39; 300/29,9; 320/28; 350/25; 360/20; **Hoesch** 4-130/28,5; 140/34; 150/26; 160/20; 170/17; 180/14,5; 190/9; 200/7,5; 7-110/10; 160/32; 170/15; 180/20; 190/16; 200/12,5; 220/9; 10-200/22; **Karstadt** 7-350/42; 400/18; **Kaufhof** 7-350/65; 400/18,1; **KHD** 4-330/20; 7-340/28; 350/24; **Klöckner** 4-90/12; 95/8,8; 100/7,2; 110/4; 7-95/14; 100/12,9; 110/9,6; 130/4; **Lufthansa St.** 4-240/20; 250/10; 7-250/18; 260/17; **Lufthansa Vz.** 4-240/10; 7-250/19; **Linde** 7-640/35; 680/15,4; **Mercedes** 7-1200/140; 1600/44; **Mannesmann** 4-260/42; 270/37; 280/30; 290/26; 300/18; 310/13; 330/10; 7-280/41; 300/32; 310/31; 330/22; **Porsche** 4-1350/36; 7-1300/40; 1400/9; **Preussag** 4-260/26; 270/20; 280/11; 300/7,5; 7-280/20; 300/13; **RWE St.** 7-200/20; 220/11,4; 230/8; 240/6; **RWE Vz.** 7-210/15; **Siemens** 4-680/10; 720/85; 750/76; 760/65; 770/60; 800/50; 820/28; 850/16; 7-750/100; 770/80; 780/70; 800/60; 850/35; **Thyssen** 4-150/35; 160/28; 170/19; 180/15; 200/13,6; 210/12; 7-180/25,2; 190/20,6; 200/16,6; 220/12; 230/9; **Veba** 4-270/36; 290/28; 300/21; 310/18; 320/15; 330/12; 7-300/30; 310/28; 320/22; 330/21; **VEW** 7-150/6; **VW** 4-490/37; 500/36; 520/35,5; 530/35; 550/28; 560/25; 600/18; 7-500/65; 520/64; 550/50; 560/40; 600/2334; **Alcan** 7-70/12,9; 75/10; **Chrysler** 7-130/10,6; **IBM** 7-440/25,8; **Norsk Hydro** 4-45/9; 50/6; 55/3,5; 7-40/14,5; 50/8; 59/6; 60/4,5; **Philips** 4-39,50/17,2; 44/5-13,05; 50/10; 55/6,5; 7-55/9,5; 60/7,6; 65/5; 70/3,1; **Xerox** 7-150/20.

Verkaufsoptionen: AEG 4-220/4; 230/5; 7-230/8; **BASF** 4-270/4; 7-250/3,5; 260/4,4; 270/8; 10-270/12; **Bayer** 4-250/0,90; 260/1,65; 270/6; 7-240/1; 250/3,1; 270/7; **BMW** 4-550/8; **Commerzbk.** 4-320/5; 330/8,1; 7-320/6; **Conti** 4-160/2; **Daimler** 4-1100/20; 1200/35; **Deutsche Bk.** 7-900/25; **Dresdner Bk.** 4-430/6; 7-410/10; **Hoechst** 4-270/2; 280/4; 7-27/6; **Hoesch** 4-160/2,7; 10-160/5; **Karstadt** 7-300/6; **Kaufhof** 7-320/5; **Klöckner** 4-90/4; **Mannesmann** 4-270/2,05; 280/7,1; 7-270/5; **Porsche** 4-1200/10; **Preussag** 4-260/11,4; 7-260/13; **RWE St.** 4-190/3; **Thyssen** 4-170/4,5; 7-160/3,6; 170/7; **VW** 4-440/5; 450/7; 460/10,1; 470/15; 7-440/12; 460/15.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 160,43 (160,75); Elektrowerte: 335,36 (336,68); Autowerte: 712,80 (715,67); Maschinenbau: 181,05 (181,81); Versorgungsaktien: 155,67 (156,69); Banken: 425,69 (434,19); Warenhäuser: 129,76 (129,12); Bauwirtschaft: 382,68 (389,28); Konsumgüterindustrie: 131,16 (131,66); Versicherung: 1433,35 (1440,38); Stahlpapiere: 166,26 (167,29)

Kursgewinner:

AEG	275,00	+34,10	+14,1%
Gerling NA Gr.	6000,00	+500,0	+9,0%
Otavi	146,00	+10,50	+7,7%
Herlitz Vz.	160,00	+10,50	+7,0%
Gerling NA Kl.	530,00	+30,00	+6,0%
Thür. Gas	490,00	+25,00	+5,3%
Münch. Rück	3150,00	+151,0	+5,0%
Münch. Rück NA	3140,00	+142,0	+4,7%
Rütgers	441,00	+20,00	+4,7%
Überl. Ufr.	340,00	+15,00	+4,6%

Kursverlierer:

Altana	423,00	-36,00	-7,8%
Heidelb. Zem.	390,00	-25,00	-6,0%
Eichbaum-Br.	177,00	-9,00	-4,8%
Reichelbräu	430,00	-20,00	-4,4%
DUB-Schulth.	244,00	-11,00	-4,3%
Eisb. Verk.	261,00	-12,00	-4,3%
Rieb. Mont.	297,00	-13,00	-4,1%
Dierig	170,00	-7,00	-3,9%
Mainkraftw.	625,00	-25,00	-3,8%
Hutschenr.	380,00	-15,00	-3,7%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 730,00 T, Kötitzer 1980,00 T, VAB 4100,00 T
Düsseldorf: BASF 260,00, Contigas 325,00, IWK 305,00, Linde 560,00, Metallges. 305,00 T, Nixdorf 535,00, Schering 617,00, VEW 132,00 bG
Frankfurt: Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 208,00, BASF 259,00, Contigas 326,00, Frankona –, IWK 315,00 T, Linde 579,50, Magdeburger Feuer 510,00 G, Magdeburger Feuer NA 1450,00 T, Mainkraft 625,00, Metallges. 315,00, Moto Meter 200,00 G, Nixdorf 532,00, Schering 620,00, VEW 131,00, Wibau –
Hamburg: Doag 360,00, Schering 623,00
München: BASF 254,20 bG, Bremer Wolle 180,00 G, Contigas 328,00 TB, Isar Amper 349,00 bG, IWK 307,00 bG, Linde 570,00 G, Metallges. 305,00 bG, Nixdorf 531,00, Schering 625,00, Stumpf 106,50 G, VAB 4200,00 G, VAB Vz. 4200,00 B, VEW 152,00 bG, Wanderer 480,00 G
Bezugsrecht: Frankfurt: Bay. Hypo 6,00, Machines Bull 1,80, Telefónica 0,27

Devisenmärkte

Die schleichende Abwärtsbewegung schien sich am 2. Januar fortzusetzen, denn zu Beginn wurde der Dollar mit 2,433 taxiert. Indes war niemand bereit, neue Shortpositionen auf dieser ermäßigten Basis einzugehen. So verwunderte es nicht, daß man bald bereit war, eher kleinere Rückkäufe vorzunehmen. Der Kurs entwickelte sich nach oben, und die amtliche Notiz wurde mit 2,443 ermittelt. Die Bundesbank griff dabei nicht ein. Nachbörslich wurde bis 2,45 gehandelt. Parallel zum US-Dollar fiel der Kanadische Dollar um ¼ Prozent auf 1,7453. Das Irische Pfund notierte historisch tief mit 3,051, und die übrigen Währungen blieben meist gut behauptet. US-Dollar in: Amsterdam 2,756; Brüssel 49,9675, Paris 7,505; Mailand 1669,50; Wien 17,173; Zürich 2,0555; Ir. Pfund/DM 3,051; Pfund/Dollar 1,4527; Pfund/DM 3,549.

Devisen und Sorten

2.1.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,439	2,447	2,4183	2,38	2,48
London[2]	3,542	3,556	3,503	3,49	3,64
Dublin[2]	3,044	3,058	2,995	2,99	3,14
Montreal[1]	1,7413	1,7493	1,7223	1,69	1,79
Amsterd.	88,635	88,855	88,515	87,75	89,50
Zürich	118,75	118,95	118,61	117,25	120,00
Brüssel	4,884	4,904	4,827	4,75	4,95
Paris	32,515	32,675	31,85	31,75	33,50
Kopenh.	27,41	27,53	27,22	26,50	28,25
Oslo	32,34	32,46	31,85	31,50	33,25
Stockh.**	32,235	32,395	31,74	31,50	33,25
Mailand[3]**	1,46	1,47	1,4195	1,42	1,52
Wien	14,20	14,24	14,149	14,13	14,35
Madrid**	1,595	1,605	1,554	1,55	1,65
Lissabon**	1,549	1,569	1,47	1,10	1,90
Tokio	1,2265	1,2295	–	1,19	1,25
Helsinki	45,25	45,45	44,69	44,25	46,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,633	1,687	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,6595	1,6785	–	1,61	1,71
Johannbg.*	0,948	0,982	–	0,73	1,05
Hongkong *	31,21	31,49	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Leichte Nachfrage bei den Renten

Der zum Jahresbeginn übliche Wiederanlagebedarf machte sich am Rentenmarkt bisher nur zögernd bemerkbar. Immerhin wuchs im Verlaufe das Interesse an öffentlichen Anleihen, so daß deren Kurse bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt werden konnten. In den nächsten Tagen erwarten die Rentenhändler eine Belebung des Geschäfts und weiter anziehende Notierungen. Der Pfandbriefmarkt blieb auch am Jahresbeginn ruhig, die Kurse waren weitgehend unverändert. Etwas Interesse für DM-Auslandsanleihen ebenfalls zu leicht anziehenden Kursen.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit geringen Gewinnen schlossen am Dienstag die Goldnotierungen. Auch Kupfer konnte etwas zulegen. Silber fiel leicht zurück. Kakao war sehr fest, ebenso wie Kaffee, der um das Tageslimit anzog.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	31.12.	30.12.
März	343,50	345,75
Mai	321,00	324,50
Juli	287,50	293,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	288,50	289,85
Am. Durum	285,44	286,79

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	118,50	118,50
März	123,10	123,30
Mai	126,30	126,30

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	100,40	100,40
Jan.	104,50	104,30
Mai	105,80	105,80

HAFER Chicago (c/bush)		
März	139,50	140,25
Mai	142,25	143,25
Juli	139,00	139,75

MAIS Chicago (c/bush)		
März	248,25	249,00
Mai	252,25	253,25
Juli	253,00	253,25

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	31.12.	30.12.
	36,00	unerh.

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,25	unerh.

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Jan.	21,27	21,40
März	21,66	21,80
Mai	22,02	22,10
Juli	22,25	22,40
Aug.	22,20	22,30
Sept.	21,90	21,95
Okt.	21,60	21,55

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Missysippi-Tal fob Werk		
	20,25	unerh.

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Am 2. 1. stellten sich noch keine nennenswerten Veränderungen ein.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,73-0,63	1,95-1,85	3,87-3,67
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,33-1,30	2,57-2,52
Pfund/DM	2,70-1,30	6,40-5,20	12,4-11,0
FF/DM	31-15	79-63	144-128

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.1.: Tagesgeld 4,60-4,80 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,85 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,80 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,80 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2.1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2.1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
12 Monate	7⅞-8⅛	4¾-5	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tagesworte

Technische Vorgänge

gaz – Merkwürdiges ist von einem künstlerischen „Gastarbeiter“ aus der „DDR“ zu vernehmen, nämlich von dem Schauspielregisseur Jürgen Gosch, der soeben in Hamburg mit einer „Penthesilea“-Inszenierung Aufsehen erregte. Im Gespräch mit einer westdeutschen Zeitung meint er, sein Entschluß, für unabsehbare Zeit im Westen zu arbeiten, sei *keine politische* Entscheidung gewesen, sondern eine „Entscheidung für die Fortsetzung der Arbeit“. In der „DDR“ nämlich habe er keine Arbeitsmöglichkeiten mehr erhalten, nachdem er mit einer Inszenierung mißliebig aufgefallen sei.

Was waltet denn hier, so muß man fragen, für ein merkwürdig spießbürgerlicher Begriff von Politik? Politik ist doch keine exklusive Sache von irgendwelchen Politikern, die irgendwelche Dinge hin und her schieben, welche nichts mit dem Bürger zu tun haben. Die Freiheit der künstlerischen Betätigung ist sehr wohl ein Politikum. Wenn einem Regisseur aus rein weltanschaulichen Gründen von Staats wegen der Hahn abgedreht wird, so handelt es sich um eine politische Angelegenheit allerersten Ranges.

Man stelle sich vor, so etwas käme im Westen vor, die Bonner Re*gierung erließe eine Anweisung an* sämtliche Intendanten, einen bestimmten Regisseur nicht mehr zu beschäftigen. Der Fall käme mit Sicherheit bis vor den Bundestag, und Gosch wäre wahrscheinlich der Letzte, der daran Anstoß nähme und stattdessen von „rein arbeitstechnischen Vorgängen“ spräche.

Aber wir verstehen schon: Man will keine schlafenden Hunde wekken, *man will* seine *Ruhe* und seinen Paß behalten. Diktaturen müssen, nach guter alter deutscher Un*tertanentradition*, behutsamer behandelt werden als Demokratien; sie könnten ja zurückbeißen. So praktiziert man ungeniert eine doppelte politische Moral und kommt sich dabei vielleicht sogar noch besonders schlau vor. Nur die Moral nimmt dabei Schaden.

Nötige Erinnerung an einen großen Afrika-Forscher: Zum deutsch-malischen Projekt eines Heinrich-Barth-Hauses in Timbuktu

„Den Menschen eine kräftigende geistige Speise!“

Er schloß uns einen Weltteil auf“, sagte Alexander von Humboldt über Barth. *Aber diese Bewunderung* scheint vergessen. Der Hamburger Forschungsreisende zählt inzwischen zu den vernachlässigten, gleichwohl wichtigsten deutschen Entdeckern des 19. Jahrhunderts. Erst 1958 wurde aufgrund einer privaten Stiftung an dem Heinrich-Barth-Haus in Timbuk*tu eine Gedenktafel* angebracht: Das war bislang alles.

Nun aber scheint sich eine Chance zu eröffnen, daß Heinrich Barth die verdiente Ehrung in Mali erhält. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako (Mali), Heinrich Seemann, schrieb im Juni 1985 *mit vielsagender Leidensmiene*: „Ich kenne das Heinrich-Barth-Haus.“ Seit einiger Zeit nämlich verhandelt der deutsche Botschafter mit den zuständigen malischen Ministerien über die Einrichtung eines Heinrich-Barth-Gedenkraumes. Voraussetzung dafür wäre jedoch, daß die Regierung von Mali das Haus, das derzeit noch einem privaten Eigentümer gehört, erst einmal kauft. Erst dann könnte es als deutsch-malisches Gemeinschaftsprojekt renoviert und eingerichtet werden.

Zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Dritte-Welt-Ländern ge*hört auch, daß die Intelligenz der Ent*wicklungsländer endlich wieder erfährt, was europäische Forscher und Entdecker als Geographen, Völkerkundler, Linguisten, Soziologen, Psychologen, Historiker, Theologen und Schriftsteller für *Afrika geleistet* haben.

Das Schlagwort von den „Kolonialisten und Imperialisten“ zielt viel zu kurz, denn die meisten Forscher wurden beflügelt von einem impulsiven, gesunden Wissensdurst und philanthropischer Hilfsbereitschaft. Das gilt *ganz besonders für Heinrich Barth*, der auch einer der ersten Europäer war, die mit Vehemenz die Sklaverei anprangerten und die *Freigabe* von allen Leibeigenen forderten.

Geboren in Hamburg am 16. Februar 1821 als Sohn eines Schlachtermeisters, empfing Barth seine humanistische Erziehung auf dem Johanneum. Achtzehnjährig begann er 1839 *ein Studium* in Berlin. Er studierte Philologie und Altertumskunde bei Böckh, folgte den Vorlesungen von Jacob Grimm und Curtius, besuchte *die Seminare* des Philosophen Schelling, studierte bei Leopold von Ranke Deutsche Geschichte des Mittelalters, bei Homeyer Deutsches Recht und sei*ne Geschichte*, bei von Dierksen die Geschichte des Römischen Rechts.

Sehr beeindruckend ist der Brief des 22jährigen Studenten, den er am 20. Mai 1843 aus Berlin an seinen Vater in Hamburg richtete: „Zu sehen, wie man von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag tiefer, lebendiger und klarer in die Wissenschaft eindringt, theils ein ganz kleines spezielles Feld immer *gründlicher durch*arbeitet und sich stets geläufiger macht, *theils* das Verhältnis dieses einen kleinen Theiles zur ganzen Wissenschaft, zu der ganzen Fortentwicklung des menschlichen Geistes klarer erfaßt – dies ist ein unendliches, tiefes, stilles Vergnügen ... Ich habe ein ungeheures Streben in mir, das uneigennützigste Streben nach dem Großen, Wahren, Schönen; den *Menschen* Etwas zu nützen, sie anzuregen und anzutreiben zu geistig schönem gemeinsamem *Leben*, ihnen eine *kräftigma*chende geistige Speise zu geben – das ist mein einziges Streben.“ Barth promovierte in Berlin über ein Thema, das in den Raum jenseits des Mittelmeeres wies: die Handelstätigkeit Korinths.



Malis Lehrer wollen ehrenamtlich helfen: Das Wohnhaus des deutschen Afrika-Forschers Heinrich Barth in Timbuktu FOTO: ITALIAANDER

Er setzte in London seine privaten Studien fort und begann Arabisch zu lernen. Denn seine nächsten Ziele waren Algerien und Tunesien, Tripolitanien und die Cyrenaika sowie Ägypten. Nach drei Jahren kehrte er nach Berlin zurück und habilitierte sich 1848 als Privatdozent.

Zu dieser Zeit hörte Barth vom Plan der britischen Regierung, eine Expedition ins Innere Zentralafrikas auszurüsten. Die Berliner Geographische Gesellschaft vermittelte, daß sich der *Naturforscher* Adolph Overweg an die britische Expedition anschließen durfte.

Dieser konnte es durchsetzen, daß sich sein Freund Barth auf eigene Kosten an der Expedition beteiligte. Mitte *November 1849* verließen Barth und Overweg Berlin. Im *März 1850* begann in Algerien die große Reise in das Innere Afrikas.

Barth gelangte dabei in Landstriche, die bisher von keinem Nichtafrikaner betreten worden waren. Streckenweise reiste er allein, streckenweise *mit* Overweg, der am Tschadsee einem Fieber erlag. Barth zog als einer der ersten Europäer in die *geheimnisvolle* Wüstenstadt Timbuktu ein (wie er später zwischen Timbuktu und Kano Länder durchritt, die außer Mungo Park noch kein Europäer betreten hatte).

Insgesamt war Barth fünf Jahre *und fünf Monate* unterwegs. Er kehrte im August 1855 nach 15 000 Kilometern opferreicher Forschungsreise nach Europa zurück. In fünf Büchern „Reisen und Entdeckungen in Nord- und Central-Afrika“ legte er die Ergebnisse seiner Reise nieder, die zunächst im Ausland, danach erst in Deutschland ausgezeichnet wurden.

Einer der persönlichen Freunde Heinrich Barths war der Kartograph und Geograph August Petermann, Gründer der später nach ihm benannten Zeitschrift „Petermanns Mitteilungen“ in Justus Perthes' Geographischer Anstalt in Gotha. Nachdem Barth am 25. November 1865 in Berlin im Alter von 44 Jahren an einem Magenleiden gestorben war, veröffentlichte *Petermann einen Nachruf*, in dem es heißt: „Barths früher Tod wird in der ganzen gebildeten und gesitteten Welt, ja unter Tausenden wilder Naturkinder afrikanischer Völker Teilnahme erwecken ... Sein Ruf war in den weiten Gebieten des schwarzen Erdteils ebenso groß, als in der übrigen Welt ... Als einer der größten Reisenden, die je gelebt haben, übte er durch sein Beispiel einen *mächtigen und erfolgreichen Einfluß* aus.“

Das tausendjährige Timbuktu – oft „La miraculeuse“ genannt – war einst eines der bedeutendsten Handelszentren und Verkehrsknotenpunkte Afrikas: Heinrich Barth arbeitete hier ein halbes Jahr und gab den ersten umfassenden Bericht über die geheimnisvolle Stadt und ihre Menschen ab. Es wäre also der richtige Ort für eine Gedenkstätte, um an diesen deutschen Protagonisten der Afrika-Forschung zu erinnern und zugleich den Maliern *sinnvoll* dabei zu helfen, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten.

Das Barth-Haus ist in einem relativ guten Zustand, bedarf freilich einiger baulicher Verbesserungen, die indessen nicht kostspielig sein sollten. Geplant ist zum Beispiel, in dem Museum anhand von Großfotos der von Barth gezeichneten Karten und Skizzen die Verhältnisse des Landes vor hundert Jahren darzustellen. Außerdem sollen Trachten und Kunstgegenstände der Region aus dieser Zeit vor der Begegnung mit dem Abendland gezeigt werden. Lehrer in Timbuktu haben sich schon bereit er*klärt, das Museum ehrenamtlich zu* verwalten. Es lohnt sich also, die Verhandlungen über das Heinrich-Barth-Haus mit der nötigen Geduld zu einem guten Ende zu bringen.

ROLF ITALIAANDER

JOURNAL

Bonn erhöht Prämien für Spielfilme

dpa, Bonn

Die Bundesregierung wird die Prämien für Spielfilme im Rahmen des Deutschen Filmpreises in diesem Jahr erhöhen. Insgesamt soll der Förderungsbetrag von 7,6 auf neun Millionen Mark angehoben werden, *kündigte der Parlamenta*rische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt (CDU), in Bonn an. Nach seinen Worten zeigen die bisherigen Erfahrungen mit den neuen Filmförderungs-Richtlinien, daß sie ihr Ziel erreichen können, qualitativ *herausragende künstlerische* Leistungen mit entsprechender Publikumsresonanz anzuregen.

Deutsche Beteiligung an Buchmesse in Peking

DW. Frankfurt

In diesem Jahr wollen sich deutsche Verlage erstmals an der Buchmesse in Peking beteiligen. Der Börsenverein wird eine Sammlung von rund 500 Kunstbüchern zeigen. Die Messe findet vom 5. bis 11. September statt.

„Goldene Rose“ mit Video- und Medientreff

AFP, Montreux

Der nächste Wettbewerb um die Goldene Rose von Montreux findet vom 7. bis 14. Mai statt. Parallel dazu wird erstmals ein „Internationales Musik- und Medien-Treffen“ veranstaltet (7. bis 10. Mai). Es richtet sich an Programmleiter, Produzenten und Moderatoren von Rundfunk und Fernsehen. Ergänzt wird das Treffen durch einen Videomarkt und ein Videofestival. Das erweiterte Programm um die Goldene Rose von Montreux sieht unter anderem eine Retrospektive der *wichtigsten Musikfilme der letzten* 25 Jahre vor.

Mortier über Pariser Opernperspektiven

AFP, Paris

Der zum Projektleiter der neuen Oper an der Bastille ernannte Belgier Gerard Mortier erklärte in einem Interview, er sei nicht sicher, das Unternehmen zum Ziel bringen zu können. Mortier, der seinen Vertrag mit der Brüsseler Oper bis 1993 verlängert hat, *führte* als Grund „die gegenwärtige politische Lage in Frankreich“ an. „Es gibt keine normale demokratische Situation, keinen Dialog. Man ist bereit, ein Projekt zu stoppen, weil es aus dem anderen politischen Lager kommt.“ Mortier, der bereits als Berater der alten Pariser Oper Erfahrungen mit der französischen Verwaltung gemacht hat, fürchtet, in der neuen Oper auf dieselben „lähmenden Strukturen“ zu treffen. Er hält auch eine reibungslose Übernahme des technischen Personals der alten Oper – 1200 Beschäftigte – in das neue Haus, das mit 700 Personen auskommen wird, wegen der starken gewerkschaftlichen Organisation für nicht realisierbar. Unterdessen erfordere der Bau der neuen Oper nach einem Plan des Kanadiers Carlos Ott immer neue Abänderungen. Von den ursprünglich geplanten 475 Aufführungen in der ersten Saison sei bereits Abstand genommen worden, ebenso von der angestrebten Zahl von einer Million Besuchern pro Jahr, die Mortier als „Start-Slogan“ bezeichnet.

Pilar Miró will wieder Filme drehen

AFP, Madrid

Die Leiterin des spanischen Filminstituts, Pilar Miró, ist zurückgetreten, um wieder eigene Filme zu drehen. Die 45jährige Regisseurin stand seit drei Jahren an der Spitze des Instituts. Während ihrer Amtszeit bemühte sie sich um *die Förderung spanischer Filme im Ausland*, wobei sie insbesondere auf eine spanische Beteiligung an internationalen Festivals setzte. Zu ihren eigenen Werken gehört „Crimen de Cuenca“. Jetzt plant sie einen Film, der von Goethes „Werther“ inspiriert ist.

Salzburg 1986 mit Reinhardt-Ausstellung

dpa, Salzburg

Die Ausstellung am Rande der Salzburger Festspiele wird 1986 dem Thema „Max Reinhardt – Schauspieler und deren Filmkarrieren“ gewidmet sein. Sie wird von der Reinhardt-Forschungsgesellschaft eingerichtet. Gleichzeitig bereitet sie eine Festspielchronologie in Bildern vor, die 1987 (Verlag Office du Livre/Fribourg) erscheinen soll.

Alte Hakenharpune im Hafen gefunden

JGG. Stettin

Eine 11 000 Jahre alte Haken-Harpune haben polnische Fischer aus dem Stettiner Hafen herausgefischt. Es ist die älteste Harpune, *die ein polnisches Museum besitzt*. Sie wurde von Rentierjägern in der Zeit der Vereisung der Ostsee wahrscheinlich zur Jagd auf Rentiere, Wasservögel, Otter, Biber und Seehunde benutzt.

„Malerei im Werden“: André Masson wird 90

Antworten an die Zeit

Nach *dem Tod Picassos und Chagalls* ist André Masson nun der letzte aus der großen alten Pariser Ecole, von der so ziemlich alles, was die Kunst dieses Jahrhunderts prägte, seinen Ausgang genommen hat. Morgen wird er neunzig Jahre alt. Zu seinen Freunden und Weggefährten zählten, zu verschiedenen Zeiten, Gris und Derain, Picasso, Breton und Miró, Verhaeren und Hemingway, Aragon, Artaud und Bataille, Barrault, Ionesco und Sartre, der über den Freund einmal schrieb: „Bei Mas*son läßt sich der Zweck des Malens* nicht vom Zweck des Menschseins trennen.“

In der Tat bedeutet die Malerei Massons allzeit eine direkte persönliche Antwort – sei sie Reaktion, Abwehr oder Ahnung – auf die Zeit und die Welt. Als er im Ersten Weltkrieg schwer verwundet wurde, begriff er dies *existentiell*. Der Nietzsche- und Wagner-Freund sprach von der offenen Wunde des Amfortas. Der Forma*lismus der* Fauves und *Kubisten* genügte ihm fortan nicht mehr. Er fand seine eigene Handschrift; und das ist wörtlich zu nehmen. Genauso spontan reagierte der Maler in Spanien auf die Landschaft und den Bürgerkrieg, auf den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Immer war der *Mensch* beteiligt, in seinem Unterbewußtsein ebenso wie mit der wachen Intelligenz der philosophischen Reflexion (die ihn *gleichzeitig* als Schriftsteller auszeichnet).



„Es gibt keine abgeschlossene Welt“: Der französische Maler André Masson, der morgen 90 Jahre alt wird FOTO: TIBOR PÁSZTORY

Breton hat ihn einen „nietzscheanischen Geist“ genannt. Ohne Frage streben in seiner Malerei apollinische und *dionysische Elemente nach der* idealen Synthese. Im Sommer 1970 war André Masson mit seiner Frau zur Eröffnung seiner Ausstellung nach Dortmund gekommen. In einem höchst anregenden und lebhaften Ge*spräch mit dem damals 74jährigen* kam die Rede fast zwangsläufig auch auf jene Formulierung Bretons. Sie gefiel ihm nicht sonderlich, weil man sie leicht mißverstehen könnte. Bei aller Verehrung für Friedrich Nietzsche, die ihm mit Recht nachgesagt werde, seine Malerei schöpfe nicht aus philosophischen Quellen. Die Malerei, wie die Kunst überhaupt, habe allerdings mit der Philosophie und *der Metaphysik eine gemeinsame* Quelle, nämlich den Mythos; und so verstanden habe es mit der Formulierung Bretons wohl auch seine Richtigkeit. Aber lächelnd fügte er hinzu, wenn man schon Philosophen bemühe, sollte man, bitte, Heraklit nicht vergessen, nicht als seinen Anreger, wohlgemerkt, sondern als Bestätigung für seine Malerei.

„Es gibt keine abgeschlossene Welt“ – das ist ein Bildtitel von Masson. Das Weltall als Ganzes ist in unablässiger Umwälzung begriffen; das *ist die Philosophie* des Ephesers. „Alles fließt.“ Man kann von den Dingen nicht sagen, daß sie sind; sie werden nur und vergehen in dem ewig wechselnden Spiel der Weltbewegung. Genau das wiederholt sich in der Malerei Massons, die er ausdrücklich als „Malerei im Werden“ bezeichnet. Es teilt sich mit in seiner „automatischen Handschrift“ (die einen weltweiten Kunststil auslösen sollte), in der stets sich erneuernden Auseinandersetzung mit den Dingen, die ihn für jede Kategorisierung untauglich macht. Er selbst gab dafür die Begründung: „Wenn heutzutage eine Malerei nicht leicht zu ‚klassifizieren‘ ist, seid dessen sicher: In ihr *geistert* etwas.“

In Massons Malerei geistert es unablässig. Es mag aus dem Unbewuß*ten kommen*, doch bleibt es *nicht* ungezügelt, ungeformt. Auch verliert es sich niemals in unverbindlicher Abstraktion, sondern bleibt gegenständlich, bildhaft, welthaltig, dem Wirklichen verhaftet. Wie „unter der Hand“ entstehen menschliche, animalische, vegetabile, tellurische Formen und Figuren, verbinden sich und durchdringen einander, „fangen Feuer“, das sich ausbreitet und neue, zün*gelnde Verwandlungen* schafft. Bewegung bleibt das Grundprinzip, die elementare Kraft dieser Malerei und Graphik, Bewegung, die der „Schrift des Windes auf dem Sand“ gleicht.

Er war ein „dissidenter Surrealist“, wie er selbst zugibt, der dem orthodoxen Surrealismus auf seiner „Flucht aus der Wirklichkeit“ nicht folgen konnte. Und sein Verhältnis zum Kubismus hat keiner treffender beschrieben als Picasso, der zu ihrem gemeinsamen Förderer Kahnweiler einmal sagte: „Er nimmt unsere kubistischen Formen, aber er bringt ihnen Gefühle unter, an die wir nie gedacht *haben*.“ *Masson* selbst *bezeichnete* seine Malerei als „lyrischen Erguß“, der imstande sein sollte, „immer das auszudrücken, was der gewöhnliche Mensch das Unaussprechliche nennt“.

EO PLUNIEN

Frankfurt spielt Niebergalls Posse vom „Datterich“

Zerbläuter Idealismus

Ernst Elias Niebergalls „Datterich“, eine Posse in hessischer Mundart, wurde 1841 in Darmstadt gedruckt und wird jetzt unter Dietrich Hilsdorfs Regie in Frankfurt gespielt, und zwar sehr gut gespielt. Hilsdorf selbst ist Darmstädter.

Der ewig schnorrende, trinkende und Skat spielende Datterich hat seinen Namen von seinem Zustand: er hat den Datterich, die Hände zittern *ein bißchen, wenn er nach dem Glas* greift. Seine Geliebte ist die Weinflasche, und alle seine Unternehmungen sind nur *Umwege zum kostenlosen* Genuß seiner Geliebten. Er ist sehr gesellig, er braucht die dümmlichen Kameraden, denn man kann nicht allein Skat spielen oder schwätzen und nicht allein trinken, wenn andere bezahlen sollen. Er ist durch Lotterigkeit unten, aber mit dem Kopf ist er allen über.

Und doch kassiert er immer wieder Niederlagen, die allerkomischste am *Ende. Er ist sozusagen ständig am* Ersaufen, aber bei jedem kurzen Auftauchen schreit er nicht um Hilfe, sondern *hält große* Reden voller Anzüglichkeiten. Er ist die Inkarnation der Schillerschen Flucht in den Geist – komische Schiller-Zitate tauchen öfter auf – , und Niebergall stellt in ihm den Mensch gewordenen deutschen Idealismus mit zerbläutem Buckel und in zerrissenen Schuhen dar.

Das Bühnenbild von Johannes Lei*acker ist sehr pfiffig, der Datterich* des Hans Weicker hat nichts von schmierigem Parasitentum, sondern bringt einen energischen, selbstbewußten, schnellen Burschen auf die Bühne, der es immer wieder so weit treibt, daß seine Kontrahenten dann doch aufmucken. Einmal wirft ihm einer vor, er sei „ein schlechter denkender Mensch“, – dies zur Charakterisierung seiner Umgebung.

Eine prächtige Figur macht auch Ellen Schulz als Datterichs Cousine Evchen, die er mit einem aussichtsreichen Spendierer (Michael Quast, der etwas zu sehr chargiert) verkuppeln möchte, die aber der Braut jenes Spendierers den Bräutigam nicht wegnehmen will, – das muß man gesehen haben, dieses geschmeichelte Triumphgefühl bei herablassendem „Ich will eier Glick nit stehrn“. Glänzend. Der Herr Dummbach wird von Wolfgang Deichsel in energisch verblödeter Mediengläu*bigkeit gegeben, und allein schon das* Familienbild erregt stürmische Heiterkeit: Dummbach umgeben von *Frau (Sonja Mustoff)* und Tochter (Nicola Kress), immer wieder einmal eng zusammengepreßt und stumm und dumm glotzend auf einen kleinen Diwan. Und so könnte man fortfahren mit launiger Beschreibung. Das alte Stück ist unverwüstlich, und in der flotten Frankfurter Realisierung ist es sogar von heute.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Zürich: Oscar Wildes „Bunbury“ unter Klingenberg

Zwei dressierte Männer

Das Programmheft des Schauspielhauses Zürich zu Oscar Wildes sottisengespickter Komödie „Bunbury“ enthüllte es. Das Stück hatte keinen Produktionsdramaturgen. Eine *vielversprechende* Neuerung. So ruht der Abend nur auf zwei Säulen und steht dabei nicht *schlecht. Die eine Säule heißt* Oscar Wilde, die andere Gerhard Klingenberg. Was den Dichter angeht: Er hat mit diesem, seinem letzten Theaterstück eine bezaubernde Komödie geschrieben.

Die Handlung ist eigentlich ein Nichts. Vor mehr als einem Vierteljahrhundert hat ein schusseliges Kindermädchen an Stelle eines von ihm verfaßten *Roman-Manuskripts* ein Baby bei der Gepäckaufbewahrung der Londoner Victoria-Station abgegeben. Ein auf dem Lande lebender junger Mann erfindet einen nicht existenten Bruder namens Ernst um zu erotisch bedingten Reisen nach London aufbrechen zu können.

Ähnliche Ausflüge macht ein anderer junger Mann von London auf das Land, angeblich, um dort einen dahinsiechenden Freund namens Bunbury zu besuchen. Ein junges Mädchen ist überzeugt davon, nur einen Mann lieben zu können, der Ernst heißt. Diese Handlungsstränge werden in Dialogen, die boshaft und ironisch, frech und anzüglich sind, auf absurde Weise verknüpft.

Die Wirkung dieser Pointen kann sich nur einstellen, wenn sie nicht – Fehler vieler Wilde-Inszenierungen – auf dem Servierbrett aufgetragen, sondern ganz beiläufig fallengelassen werden. Das gelingt dem Regisseur Gerhard Klingenberg, der ab nächster Saison Direktor des Berliner Renaissance-Theaters wird.

Den Wilde-Ton treffen die alten Profis des Hauses, vor allem Annemarie Blanc als schrullige alte Lady, für die die Gesetze der Gesellschaft absolut *sind. Margrit Ensinger als das Kin*dermädchen von einst, Robert Tessen als Landgeistlicher. Aber auch die anderen sind nicht schlecht. Vielleicht sind sie ein wenig zu direkt.

Das gilt vor allem für die beiden um ihrer Alibis besorgten jungen Männer, gespielt von Sven-Eric Bechtolf und André Jung. Sie wirken beide dressiert und waren es wohl auch. Ihre Lacher verdanken sie weniger ihrer Schauspielkunst als Wilde und wohl auch Klingenberg. Was tut's? Es wird geklatscht.

CURT RIESS

Paris hat sein „Centre Pompidou“ umgestaltet

Moderne mit Durchblick

Das „Centre Pompidou“ in Paris ist wieder um eine Attraktion reicher: Das „Musée National d'Art Moderne“ im dritten und vierten Stock – es zählt zu den bedeutendsten Sammlungen der Kunst des 20. Jahrhunderts in der Welt – ist in den vergangenen Monaten umgebaut und nun wiedereröffnet worden. Die Architektin Gae Aulenti hat die neuen Museumsräume schlicht, aber keineswegs *langweilig, modern, aber nicht kalt* konzipiert.

Gae Aulenti ist es gelungen, die riesige Ausstellungsfläche zu gliedern, ohne ein ermüdendes Labyrinth von verschachtelten Räumchen aus ihr zu machen. So gibt es immer wieder beziehungsreiche „Durchblicke“, von Raum zu Raum, von Künstler zu Künstler. Die zahlreichen Chagalls führen Augen und Sinne hinüber zu der großen „Manège de chochons“ Robert Delaunays und laden zum Vergleich der leuchtenden Farben der so *unterschiedlich* malenden Zeitgenossen ein.

Der Rundgang ist annähernd chronologisch angelegt. Man beginnt im vierten Stock bei den „Fauves“ mit den Entwürfen für die Kapelle in Vence von Matisse, durchschreitet kubistische und expressionistische Räume, gelangt dann zur Abstraktion – mit Schwerpunkten auf Kandinsky und Mondrian – und steuert, vorbei an *Miró*, Chagall und den Surrealisten, auf die Nachkriegszeit zu. In Galerien mit spitzgiebeligen Milch*glasdächern stehen Vitrinen, die* ergänzende Dokumente, Fotos und Buchdrucke, etwa von Picasso oder *Giacometti*, enthalten.

Die letzten Räume enthalten Werke aus den 50er und 60er Jahren. Diese Räume sind größer und passen sich damit den wachsenden Objektformaten an. Hier dominieren Rothko und Mathieu, Riopelle, Fontana und Pollock, umschwebt von Alexander Calders zarten *Mobiles. Das* monochrome Blau von Yves Klein kommt so strahlend heraus, daß man unwillkürlich an das Leuchten der blauen Fenster in der Kathedrale von Chartres denkt.

Überhaupt vollbringt die Beleuchtung wahre Wunder. Meist sind es Halogenscheinwerfer, die aus kleinen Lukarnen unsichtbar gegen die mattweißen Kunststoffelemente der Dekke strahlen. Sie verbreiten ein *gleich*mäßiges, diffuses, doch sehr helles Licht. Niemand braucht mehr vor einem Bild hin- und herzugehen, um einen Betrachtungswinkel ohne Lichtreflexe zu suchen.

Zugleich bleibt stets die Möglichkeit erhalten, einen Blick hinaus und hinunter auf die Dächer von Paris zu werfen – vom Frühjahr an auch von den neugeschaffenen Skulpturenterrassen *aus*. Hier *stehen zwischen* Bäumen und Holzelememnten Objekte von Jean Tinguely im Süden, von Calder im Norden und von Miró, Max Ernst und Henri Laurens im Westen.

Über eine Rolltreppe gelangt man schließlich nach unten in den dritten Stock, wo die Kunstentwicklung von 1965 bis 1985 in Wechselausstellungen angedeutet werden soll. Zur Zeit geben sich dort Georg Baselitz, Anselm Kiefer und Reinhard Mucha ein Stelldichein. Die Grenzziehungen *zwischen den „modernen Klassi*kern“ der Dauerausstellung oben und den Wechselausstellungen sind aller*dings fragwürdig*.

Mit dem architektonisch anspruchsvollen Umbau erhält die Pariser Staatssammlung für moderne Kunst den ihrer Bedeutung gebührenden Rahmen. Und da Präsident Mitterrand den Ankaufsetat des Museums auf jährlich etwa acht Millionen Mark verdreifacht hat, auch ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten.

MICHAEL SIEBERT



Blick in die von Gae Aulenti gestalteten Räume des „Musée National d'Art Moderne“ im Pariser Centre Pompidou FOTO: ALAIN FLEISCHER

Gesetzentwurf: Hohe Strafen für „Sprayer“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Beschmieren und Besprühen von Wänden und Gebäuden soll in Zukunft schärfer geahndet werden. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den die Bundesregierung bereits vor einem Jahr, am 17. Dezember 1984, eingebracht hat, der aber erst jetzt, am 15. Januar 1986, im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages beraten wird. Wird der Entwurf Gesetz, dann müssen überführte Sprayer und „wilde“ Plakatierer künftig Bußgelder bis zu 10 000 Mark bezahlen.

Die Belastung von Städten und Gemeinden, die öffentliche Gebäude nach Bemalung für teils enorme Summen wieder reinigen lassen müssen, aber auch die von privaten Hausbesitzern, deren Besitz verschandelt wurde, ist beachtlich. Im Rahmen einer Examensarbeit „Über die Wirkung von Graffiti“ hat ein Kölner Soziologiestudent allein tausend beschmierte Wände in einigen wenigen Kölner Stadtteilen ermittelt.

Von den Tätern, von denen es in der Begründung des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und andere Gesetze“ heißt, daß der Unrechtsgehalt ihrer Handlungen „im Randbereich zum Kriminalunrecht“ liege, fehlt meist jede Spur. So mußte die Stadt Stuttgart kurz nach Eröffnung ihrer neuen Staatsgalerie die Front des Gebäudes von meterhohen Aufschriften befreien lassen, die in der Nacht auf einer Länge von 20 Metern aufgesprüht worden waren.

Nach Paragraph 118 a des Ordnungswidrigkeiten-Gesetzes soll künftig bestraft werden, „wer an einer fremden baulichen Anlage, an einem Ort, der allgemein zugänglich ist oder eingesehen werden kann, oder an einer Sache, die dem öffentlichen Nutzen oder der Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dient, ohne Einwilligung des Verfügungsberechtigten ein Plakat anbringt oder die Anlage oder Sache beschriftet, bemalt, beklebt oder sie sonst verunstaltet“.

Die Popularität des Besprühens ging nicht zuletzt auf den „Sprayer von Zürich“, Harald Nägeli, zurück, der am 19. Juni 1981 zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten ohne Bewährung und zu Schadenersatz von 206 000 Schweizer Franken wegen Sachbeschädigung in 179 Fällen verurteilt worden war.

Die Rechtsunsicherheit, die mit dem neuen Gesetz beseitigt werden soll, zeigte sich vor allem darin, daß der flüchtige Nägeli, der von Interpol gesucht wurde, in Schleswig-Holstein zwar festgenommen, bis zu seiner Auslieferung aber auf freien Fuß gesetzt wurde, in der Zwischenzeit in Düsseldorf mit amtlicher Billigung sprühen durfte, da er dies als „Kunst“ ansah. Bestätigt wurde er darin von einem „Kulturforum der Sozialdemokratie“ in Bonn, das mit einer „Solidaritätsveranstaltung“ auf den Fall Nägeli aufmerksam machte.

ACE erinnert an TÜV-Termine

DW. Stuttgart

Wer auf dem hinteren Nummernschild seines Wagens noch eine gelbe TÜV-Plakette hat, riskiert ein Verwarnungsgeld von 30 Mark. Darauf hat gestern der Automobilclub ACE hingewiesen. Ende Dezember seien alle Fristen für Autos mit einem gelben Siegel abgelaufen. Seit Jahresanfang seien alle Fahrzeuge mit brauner Prüfplakette TÜV-fällig. Dies gelte auch für die Abgassonderuntersuchung (ASU).

Rallye Paris–Dakar zum achten Mal gestartet – Ein Toter auf erster Etappe – Gegner protestieren





Proteste vor dem Start in Versailles: Eine Demonstrantin wird festgenommen (links); erstes Opfer der Rallye wurde gestern der Japaner Yasuo Kaneko (rechts) FOTOS: DPA/AP

Bewährungsproben des Jet-set im Sahel

Von ACHIM REMDE

Sie findet zum achten Mal statt und hat inzwischen einen festen Platz im Terminkalender. Die ersten drei Wochen des Jahres gehören der Rallye Paris–Dakar. Wer Geld hat, körperlich noch einigermaßen fit und des Skilaufens in Courchevel oder exotischer Fernreisen überdrüssig ist, trägt sich irgendwann mit dem Gedanken, „Paris–Dakar“ mitzumachen. Kein anderes Ereignis verbürgt so unweigerlich die Zugehörigkeit zum französischen Jet-set.

Ab 7.30 Uhr, pünktlich wie immer, startete am Neujahrstag alle 20 Sekunden einer der insgesamt 487 Teilnehmer unter dem Jubel der mehr als 300 000 Zuschauer auf dem Schloßplatz von Versailles. Wer nicht auf der 14 000 Kilometer langen Strecke bleibt, geht am 22. Januar in der senegalesischen Hauptstadt ins Ziel.

Für Profis und Amateure, auf Pkw, Lkw, Motorrädern und natürlich Geländewagen, sowie eine immer größer werdende Gemeinde von Wüsten- und Allrad-Enthusiasten, die wegen der hohen Kosten nicht selbst teilnehmen, ist diese Rallye das Nonplusultra. Für Frankreich, das wegen der fortdauernd engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit seinen ehemaligen Kolonien in Afrika diese Region noch immer als französische Domäne ansieht, ist sie ein Phänomen.

Doch man würde den meisten Teilnehmern Unrecht tun, wollte man ausschließlich dieses Motiv unterstellen. Die Strecke, die größtenteils durch die Sahara und die Steppenlandschaft des Sahel führt, ist von einer reizvollen, von Weite und Einsamkeit geprägten Schönheit, die auch außerhalb der Rallye ein immer größer werdendes Heer von Wüstenfahrern anzieht. Vor allem aber gibt es keine andere Region, die für enthusiastische Geländefahrer so ideal wäre. Extreme Anforderungen an Mensch und Material machen die Teilnahme zur echten Bewährungsprobe. Zweimal schon waren Tote zu beklagen. Das erste Opfer in diesem Jahr: der japanische Gastronom Yasuo Kaneko (45). Er wurde gestern morgen wenige Kilometer vor dem ersten Etappenziel Sète mit seinem Motorrad von einem Pkw gerammt und starb.

Das Jet-set-Image der Rallye, unterstrichen durch die Teilnahme von Pop- und Filmstars, Söhnen und Töchtern von Fürsten und Politikern, steht in so krassem Gegensatz zur Armut der Region, daß Widerspruch und Kritik geradezu vorprogrammiert sind, besonders nach den Jahren der Dürre im Sahel.

Die Kritiker haben sich in diesem Jahr zu einer Initiative zusammengeschlossen. Zu ihr gehören Simone de Beauvoir, Abbé Pierre und der Dritte-Welt-Experte René Dumont – aber auch Vereinigungen von Afrikanern in Frankreich. Eine Demonstration von 40 Mitgliedern der Gruppe „PA' DAK“ (was soviel bedeutet wie: Paris–Dakar soll nicht stattfinden) wurde kurz vor dem Start von der Polizei aufgelöst.

Auch in Afrika selbst häufen sich die Stimmen, die den Veranstaltern und Teilnehmern vorwerfen, Afrika als Spielplatz zu mißbrauchen und Unsummen Geldes auszugeben, „damit reiche und gutaussehende Menschen einmal ins Schwitzen geraten“, Geld, das für verstärkte Enwicklungshilfemaßnahmen sinnvoll genutzt werden könnte. Der Organisator der Rallye, Thierry Sabine, hat dieser Kritik Rechnung zu tragen versucht, indem er einen gemeinnützigen Verein gründete, der in diesem Jahr den Sahel-Ländern 90 Wasserpumpen spendet. Die Mehrzahl der dort tätigen Hilfsorganisationen hat allerdings jede Zusammenarbeit mit ihm verweigert. Afrikanische Regierungen haben aber noch nie ihre Zustimmung zur Rallye versagt.

Schwarze Teilnehmer gab es noch nie. Die „Schönen und Reichen“ Afrikas ziehen es vor, ihre Ferien in Luxushotels in Paris, London, New York, an der Côte d'Azur oder in der Schweiz zu verbringen – ein untrügliches Zeichen dafür, daß sie den Zustand europäischer Dekadenz, deren Ausdruck die Rallye Paris–Dakar sicherlich ist, noch nicht erreicht haben.

Doch aus Afrika ist auch bereits der Ruf laut geworden, die Europäer müßten – durch Spenden oder Sponsoren – nun endlich auch einmal afrikanischen Rallyefahrern die Teilnahme ermöglichen.

Toter bei Häftlingsrevolte

13 Geiseln genommen / Polizei rüstet zum Sturm

DW. Moundsville/West Virginia

Ein Aufgebot schwerbewaffneter Sicherheitskräfte hat gestern morgen das Hochsicherheitsgefängnis des amerikanischen Bundesstaates West Virginia in Moundsville umstellt. Dort hatten etwa 200 meuternde Häftlinge am Mittwoch abend 13 Wächter in ihre Gewalt gebracht und die Kontrolle über das gesamte Gebäude übernommen. Nach Angaben von Sheriff Donald Bordenkircher wird ein Sturm der Sicherheitskräfte auf das Gefängnis vorbereitet.

Ein Häftling kam bei der Geiselnahme ums Leben. Bei dem Toten handle es sich um einen Mörder, der von einem unbekannten Mithäftling getötet worden sei, sagte die Gefängnissprecherin Jerri Cluter. Die meuternden Gefangenen ließen inzwischen zwei Wächter frei. Einer der Aufseher hatte einen Herzanfall erlitten, der andere war bei der Revolte leicht verletzt worden. Die Sprecherin machte keine Angaben zu den Forderungen der Geiselnehmer.

Eine örtliche Fernsehanstalt meldete, die Aufständischen wollten in Anwesenheit zweier Fernseh-Journalisten dem Gouverneur des Bundesstaates, Arch Moore, ihre Klagen unterbreiten. Ein Sprecher der Behörden teilte unterdessen mit, der Gouverneur sei erst nach der Freilassung der Geiseln bereit, mit den Häftlingen zu reden. Derzeit seien Verhandlungen zwischen den Gefangenen und drei Beamten der Justizvollzugsbehörde von West Virginia im Gange.

Am Mittwoch hatte einer der Gefangenen den Polizisten zugerufen: „Hören Sie auf, uns wie Hunde zu behandeln. Wir wollen bessere Lebensbedingungen und eine bessere medizinische Versorgung.“ Die amerikanische Justiz hatte 1984 die Lebens- und Sicherheitsbedingungen im Gefängnis von Moundsville für „illegal“ erklärt und die Strafvollzugsbehörden von West Virginia zu Verbesserungen aufgefordert.

Das vor 112 Jahren errichtete Gebäude ist für 650 Häftlinge bestimmt, zur Zeit sind dort jedoch 742 Gefangene untergebracht. Die meisten amerikanischen Gefängnisse sind überbelegt und von Meutereien bedroht. Einem Bericht des Justizministeriums zufolge steigt die Zahl der Häftlinge – eine halbe Million im Juni letzten Jahres – um rund 1000 pro Woche. Dies sei vor allem auf die verringerte Anzahl von vorzeitigen Haftentlassungen und größere Strenge der Richter zurückzuführen.

LEUTE HEUTE

Gipfelfolgen

Die Teegespräche der amerikanischen und der sowjetischen First Ladys **Nancy Reagan** und **Raissa Gorbatschowa** am Rande des Genfer Gipfels zeigen erste Folgen: Ein ungarisches Ehepaar ließ ihre Tochter, die im November während des Treffens zur Welt gekommen war, auf den Namen **Raissa-Nancy** taufen. Die Eltern wollten damit ihren Glauben an ein friedliches Zusammenleben zwischen Staatem mit unterschiedlichen Systemen bekunden.

Kongreßnächte

Hohe indische Regierungsbeamte und Minister müssen ihrem Premierminister **Rajiv Gandhi** eine peinliche Frage beantworten. Gandhi will wissen, wo die hohen Herren während der am Sonntag beendeten Jubiläumstagung der Kongreßpartei in Bombay wohnten. Nur jeder zehnte nächtigte in einfachen Hotels, die für die Teilnehmer gebucht waren. Besonders unangenehm dürfte die Gretchenfrage für Staatsminister **C. K. Bhanot** sein. Er war in eine Absteige im Prostituiertenviertel umgezogen und galt längere Zeit als „vermißt“. Bhanot sagte, er habe nicht gewußt, wohin er sich verirrt habe.

Taxifahrer erstochen

Zweiter Mord in vier Wochen / Innung setzt Belohnung aus

PETER ZERBE, Hamburg

Zur Aufklärung des Mordes an dem Hamburger Taxifahrer Joachim Schünke hat die Lüneburger Kriminalpolizei eine Sonderkommission gebildet. Schünke war am Abend des Neujahrstages auf der Fahrt von Hamburg nach Bremen niedergestochen worden. Es ist das zweite Mal innerhalb eines Monats, daß ein Hamburger Taxifahrer im Süderelberaum getötet worden ist. Die Hamburger Taxi-Innung hat inzwischen eine Belohnung von 10 000 Mark für Hinweise zur Ergreifung des Mörders ausgesetzt. Schwerverletzt konnte der 40jährige Taxifahrer noch die Autobahnraststätte Hollenstedt erreichen. Kurz darauf starb er im Buchholzer Krankenhaus. Die Polizei schließt nicht aus, daß die beiden Mörder aus dem gleichen Täterkreis stammen.

In der Nacht zum 8. Dezember war der Taxifahrer Thomas Chrappek (32) zwischen Hamburg und Stade überfallen und vermutlich mit einem angespitzten Schraubenzieher niedergestochen worden. Die Kriminalpolizei in Buxtehude hatte daraufhin eine Sonderkommission zur Aufklärung gebildet. Beide Sonderkommissionen arbeiten jetzt zusammen. Ob bei dem Überfall am Neujahrsabend dem Taxifahrer auch Geld gestohlen wurde, konnte die Polizei bislang nicht klären. Sie suchte noch in der Nacht mit Hunden die Umgebung der Raststätte ab, fand aber keinen Hinweis auf den Täter. Nach der Beschreibung des Opfers war der Mann etwa 25 Jahre alt, 1,80 Meter groß und blond.

Der unbekannte Täter hatte das Taxi im Hamburger Stadtteil Dulsberg bestiegen und als Ziel Bremerhaven angegeben, um dort angeblich Arbeit auf einem Schiff zu suchen. Kurz vor der Raststätte zwang er Joachim Schünke auf den Seitenstreifen der Autobahn A 1 (Hamburg–Bremen) zu fahren und stach ihm zweimal mit einem Küchenmesser in den Bauch. Schünke fuhr daraufhin noch bis zur Raststätte, wo der Täter aus dem Wagen flüchtete.

Schünke konnte noch seine Alarmanlage im Wagen auslösen. Das Messer wurde von der Polizei an der Raststätte sichergestellt. Während Schünke selbständig war, arbeitete der am 8. Dezember ermordete Chrappek als Gelegenheitsfahrer in Hamburg, wo rund 3500 Taxen fahren. Er war allerdings von zwei Männern überfallen und beraubt worden. Sie hatten es auf seine Tageseinnahmen abgesehen.

Hackethal wegen „Tötung auf Verlangen“ angeklagt

DW. München

Professor Julius Hackethal soll sich wegen Beihilfe zur Tötung auf Verlangen vor Gericht verantworten. Nach mehr als eineinhalb Jahren dauernden Ermittlungen erhob die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Traunstein gestern gegen Hackethal sowie gegen den Vorsitzenden der „Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben“ (DGHS), Hans Henning Atrott, und zwei weitere Personen Anklage. Nach Angaben des Oberlandesgerichts in München wird Hackethal beschuldigt, in seiner Privatklinik am Chiemsee einer an unheilbarem Gesichtskrebs leidenden 69jährigen Patientin auf deren Verlangen Zyankali verabreicht zu haben. Dieses Gift soll er von Atrott erworben haben. Zwei weitere Personen sollen das Zyankali in einem Becher mit Wasser gemischt und der Patientin überreicht haben, die unmittelbar nach Einnahme des Giftes starb.

Wieder gefaßt

AFP, Arlon

Der belgischen Polizei gelang es am Mittwochabend, einen der vierzehn am Silvesterabend in Arlon in Südostbelgien aus dem Gefängnis ausgebrochenen Häftlinge zu fassen. Wie die Polizei mitteilte, befand sich der Häftling gemeinsam mit zwei ebenfalls flüchtigen Gefängnisinsassen in einem gestohlenen Fahrzeug. Seine beiden Gefährten konnten der Polizei nicht entkommen.

Uhr wiedergefunden

AFP, Perpignan

70 Jahre nach dem Tod des 22jährigen Franzosen Gilles Mone auf dem Schlachtfeld von Verdun hat sein Bruder Jean Mone jetzt die Taschenuhr erhalten, die Gilles damals bei sich trug. Die Gusset-Uhr war von einer Andenkenhändlerin im Herbst 1984 bei einem Spaziergang auf dem ehemaligen Schlachtfeld gefunden worden. Beim Säubern fiel ihr der in den Deckel eingravierte Name auf. Über ein Jahr dauerte die Suche nach dem Familienangehörigen des Toten.

Selbstmord im Beichtstuhl

AFP, Amiens

Einen ungewöhnlichen Ort hat sich eine etwa 30jährige Frau aus der nordfranzösischen Stadt Amiens für ihren Selbstmord ausgesucht: Jugendliche Kirchgänger fanden sie am Silvestertag in einem Beichtstuhl der Kathedrale. Neben der Toten befand sich ein Karton mit Schlafmitteln und Alkohol.

Rekordumsatz mit Wodka

AFP, Warschau

Die Intershops in Polen – „Pewex“ genannte Läden, in denen man nur mit westlicher Währung bezahlen kann – haben 1985 die Hälfte ihres Umsatzes von 400 Millionen Dollar durch den Verkauf von Wodka erzielt, wie zum Jahresende bekannt wurde. „Pewex“-Direktor Marek Pietkiewicz gab in der Wochenzeitung „Polityka“ die Gewinnspanne je nach Produkt mit 40 bis 120 Prozent an. Wie in anderen osteuropäischen Ländern bieten die 634 „Pewex“-Läden in Polen Spitzenerzeugnisse an, die es im normalen Handel oft gar nicht zu kaufen gibt. So handelt es sich bei dem Wodka um Exportware für durchschnittlich 1,5 Dollar pro Liter.

Flucht im Hubschrauber

AP, Rio de Janeiro

Einer der bekanntesten Verbrecher Brasiliens ist am Dienstag abend mit einem Hubschrauber aus einem Hochsicherheitsgefängnis auf einer Insel geflohen. Nach Angaben eines Regierungssprechers kamen die Wachen nicht dazu, auf den Flüchtenden zu schießen. Während der Besuchsstunde sei ein Hubschrauber im Gefängnishof gelandet und habe den 29jährigen José Carlos dos Reis und eine ihn besuchende Frau aufgenommen. Reis, der eine 30jährige Haftstrafe wegen Drogenhandels und Raubes verbüßt, gilt in den Armenvierteln im Norden Rio de Janeiros als eine Art „Robin Hood“. Von seinen Beutezügen und aus dem Erlös seines Rauschgifthandels finanzierte Reis Schulbauten und eine Suppenküche für die notleidende Bevölkerung. Außerdem richtete er einen Geldverleih für die Slumbewohner ein.

ZU GUTER LETZT

Ein verdächtiges Geschenkpaket hat zu Silvester einen Bombenalarm in dem Schnellzug Calais–Paris ausgelöst. Daraufhin wurde der Zug im Bahnhof von Chantilly, nördlich von Paris, gestoppt, und der Bahnhofsvorsteher ließ den Zug räumen. Feuerwerker der Polizei holten das „Sprengpaket“ aus dem Abteil und deponierten es am Ende des Bahnsteigs. Nachdem eine erste Untersuchung nichts Verdächtiges aufzeigte, öffnete ein mutiger Soldat das Päckchen. Der Inhalt: Eine Flasche Champagner, offensichtlich für den Jahreswechsel bestimmt. Ein Reisender hatte sie im Abteil vergessen. Mit über einer halben Stunde Verspätung konnte der Zug weiterfahren.

WETTER: Zeitweise Regen

Lage: Ein kräftiges Tief über dem Norden Frankreichs zieht unter Abschwächung langsam nach Nordosten. Auf seiner Ostseite fließt zunächst noch milde Meeresluft nach Deutschland ein.

Vorhersage für Freitag: Vorwiegend in der Westhälfte Deutschlands bedeckt und zeitweise Regen, sonst wechselnd bewölkt mit einzelnen Regenschauern. Höchsttemperaturen zwischen 0 und plus 5 Grad, nachts minus 1 bis plus 3 Grad. Schwacher bis mäßiger und zum Teil böiger Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Samstag noch einzelne Schauer oder Schnee. Temperaturen wieder zurückgehend, dabei Gefahr von Nachtfrost.

Sonnenaufgang am Samstag: 8.27 Uhr*, Untergang: 16.27 Uhr; **Mondaufgang:** 0.52 Uhr, Untergang: 12.12 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. Jan., 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Donnerstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-3	bd
Bielefeld	1	bd
Braunlage	-4	bd
Bremen	-2	Sp
Dortmund	2	bd
Dresden	-2	bw
Düsseldorf	4	bd
Erfurt	1	bd
Essen	3	R
Feldberg/S.	-2	Ne
Flensburg	-5	S
Frankfurt/M.	1	bd
Freiburg	8	bw
Garmisch	1	Sr
Greifswald	2	bw
Hamburg	-6	S
Hannover	0	bw
Kahler Asten	-3	iW
Kassel	0	bd
Kempten	2	R
Kiel	-5	S
Koblenz	3	R
Köln-Bonn	5	bw
Konstanz	4	he
Leipzig	0	bd
List/Sylt	-3	bw
Lübeck	-6	S
Mannheim	3	bd
München	2	Sr
Münster	3	R
Norderney	-3	S
Nürnberg	2	bw
Oberstdorf	2	bd
Passau	-3	bd
Saarbrücken	3	bw
Stuttgart	7	he
Trier	4	bd
Zugspitze	-9	S
Ausland:		
Algier	21	he
Amsterdam	2	R
Athen	16	he
Barcelona	15	he
Belgrad	3	bw
Bordeaux	7	bw
Bozen	2	bd
Brüssel	6	bw
Budapest	-2	bd
Bukarest	1	bd
Casablanca	17	bw
Dublin	5	bd
Dubrovnik	12	bw
Edinburgh	4	he
Faro	16	bw
Florenz	5	Ne
Genf	6	bd
Helsinki	-12	bw
Hongkong	16	he
Innsbruck	0	bd
Istanbul	10	R
Kairo	21	bd
Klagenfurt	-3	bd
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	-3	S
Korfu	15	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	-5	bd
Lissabon	13	bw
Locarno	2	bd
London	8	bw
Los Angeles	5	bw
Luxemburg	2	bw
Madrid	10	bw
Mailand	3	R
Malaga	17	bw
Mallorca	17	bw
Moskau	-8	bw
Neapel	14	bw
New York	-1	bw
Nizza	8	bd
Oslo	-6	S
Ostende	3	bw
Palermo	14	bd
Paris	8	bw
Peking	-4	bw
Prag	-4	bd
Rhodos	17	bw
Rom	10	R
Salzburg	1	Sr
Singapur	24	bw
Split	11	bd
Stockholm	-4	bd
Straßburg	4	bw
Tel Aviv	23	bw
Tokio	9	bw
Tunis	19	bw
Valencia	16	he
Varna	7	bw
Venedig	2	R
Warschau	-4	bw
Wien	-3	bd
Zürich	4	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

WINTERSPORTBERICHT

Der wöchentliche Wintersportbericht der WELT bringt Angaben über die Schneelagen in den Skigebieten Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Frankreichs und Italiens. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr und bedeuten der Reihe nach:

Schneehöhe im Tal/Skigebiet; ta: Abfahrt ins Tal möglich; tab: Abfahrt ins Tal bedingt möglich; tan: Abfahrt ins Tal nicht möglich; Kilometer gespurte Langlaufloipen.

Deutschland: Wintersport ist in den bayrischen Alpen nur bedingt möglich.

Österreich: In Österreich sind die Wintersportbedingungen sehr unterschiedlich. Gute Skibedingungen herrschen in den Wintersportorten im Südosten Österreichs, in einigen hochgelegenen Skigebieten in Tirol und am Arlberg sowie auf den Gletschern.

KÄRNTEN: Bad Kleinkirchheim: 40/80/ta/18; Heiligenblut: 25/40–100/tab/10; Karnische Skiregion Naßfeld: 80/80/ta/70; Katschberghöhe: 60/80/ta/20; Kötschach-Mauthen: 20/50/ta/200; Mallnitz: 30/70–140/ta/25.

OBERÖSTERREICH: Gosau: 50/100/ta/35; Spital: 20/80/ta/28; Windischgarsten: 15/80/ta/50.

SALZBURG: Altenmarkt-Zauchensee: 35/120/ta/95; Annaberg: 20/100/ta/15; Badgastein: 40/90/ta/90; Flachau: 60/100/ta/90; Hochkrimml/Königsleiten: 60/100/ta; Lofer: 10/60/ta/6; Mülbach-Dienten: 50/100/ta/14; Obertauern: 110/150/ta/15; Paß Thurn/Resterhöhe 40/50/ta/27; Rauris: 15/85/ta/24; Saalbach/Hinterglemm: 40/100/ta/18; Wagrain: 60/100/ta/58; Werfenweng: 40/90/ta/30; Zell am See: 35/70/ta/100.

STEIERMARK: Admont: 20/80/ta/50; Aflenz: 30/80/ta/17; Altausee/Loser: 30/170/ta/12; Bad Mitterndorf/Tau-plitz: 45/160/ta/46; Dachstein-Gletscher: 240; Präbichl: 60/80/ta; Ramsau: 50/240/ta/140; Schladming: 20/130/ta/20.

TIROL: Achenkirch: 15/50/ta/58; Alpbach: 30/80/ta/17; Ellmau: 15/40/ta/4; Galtür: 25/90/ta/15; Gerlos: 45/80/ta/15; Hintertux/Gletscher: 50/200/ta; Hopfgarten: 10/40/ta/27; Pitztaler Gletscher: 80/140/10; Ischgl: 20/50/ta/20; Kitzbühel: 15/70/ta/30; Kühtai: 60/90/ta/20; Obergurgl/Hochgurgl: 20–30/50–70/ta/10; St. Anton/Arlberg: 35/100/ta/50; St. Christoph/Arlberg: 85/95/ta; Seefeld-Leutasch: 30/60/ta/120; Serfaus: 35/75/ta/40; Sölden/Hochsölden: 25/45/ta/7; Rettenbach-Tiefenbachferner: –/200; Wildschönau: 30/55/ta/32.

VORARLBERG: Bödele: 20/40/ta/2; Brand: 15/40/ta/6,5; Faschina: 40/60/ta; Gargellen: 25/55/ta/4; Kleinwalsertal: 10/35/tab/35; Laterns: 10/45/ta; Lech: 40/60/ta; Schröcken: 40/60/ta/6; Zürs: 75/95/ta.

Schweiz: Keine wesentliche Verbesserung der Wintersportmöglichkeiten.

GRAUBÜNDEN: Arosa: 45/50/ta/18; Bad Scuol: 20/45/ta/24; Davos: 35/50/tab/75; St. Moritz: 60/60/tab/120.

WALLIS: Crans-Montana: 40/60/tab/40; Sass Fee: 20/60/tab/8; Zermatt: –/30/tan/7.

Frankreich: Schneefälle in den letzten Tagen haben die Wintersportmöglichkeiten verbessert.

HOCHSAVOYEN: Flaine: 35/60/ta.

SAVOYEN: La Plagne: 65/120/ta; Les Arcs: 55/160/ta; Meribel: 30/65/ta; Tignes: 60/150/ta; Val d'Isere: 40/70/ta.

ISERE: Alpe d'Huez: 30/90/ta.

SEEALPEN: Isola 2000: 65/105/ta.

Italien: In den italienischen Alpen hat es wieder etwas geschneit. Gute Schneeverhältnisse in den Skigebieten.

AOSTATAL: Cervinia: 30/35/ta; Courmayeur: 40/90/ta.

BELLUNO: Arabba: 40/50/ta/3; Cortina d'Ampezzo: 10/60/tab/35; Marmolada: 25/70/ta/10;

SÜDTIROL: Ahrntal/Speikboden: 20/80/ta/51; Bruneck/Kronplatz: 10/60/ta/20; Corvara: 20/50/ta/25; Gossensaß/Ladurns: 20/80/ta/16; Grödnertal: 10/40/ta/30; Innichen/Sexten: 30/70/ta/50; Meran 2000: –/20–50; Reschen-Watles: 20/50/ta/40; Schnalstal: 50/100/tan/8; Seiseralm: –/20–50/–/35; Sterzing/Roßkopf: 20/75/tan/6; Sulden: 60/80/ta/12; Welschnofen/Obereggen: 20/50/ta/20.

TRENTINO: Canazei: 20/50/tan/12; Madonna di Campiglio: 60/100/ta/70.

Magazin für die Freizeit **REISE WELT** mit Auto · Hobby · Sport · Spiel

Freitag, 3. Januar 1986 - Nr. 2 - DIE WELT





Das war das Reise-Jahr 1985 – Mit Optimismus in die nächste Saison

Österreich: Verlierer wegen Wetter und Wein

Wien

Österreich – das war lange Zeit so etwas wie die *abonnierte Sommerfrische* der Deutschen. Eine heile, heitere, erschwingliche Welt. Mit nimmermüder Anhänglichkeit brachten die Nachbarn aus dem Norden Jahr für Jahr, das heißt vorwiegend Sommer für Sommer, ihre begehrte Mark in die kleine Alpenrepublik. Kein Wunder, daß der jährliche Touristenstrom bald zum wichtigsten Devisenbringer wurde und immer mehr Österreicher direkt oder indirekt davon profitierten.

Damals, in den 60er Jahren, waren die Weichen ganz auf Expansion gestellt, auf ungehemmtes Wachstum, und alle möglichen Leute fühlten sich bestärkt in dem Glauben, mit landschaftlichen Reizen und etwas Folklore werde der Gast schon zufrieden sein. Jahre zog dieses Rezept, doch die *Zeiten haben sich geändert*. Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft steckt in einer – zum Teil selbst verschuldeten – Krise.

Zwar liegen genaue Zahlen für das Gesamtjahr 1985 noch nicht vor, doch läßt sich schon jetzt eines sagen: Der negative Trend, der bereits vor Jahren einsetzte, konnte auch im vergangenen Jahr nicht gebremst werden. In der ersten Hälfte des Sommers – Mai bis Juli – wurden rund 33,5 Millionen Fremdenübernachtungen registriert, knapp zwei Prozent weniger als im Vorjahr. In den Hauptreisemonaten Juli und August schlug der Rückgang der Übernachtungen gar mit 4,5 beziehungsweise 6,9 Prozent zu Buche. Erwarteter Jahresdurchschnitt: Minus 2,5 Prozent. Und die Deutschen – zwei Drittel der Österreich-Urlauber – sind dabei überproportional vertreten, wie schon in den Jahren zuvor.

Eingefahren werden die Verluste im Sommer, in den traditionellen Urlaubsgebieten, in Tirol, Salzburg, Kärnten. Das Wintergeschäft und vor allem der Städtetourismus entwickelten sich in den letzten Jahren hingegen ausgesprochen positiv. So konnte Wien im vergangenen Jahr 5,5 Prozent zulegen. Der Winter-Kuchen aber ist weitgehend verteilt. Wer jetzt keinen Namen als Skiort hat, wird ihn wohl nicht mehr bekommen. Vor allem der verstärkte Naturschutz wird einer weiteren Winter-touristischen Erschließung der Alpenregion einen Riegel vorschieben. Es gibt bereits Präzedenzfälle, so das Nockalmgebiet in Kärnten, wo die Errichtung eines Clubdorfes durch Volksentscheid verhindert wurde.

Während im Sommer allenthalben das Schild „Zimmer frei" auf die Misere hinweist, gibt es in den mehr oder minder mondänen Winterquartieren noch so etwas wie ein Gerangel um die Betten. Werden deutschen Reiseveranstaltern für die warme Jahreszeit Zimmer mit Halbpension schon für 40 Mark förmlich aufgedrängt, können sie im Winter, etwa in Tirol, solche Zimmer dem Urlauber nicht unter 100 Mark anbieten.

Die Bilanz verschiebt sich zusehends. Von der Gästezahl her gesehen schlägt der Winter nur mit einem Drittel zu Buche, bei den Deviseneinnahmen steht es aber bereits 50 zu 50. Es sind zahlungskräftige Schichten, die da Jahr für Jahr anreisen, zum Spaß auf der Piste und après.

Und just diese Zielgruppe, ein anspruchsvolles Publikum mittleren Alters, soll hinfort auch das Sommerloch stopfen. Darauf konzentrieren sich die Aktivitäten der östereichischen Fremdenverkehrswerber. Sie fühlen sich bestärkt durch die steigende Zahl jener deutschen Gäste, die bereits jetzt Hotels der obersten Kategorien bevorzugen. Es sind immerhin schon zwölf Prozent. So erstaunt es denn auch nicht, daß gerade erstklassige Häuser trotz ihrer hohen Preise nicht über leere Betten zu klagen haben.

Die Spreu trennt sich vom Weizen. So manche Betriebe, zu Zeiten des Booms in den 60er und noch Anfang der 70er Jahre aus dem Boden gestampft, werden diese Entwicklung nicht überleben. Ihr Substandard ist nicht mehr gefragt. Doch auch Häuser der mittleren Kategorien, stehen hilflos vor dem Abbröckeln der Gästezahlen. Ob allerdings das Konzept einer forcierten Animation, in der so mancher Hotelier und Pensionbesitzer nun sein Heil sucht, den Durchbruch bringt, muß abgewartet werden. Einzelne Erfolge ermutigen zwar, täuschen aber nicht darüber hinweg: Kärnten ist nicht Ibiza.

Wenn es aber so etwas wie eine Lehre daraus gibt, so haben sie die Österreicher gezogen. Man hat begriffen, daß der früher scheinbar unerschüttlich treue Gast durch wirtschaftliche Entwicklung, durch Geschmacks- und Trendverschiebungen ausbleiben kann. Und auch die negative Publizität um den Glykolwein könnte den deutschen Urlauber von Reisen zu Österreichs Weinlandschaften abgehalten haben. Mehr als bisher wendet man sich daher auch anderen „Märkten" zu, den Amerikanern, den Süd- und Westeuropäern. Und wer im Sommer vergangenen Jahres die Scharen von Italiener in den Straßen von Wien und Graz gesehen hat, ahnt, welches Potential hier noch schlummert.

RUDOLF ZEWELL



Der Hafen von Marmaris FOTO: UHLIG

Türkei: Boom dank Küste und Kultur

Ankara

Von einer „Renaissance des weltweiten Tourismus in die Türkei" schwärmt ganz zu Recht Hidayet Bahceci, Direktor des türkischen Fremdenverkehrsamtes in Frankfurt. In der Tat zu Recht: 1985 waren es mehr als zwei Millionen Urlauber aus aller Welt und mehr als 300 000 aus der Bundesrepublik Deutschland, die zumeist per Flug den Sprung von Europa nach Kleinasien gemacht hatten.

Die Türkei als der Renner 1985, dessen Schwung gewiß auch ins Jahr 1986 anhält. Und es sind nicht mehr allein die individuellen Reisen über Istanbul, Bursa oder Antalya mit Badeabstechern, die dann in die Phantasmagorie einer Landschaft wie die von Kappadokien führte. Immerhin stieg der Anteil der Pauschaltouristen *in der Türkei auf 70 Prozent.*

Das freilich brachte auch Probleme. Dem Boom folgte das Nadelöhr der Betten. Zumindest im Frühjahr und dort besonders in und um Alanya, dem Badeziel am Mittelmeer, wo sich „die Riviera der Türkei" sonnig ausbreitet, waren die Betten bis zu 200 Prozent überbelegt. Das, so donnerte Fremdenverkehrsminister Mükerrem Tascioglu, soll nie wieder vorkommen. Man werde „hart vorgehen".

Dem Staat muß auch an einem geregelten Ferienjahr gelegen sein, um Vorurteile, Klischees und bittere Wahrheit des Landes auszugleichen. So gibt es keine Neuanlagen, ohne das Placet der Regierung, keine ausufernde Betonsilos, sondern der Natur angepaßte gefällige Ferienzentren. „Wir haben aus den Fehlern anderer Länder gelernt", bemerkt denn auch Bahceci und belegt das mit freundlichen Fakten: Der pompöse Club Méditerranée, immerhin und stets auf Qualität bedacht, hat sich bereits an vier Stellen angesiedelt: zweimal bei Kuşadasi, dann in Kappadokien (Hotel Kaya) und noch einmal im einstigen Club Valtur bei Kemer. Aber auch deutsche Veranstalterpioniere wurden zu Devisenbringern. So gibt es bereits einen Club Robinson bei Çamyuva, der schon vier Wochen nach Eröffnung ausgebucht war. NUR Touristic hat ihren Club Aldiana bis zum Saisonbeginn fix und fertig an die herrliche Bucht von Side plaziert. Die Nachfrage nach Cluburlaub in der Türkei stieg unaufhörlich.

Die Motive für derlei Reiselust sieht Bahceci einmal in der jetzt erkennbaren Reisesicherheit, in einer „gestiegenen Neugier auf den türkischen Freund in Deutschland, dessen Lebensumstände man nun auch vor Ort ausloten möchte". Weitere Motive sind landschaftliche Schönheit und Vielfalt.

Das Land auf zwei Kontinenten, von der Brücke über den Bosporus miteinander verbunden, offeriert Außergewöhnliches: von der baumlosen Einsamkeit anatolischer Hochebenen mit versteppten Salzseen, den bizarren Tuffsteingebilden von Kappadokien über mächtige Massive wie der Taurus mit duftenden Pinienwäldern, feinsandige Strände an idyllischen Buchten, bäuerliche Regionen mit Oliven- und Zitronenhainen bis hin zu der in Ruinen überlieferten Kulturlandschaft an der kleinasiatischen Küste, wo manchmal zwischen den Rängen eines antiken Theaters Hibiskus und Oleander blühen...

Noch immer gilt zwar die klassische Kombination einer Studienreise mit einem Badeurlaub, aber dieser gewinnt immer mehr an feuchtem Terrain. Schließlich: 8000 Kilometer Badeküste an den vier Meeren – Mittelmeer, Ägäis, Marmara und Schwarzes Meer – sind kein Pappenstiel. Unverändert attraktiv auch die Pilgerziele der Bildungsbeflissenen – von Ephesus oder Istanbul, Troja und Pergamon bis zu den Stätten der Hethiter, Seldschuken oder Byzantiner. Naturwunder und Gigantismus wie der Berg Ararat oder die berühmten Kalk-Sinter-Terrassen von Pamukkale sind weitere Pluspunkte für Ausflüge ins Landesinnere – man muß nicht gleich eine komplette Studienreise buchen.

So wächst der Tourismus ins Land hinein und macht vor nichts halt. Nicht einmal vor natürlichen Barrieren: kein Berg zu hoch, kein Basar zu fern, Kleinasien auf kurzen Wegen. Die ganze Türkei soll es sein, die Menschen zumal, ihre Kultur, deren Basis und Ausstrahlung. Daß man dabei noch knackig braun werden kann, ist eine angenehme Draufgabe, der sich auch das positive Preisgefüge anschließt: Schönheit, die bezahlbar ist. Der Renner '86 wird so gewiß wieder die Türkei sein.

UWE KRIST

Aufbruch zu neuen Zielen im Pazifik

Bonn

Skeptiker dämpften allzu optimistische Jubelstürme zur Internationalen Tourismus-Börse ITB '85 in Berlin: Vorsicht, keine Branche ist so ungewiß und so schwer auszurechnen wie das Reisegeschäft. Zum Jahresende herrschte dann Einigkeit: Nach der Stagnation der letzten Jahre gab es in allen Bereichen Zuwachsraten. Die Touristik Union International (TUI) erzielte ihr bisher bestes Ergebnis.

Für 1986 wird mit weiteren Steigerungen gerechnet. Nach Erkenntnissen des Studienkreises haben sich schon jetzt 23,6 Millionen Bürger in der Bundesrepublik festgelegt, daß sie in Urlaub fahren werden. Vor allem die Flugreisen, die bereits 1985 um 8,2 Prozent stiegen, sollen ihre Aufwärtsentwicklung fortsetzen. Der „Länder-Sieger" 1985, die Türkei, rechnet auch in diesem Jahr mit einer kräftigen Steigerung. Erwartet werden drei Millionen ausländische Touristen, davon zwei Drittel aus der Bundesrepublik. Das Touristikministerium kümmert sich verstärkt um die Devisenbringer. Schrifttafeln und Hinweise in Nachrichtensendungen weisen daraufhin: „Ein Tourist heute bedeutet 1000 Touristen morgen." Das zweite Land mit sehr günstigen Prognosen ist Portugal (1985 eine Steigerung von elf Prozent).

Wenn sich Thomas Holtrop, Marketing- und Verkaufs-Chef der Robinson Club-Organisation, die monatlichen Buchungszahlen auf den Bildschirm holt, empfindet er satte Zufriedenheit. Schon jetzt gibt es mehr frühe Reservierungen für den Sommer denn je. Die drei neuen Club-Dörfer, Schlanitzen Alm, Schweizerhof und der mit Verzögerung fertiggestellte brasilianische Club Bahia, werden nochmals eine Gäste- und Umsatzsteigerung bringen. In diesem Jahr lag der Zugewinn bei 30 Prozent. Im Aufwind befindet sich auch die NUR-Club-Organisation Aldiana.

Mit großen Hoffnungen geht Kuba, 1985 der Spitzenreiter unter den karibischen Inseln, ins neue Jahr. Niedrige Preise werden wohl auch in der kommenden Saison die meisten deutschen Antillenbesucher locken. Neue Destinationen wagt Airtours: So Mikronesien, die Galapagos-Inseln und Ziele im Südpazifik. Weite, teure Reisen kommen verstärkt ins Geschäft: Hawaii beispielsweise und Australien. Seetours, der deutsche Kreuzfahrtspezialist, bietet eine Rundreise mit dem Schiff zu den schönsten Inseln der Welt.

HEINZ HORRMANN



Studienreisen

„Trudele durch die Welt. Sie ist so schön, gib dich ihr hin, und sie wird sich dir geben." Kurt Tucholsky

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 432

TOURISTIK

KUREN

SYRIEN

„Das wahre Reisen ist einzig und allein von jenen zu lernen, die um des Reisens willen auf die Reise gehen und stets wie bunte Ballons, die sich nie von ihrem Schicksal entfernen, leichten Herzens sind und sagen, ohne zu wissen warum: Auf geht's!" Saul Bellow

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

British Airways ist bereit zur Privatisierung

RW. Bonn

British Airways gehört nach den Worten von Lord King of Wartnaby, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, zu den profitabelsten Fluggesellschaften der Welt. In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1985/86 hat das Unternehmen einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 201 Millionen Pfund (knapp 784 Millionen Mark) gegenüber 189 Millionen Pfund im Vergleichszeitraum zuvor erwirtschaftet. Der Umsatz stieg um 10,8 Prozent auf 1,743 Milliarden Pfund, und die Zahl der beförderten Passagiere erhöhte sich um 9,5 Prozent.

Durch Gewinne in dieser Höhe konnte British Airways seine Verbindlichkeiten von dem hohen Niveau des Jahres 1983, als sie mehr als eine *Milliarde Pfund* betrugen, auf 464 Millionen Pfund vermindern. Die wiedergewonnene Wirtschaftlichkeit hat der Gesellschaft dazu verholfen, die Eigenkapitalquote überzeugend zu verbessern. Bei der Bekanntgabe des Geschäftsergebnisses erklärte der Lord, daß das Streckennetz von British Airways – das größte der Welt – einen soliden Wert darstellt. So sieht BA denn auch mit Zuversicht dem Zeitpunkt im Sommer 1986 entgegen, in dem die britische Regierung der Öffentlichkeit Unternehmens-Aktien anbieten wird.

Die schönsten Wanderwege abseits von Pisten und Loipen

München

Die Hälfte aller Winterurlauber bleibt Pisten und Loipen *fern*. Es sind Leute, die gern in der sonnigen Winterlandschaft spazierengehen. Für diese „schweigende Mehrheit" wurde in der letzten Zeit wenig getan. Ein *paar hundert Meter hinter den Wintersportorten* hörten die geräumten Wege auf. Erst spät merkten die Fremdenverkehrsdirektoren, welch gute Kunden die Spaziergänger sind. Sie wohnen in den besten Hotels und sie gönnen sich die teuersten Menus. Nun endlich nimmt man die Wanderer ernst. Wie aus dem neuen ADAC-Ski-Atlas hervorgeht, wetteifern die *Skiorte miteinander*, wer das größte Wegenetz frei von Schnee hält.

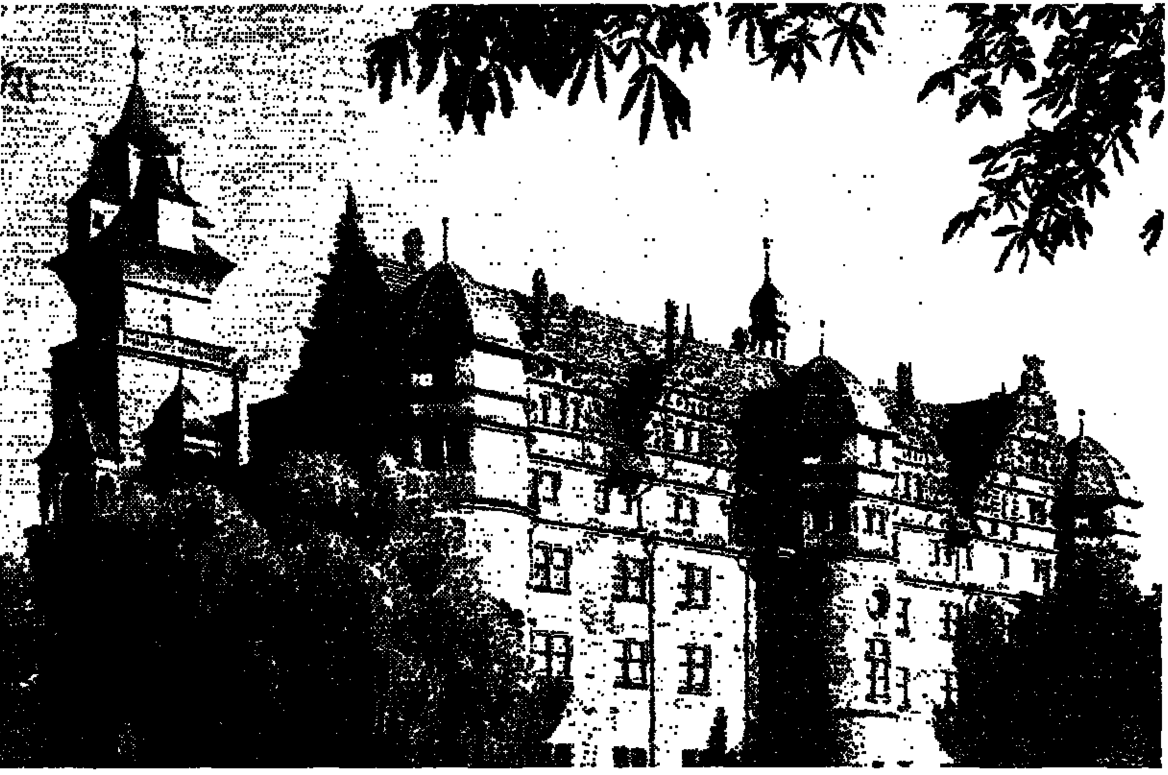
In den deutschen Alpen führt das Ostallgäu mit dem Zentrum Nesselwang die Liste an. Es werden 360 *Kilometer Wege geräumt. Jetzt sind* so schöne Spaziergänge wie zum Märchenschloß Neuschwanstein möglich. Im Westallgäu (Oberstaufen) gibt es 140 Kilometer Wanderwege. Der schönste führt auf den Blasen-Berg, wo man den berühmten Fünf-Länder-Blick genießen kann. In Oberstdorf (Wegenetz 120 Kilometer) ist die Wanderung durch die Breitachkamm die größte Attraktion. Man kann sie auch nachts beim Schein von Fackeln machen.

Hindelang und Garmisch-Partenkirchen halten je 120 Kilometer Wege frei. Schönster Spaziergang: Der Kramer-Plateau-Weg in Garmisch, der ein einziger kilometerlanger Aussichtsbalkon ist. Ruhpolding und Reit im Winkl räumen 80 Kilometer Spazierwege. Ettal und Oberammergau räumen 55 Kilometer, darunter *den herrlichen Spazierweg nach* Schloß Linderhof.

Auch in Österreich ziehen die Schneepflüge immer größere Kreise. Bischofshofen im Tennengebirge räumt *240 Kilometer. Ebenso* weit kann man in der Dachsteinregion um Schladming und Ramsau spazierengehen. In Südtirol, im Hochpustertal, ist die Strecke sogar 255 Kilometer *lang. Die* Gegend um das Skigebiet Kronplatz mit dem Hauptort Olang hat 132 Kilometer schöner Wanderwege. Doch am schönsten sind sie auf der Seiser Alm. Das 80 Kilometer lange Wegenetz in dem windgeschützten, sonnigen Hochtal ist mit Gaststätten und Sonnenterrassen geradezu „gepflastert".

In der Schweiz werden die Wege nicht geräumt, sondern der Schnee wird flach gewalzt. 120 Kilometer lange Routen hat St. Moritz, im Wallis stehen 100 Kilometer, in Laax/Flims 80, in Davos 60 und in Arosa 30 Kilometer zur Verfügung. Die schönsten Spazierwege hat Bad Scuol im Engadin. Man blickt ins Inntal oder auf die Berge des Schweizer Nationalparks.

JOCHEN MEYERS



Schloß Neuenstein an der „Burgenstraße" in Hohenlohe ist mit seinen Erkern und Tortürmen ein prächtiges Beispiel für Renaissance-Baukunst FOTO: STUHLER

Renaissance in Südwest

Stuttgart

Wer dieses Jahr Baden-Württemberg zum Ziel seiner Ferienreise macht, gerät in den guten Ruf, Liebhaber der Renaissance zu sein. Denn das Ländle hat nach den positiven Erfahrungen mit dem Staufer- und dem Barockjahr das Ferienjahr '86 zum Jahr der Renaissance ernannt. Als „Flaggschiff" der Saison dient die Ausstellung „Renaissance im deutschen Südwesten" vom 21. Juni bis 19. Oktober im Heidelberger Schloß (das auch ohne Ausstellung eine Million Besucher im Jahr anzieht).

Handschriften und Landkarten, Rüstungen, Porträts und Geräte aus der Frühzeit der Naturwissenschaften sollen nicht nur zusätzliche Busunternehmer nach Heidelberg ziehen, sondern auch Geschichtsinteressierte verlocken, diese Perle unter den baden-württembergischen Städten zum Ausgangs- oder Endpunkt einer Urlaubsreise in die traditionellen Fremdenverkehrsgebiete Schwarzwald, Bodensee, Taubertal, Odenwald, Schwaben und Oberschwaben *zu* wählen.

Eine „Sensation" der Renaissance-Ausstellung in Heidelberg mit seinen 800 Leihgaben aus 200 Quellen wird, wie Professor Volker Himmelein vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe ankündigte, eine Sonderausstellung in der Heiliggeistkirche sein: Da kehren erstmals die im Dreißigjährigen Krieg aus der berühmten „Bibliotheca Palatina" in den Vatikan verbrachten 120 Handschriften als Leihgaben nach Heidelberg zurück.

Ein solch attraktives „Flaggschiff", dazu appetitliche Kataloge sämtlicher Ferienregionen mit dem besonders gut gelungenen Renaissance-Reisen-Heft hat das zweitgrößte Ferienbundesland durchaus nötig. Denn Stagnation der Übernachtungszahlen und eine „nicht gerade begeisternde" Zunahme der Gästezahlen um ein *bis zwei Prozent mußte* Baden-Württembergs Wirtschaftsminister und Fremdenverkehrspräsident Martin Herzog bei dünner, süß-herber Original-Renaissancemusik in Stuttgart *konstatieren.* Bilanz: *Im letzten* Jahr kam der Schwarzwald besonders schlecht (2,5 Prozent minus), die Region Bodensee-Oberschwaben mit einem Zuwachs um vier Prozent überraschend gut weg. Des Ministers Preisprognose für '86: zwei Prozent plus.

Das Land dürfte nicht Baden-Württemberg heißen, wenn es in diesen für die heimischen Feriengebiete flauen Zeiten alle Hoffnung nur in die Segel des „Flaggschiffes" Renaissance setzen wollte. Es hat seine Sonder- und Pauschalangebote von A („Baden wie die alten Römer" in Aalen bis zur „Fasnetswoche" in Villingen-Schwenningen), sein Skiwandern und Wandern ohne Gepäck, seine Weinseminare (in dem glykol-unberührten Land), seine Höhlenentdekkungen, Radwanderungen, Schiffsfahrten und natürlich seinen „Urlaub *auf dem Bauernhof*" (jetzt 3000 Betten ab 12 Mark in 900 Bauernhöfen) ausgebaut und erweitert.

Als neue Variante werden die „berühmten Universitäten" des Landes *und die „moderne Technik in reizvoller* Landschaft", Tagungen, Kongresse sowie „kongreßbegleitende Rahmenprogramme" und spezielle Angebote für Selbstabholer baden-württembergischer Autos propagiert. Immerhin kommen von dieser Sorte Touristen jährlich rund 6000 Amerikaner allein zu Daimler. „Warum sollen die nicht", so Minister Herzog, „eine Woche oder länger Ferien in unserem Lande machen?" Womit der Bogen von der tanz- und weinseligen Renaissancemusik zum Viertaktmotor geschlagen wäre.

WALTER PFUHL

NACHRICHTEN

Mauna Kea Hotel Spitze

Von den amerikanischen Ferienresorts liegen die Urlaubshotels auf Hawaii an der Spitze. In der Rangliste, die jährlich der „Hideaway Report" nach Experten- und Lesermeinungen erstellt, führt das von Laurance Rockefeller erbaute Westin Mauna Kea auf der Insel Big Island. Ebenfalls auf dem Pazifik-Archipel steht das viertplazierte Kona Village Resort (Big Island), und als Nummer sieben folgt das Kapalua Bay Hotel (Maui). Der deutsche Generalmanager des Mauna Kea, Adi Kohler, bekam zum dritten Mal die Auszeichnung überreicht.

Nonstop nach Tokio

Als erste Fluggesellschaft bieten Japan Air Lines ab April 1986 einen regulären Nonstop-Liniendienst zwischen Tokio und London sowie Tokio und Paris an. Etwa zwölf Stunden soll der Direktflug dauern. Gegenüber der bisher angebotenen Sibirienroute mit Zwischenlandung in Moskau verkürzt sich die Flugzeit *damit um durchschnittlich* etwa drei Stunden. Gegenüber der Polarroute via Anchorage in Alaska beträgt die Zeitersparnis sogar etwas mehr als sechs Stunden.

„Ein teurer Spaß"

Wintersport in Österreich und in der Schweiz bleibt ein teurer Spaß: Wie eine Übersicht der Commerzbank zeigt, bekommen deutsche Urlauber in den beiden klassischen Wintersportländern für ihre Mark nur einen Gegenwert von 94 beziehungsweise 72 Pfennig. Die italienischen Skigebiete profitieren dagegen von der Lira-Abwertung im Sommer, so daß der deutsche Urlauber für seine Mark einen Gegenwert von 1,12 Mark erhält.

Fahrkarte und Zimmer

Wer an deutschen Bahnhöfen eine Fahrkarte kauft, soll auch sein Hotelzimmer reservieren oder einen Kongreßsaal bestellen können. Dies kündigte Hans-Joachim Groeben, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn, bei der Eröffnung des neunten Intercity-Hotels in Düsseldorf an. Bis Mitte der 90er Jahre *sollen im Bundesgebiet insgesamt* 40-IC-Häuser die Reisenden „mit dem Mindest-Standard eines Zwei-Sterne-Hotels" direkt am Zielbahnhof zum Schlafen einladen.

100 000 neue Betten auf den Kanaren

tdt, Maspalomas

Der Hunger der Kanarischen Inseln auf Urlauber ist noch lange nicht gestillt. Im Ballungszentrum Gran Canaria stehen mittlerweile 110 000 Betten – weitere 100 000 sollen in den nächsten zehn Jahren dazukommen, vor allem zwischen Maspalomas und Puerto Rico. An Selbstbeschränkung zugunsten von Natur und Umwelt wird dabei nicht gedacht. Ein plötzlicher Baustopp würde die Inseln in eine gewaltige touristische Krise stürzen, meint Antonio Aumente, Sprecher des Tourismus-Ministeriums der Kanarischen Inseln. Und so prognostiziert Jürgen Fischer vom deutschen Reiseveranstalter Touristik Union International: „In zwei, drei Jahren werden die Kanaren Mallorca als beliebtestes Pauschalreiseziel der Deutschen überflügelt haben."

Service in Bremen: „Hotel Direkt Ruf"

RW. Bremen

Besucher der Hansestadt Bremen können seit kurzen einen neuen Service nutzen – den „Hotel Direkt Ruf". Kostenlos und rund um die Uhr kann jeder Reisende direkt vom Hauptbahnhof oder von der Ankunfthalle des Flughafens aus ein Zimmer reservieren. Die Anlage, deren Vorbilder auf amerikanischen Flughäfen installiert sind, funktioniert einfach: Jedes Hotel wird auf einer Werbefläche mit Bild und Angaben über Preise und Ausstattung vorgestellt. Ein Stadtplan mit dem Verzeichnis aller Hotels dient als Orientierungshilfe. Zeigt die Zimmerbelegungsanzeige mit grünem Licht, daß ein Hotel noch Zimmer bereithält, braucht der Gast nur noch den Telefonhörer abzunehmen, und auf Tastendruck ist er mit dem Haus seiner Wahl verbunden.

Mittelmeertörn mit dem Müsli-Dampfer

tdt. Frankfurt

Wer im Frühjahr mit dem italienischen Kreuzfahrtschiff „Ausonia" über das Mittelmeer schippern will, dem sollte die eigene Gesundheit mehr am Herzen liegen als rauschende Bordfeste. Denn während der ein- und zweiwöchigen Kreuzfahrten von Genua nach Malta und Tunis oder Israel und Ägypten wird ein strenges „Gesundheits-Zepter" an Bord geschwungen. Rauchen ist verboten, und hochprozentige Alkoholika wird man vergeblich suchen. Der Clou ist aber die Vollwertkost: ohne Fleisch, Auszugsmehle, Fabrikzucker und *-fette. Trotz aller Entbehrungen, ganz* billig ist der Müsli-Törn nicht: Für die einwöchige Route muß man 1070 bis 3060 Mark je nach Kabine zahlen (Auskunft: Grieshaber Reisen, Postfach 17 69, Füssen/Allgäu).

SCHWEIZ

Pontresina ★★★★
Hotel Schweizerhof
Tel. 004182/6 64 12 - TX 74442
Vorteilhafte Ski- u. Langlauf-Pauschalarrangements im Januar und April mit erstklassigen Leistungen in Gastlichkeit – Komfort – Küche und Service. Modernes Erstklasshaus vis-à-vis Hallenbad.

Pontresina Engadin
Hotel LA COLLINA
Fam. B. van Engelen-Schneider
CH-7504 Pontresina
Tel. 004182/6 64 21
Gemütlich – ruhige Lage. Sonnenterrasse. Grill, Bar, Restaurant. Ski- + LL-Pauschalwochen. Nähe Langlaufloipen.

Pontresina Engadin 1800 m
Hotel Engadinerhof
Fam. Heinrich. Tel. 004182/6 62 12
Das gemütliche Hotel mit der guten Küche. Am Ausgangspunkt der Loipen und Skipisten.
11.1.-1.2. + 15.-22.3.86
Spezialpreise.

Pontresina Engadin 1800 m
Hotel Garni Chesa Mulin
Fam. P. Schmid,
CH-7504 Pontresina
Tel. 004182/6 75 75
- Neues ***Hotel Garni (50 B.)
- Komfortabel und gemütlich
- Selbstwahl-Tel., Radio, Minibar
- Sauna – Solarium – Garage – P
- Günstige Pauschal-Skiwochen vom 11.1.-1.2. + 5.-19.4.86

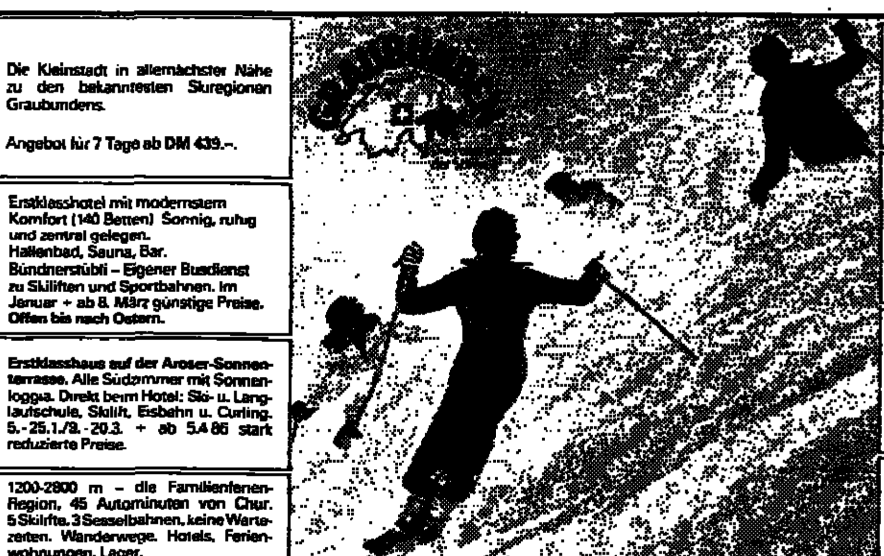
Vals-Valsertal
Herrliche Skipisten 1250-2500 m
Verkehrsbüro Vals, CH-7132 Vals.
Tel. 0041 86/5 12 42
Winterplausch «von der Piste in die Therme» (Hallen- und Wellenschwimmbad).
Wochenpauschalaktionen in Hotels ab Fr. 447.– inkl. HP, Skipass, Thermalbad. – Preiswerte Ferienwohnungen.

Chur
Reservation und Auskünfte:
Verkehrsbüro, CH-7000 Chur
Telefon 0041/81/22 18 18
Die Kleinstadt in allernächster Nähe zu den bekanntesten Skiregionen Graubündens.
Angebot für 7 Tage ab DM 439.–.

Arosa
Hotel Excelsior ★★★★
Sonnenbergstrasse
N. und O. Rederer, Direktion
Telefon 004181/31 16 67,
Telex 74 128
Erstklasshotel mit modernstem Komfort (140 Betten). Sonnig, ruhig und zentral gelegen.
Hallenbad, Sauna, Bar.
Bündnerstübli – Eigener Busdienst zu Skiliften und Sportbahnen. Im Januar + ab 8. März günstige Preise.
Offen bis nach Ostern.

Arosa
Hotel Hof Maran ★★★★
Dir. E. Traber
Tel. 004181/31 01 85 – Telex 74 323
Erstklasshaus auf der Aroser-Sonnenterrasse. Alle Südzimmer mit Sonnenloggia. Direkt beim Hotel: Ski- u. Langlaufschule, Skilift, Eisbahn u. Curling. 5.-25.1./8.-20.3. + ab 5.4.86 stark reduzierte Preise.

OBERSAXEN
Verkehrsverein, CH-7134 Obersaxen
Tel. 004186/3 13 56
1200-2800 m – die Familienferien-Region, 45 Autominuten von Chur. 5 Skilifte, 3 Sesselbahnen, keine Wartezeiten. Wanderwege. Hotels, Ferienwohnungen, Lager.
Ski- und LL-Pauschalwochen schon ab DM 435.– bzw. ab DM 355.–.



Davos
Cresta Hotels ★★★★
Ihr Gastgeber:
L. Zimmermann, CH-7270 Davos,
Tel. 004183/5 54 19 – Telex 74305
- HERZLICH WILLKOMMEN
- Alle Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Frigo-Bar, Telefon, Radio etc.
- HALLENBAD, SAUNA, SOLARIUM
- Spez. Ski-Hit- und Langlaufwochen
- 7 Tage Halbpension ab Fr. 570.–

Davos
Hotel Europe ★★★★
Dir. Fam. A. Rühler,
CH-7270 Davos-Platz,
Tel. 004183/3 59 21 – Tx 74 311
Gemütliches Erstklasshaus. Zentrale Lage neben Schatzalpbahn. Hallenbad – Sauna – Restaurant – Bar – Dancing – Ferienwohnungen – Parkhaus.
Spezial-Skiwochen.
Ganzjährig geöffnet.

Wiesen bei Davos 1450 m
Hotel Sonnenhalde
Familie E. Schneider
Tel. 004181/72 11 35
für schöne und behagliche Winterferien!
Gepflegtes Familienhotel. Sonnige, sehr ruhige Lage. Gute Küche.
35 Betten. Parkplatz. Tagespauschalpreise DM 50.– bis DM 80.–.

SCHWEFEL HEILBAD KLOSTERS-SERNEUS
Hallenbad 35°C (7 x 17 m).
Nach der Anspannung die Entspannung!
Kur- und Sporthotel Bad Serneus
CH-7248 Klosters-Serneus
Telefon 004183/4 14 44

KULM HOTEL ST. MORITZ
Der Treffpunkt verwöhnter Gäste aus aller Welt
Wir bieten Ihnen das einzigartige Ambiente für faszinierenden Wintersport!
Verlangen Sie unser Spezial-Angebot für Januar-, März- oder April-Ski- und Langlaufwochen
Kulm Hotel, CH-7500 St. Moritz
Telefon 00 41 / 8 22 11 51
Telex 7 4 472
Panorama-Hallenbad, Sauna Fitneßraum
Massage, Bars, Dancing, Grill, Kinderbetreuung,
Eisplatz mit Trainer



Reception
Wir heissen Sie bei uns herzlich willkommen.
Ihre Gastgeberfamilie Bachmann

Winterferien	7 Tage HP	ab Fr. 630.–
Skiwochen	7 Tage HP	ab Fr. 780.–
Langlaufwochen	7 Tage HP	ab Fr. 750.–
Familienferien	7 Tage HP	ab Fr. 630.–

Verlangen Sie Unterlagen
Das gemütliche Erstklasshotel in schöner Parklage sonnig und ruhig.
HOTEL NATIONAL Davos
CH-7270 DAVOS PLATZ, Tel. 004183/3 60 46, Tx. 74303



SAVOY Arosa
SAVOY VIVRE ★★★★★
wo man sich trifft
Ihr *****TOP-HOTEL für aktive Winter- + Sommerferien
ab Fr. 118.– Halbpension
Hallenbad, Tennishalle, Squash-Hallen
Kegelbahnen, Kindergarten gratis, etc.

Tennis/Skiwochen	ab Fr 990.–
Schönheitswochen	ab Fr 920.–
Fitnesswochen	Fr 840.–
Sulzschneewoche	ab Fr. 795.–

* Spezielle Familienarrangements *
SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
Joe L. Gehrer, Dir.,
Tel. 004181-31 02 11
Telex 74 235

ÖSTERREICH

Das Wintererlebnis auf den traumhaften Pisten des Ski-Großraumes Gasteinertal bis 2700 m Höhe. 54 Seilbahnen und Lifte, 2 Ski-Schaukeln, Zubringerdienst mit Bus und Bahn im gesamten Tal – mit dem bekannten „Gasteiner-Super-Skischein"

GASTEINERTAL

Viel gerühmte Bergluft in einmaliger Hochgebirgslandschaft. Wandern auf herrlichen Wegen in 850–1000 m Ortshöhe. Langlauf auf gepflegten Loipen sowie Eissportmöglichkeiten. Schwimmen in attraktiven Thermal-Hallen- und -Freibädern. Tennis auf Freiplätzen und in Hallen, Golf und Reiten.



Romantik-Hoteldorf Grüner Baum Badgastein
Fröhliche Skiferien
Winter-Thermalkuren
Hoteldorf Salzburger Stil. Jedes Haus Thermalbäder. Vom Bett ins Thermalbad. Thermalschwimmbad 32° Sauna, Unterw.-Massage. Arzt, Masseure im Haus. Krankenk'beihilfefähig. Langlaufloipe v. Hotel weg. Langlaufschule, Skiverleih. Busservice z. Bergbahnen. Skikindergarten „Gastein". Musik, Tanz, Rößlstuben. Unterhaltungsprogramm. Kegelbahn, Eisschießen
GASTEINER KUR
v. 15. 3. – 5. 4.: 3 Wo. VP im Zim. m. WC, 10 Bäder, 1 Arzt, ab DM 2 120,- od. 10 Stolleneinfahrten, ärztl. Betr., Transfer, ab DM 2 550,-.
OSTERN Zim. m. Du./WC, HP, 22. 3. – 5. 4. (14 Tg.), ab DM 1 402,-, 22. 3. – 2. 4. (10 Tg.), ab DM 1 000,-.
Salzburger Land
A-5640 Badgastein
T. 00 43 / 64 34 / 2 51 60
Telex 6 7 516



Grand-Park-Hotel BAD-HOFGASTEIN
A-5630 Bad Hofgastein
Telefon 00 43 64 32 / 35 60, Telex 00 47-67 756
mit Österreichs größtem hoteleigenen Thermalhallenrundbad 32° (Strömungsbad, Jetstream), Sauna, Solarium, Inhalation, Mundduschen, Massagen, 20000 m² sonnige Park- und Liegewiesen, spezielle Radonbadeabteilung, Heilmoor, Unterwassertherapie – beihilfefähig.
Für Sportler: Bergbahnen, Skilifte, Eislauf-/Eisschießplätze, Langlaufloipe, Tennishalle im Umkreis von 400 Metern.

Kur · Tennis Hotels KÄRNTEN und Carinthia ★★★★
Die führenden Hotels mit der gemütlichen, familiären Atmosphäre für den sportlich anspruchsvollen Gast.
Wintertraumurlaub: eigene Tennishalle mit Tennisschule. Ski-, Tennis- und Langlaufpauschalen im Jänner ab DM 820,–.
Gesundheitsurlaub: Hallenbad, Thermalsprudelbecken, Dampfbad, Sauna, medizin. Thermalbad. Winterregenerationskur beihilfefähig. Fordern Sie bitte unseren Prospekt an – auch von unserem neuen Appartementhaus.
A-5630 Bad Hofgastein
Familie Klammer
Tel. 0043 6432 57110 - 83740
Telex 0 47 67 771

Hotel Wildbad ★★★★ A-5640 Badgastein
Tel. 0043 64 34 24 43
in herrlicher, zentraler jedoch ruhiger Lage, nur wenige Gehminuten zum Skizentrum u. Thermal-Felsenbad. Vorzügliche Küche mit reichhaltigem Frühstücksbuffet mit Müsli u. Bioecke, großes Salatbuffet. Neugestaltete, gemütliche Komfortzimmer. Sauna – Solarium – Massagen – Sonnenterrasse. Moderne Kurabteilung mit Kurpauschalen.
7 Tage Halbpension bereits ab DM 540,–
Ferienwohnungen für 2–4 Personen im Landhaus Wildbad
Genießen Sie die Vorzüge eines Erstklaßhauses in ungezwungener und persönlicher Atmosphäre.

Ferienwohnung in Bad Hofgastein
für 2 Pers., gr. Südbalkon mit Blick auf das Angertal, Sauna i. Hs., entzückend eingerichtet. Nähe Bergbahn, Thermal-Hallen- und Freibad/Kurzentrum.
Ende Jan. bis 15. 2. u. 31. 3. frei.
Telefon 0 40 / 5 36 52 45

HOTEL MONTANA-GOLF A-5640 Badgastein Tel. 00 43 / 64 34 / 33 16
Das Sport- und Ferienhotel in sonniger Tallage, dir. an der Langlaufloipe, zentr. zu allen Skiliften im Tal.
Günstige Wochenarrangements zu DM 444,–
für 7 Tage Halbpens., Balkonzimmer m. Du./WC
NEU: Wintertraining für Golfanfänger, Trainerstunde DM 28,–.



SKIFAHREN BEQUEM UND TOTAL VOR DEM HAUS – SONNE UND SCHNEE AUF 1.600 m – 2.000 m, HERVORRAGEND GEPFLEGTE PISTEN FÜR KINDER UND KÖNNER – LANGE ABFAHRTEN OHNE WARTEZEITEN AN DEN 13 LIFTANLAGEN!
IM HAUS: VIEL KOMFORT UND ATMOSPHÄRE, ESSEN UND TRINKEN – ALLES FÜRS KIND. DAS MACHT SPAß!
1 WOCHE VP, INKL. SKIPAß, HALLENBAD, SAUNA, SOLARIUM, FRÜHSTÜCKS-BUFFET
21.12. – 1.1. AB DM 925,–
11.12. – 21.12., 4.1. – 1.2., 5.4. – 12.4. AB DM 725,–
1.2. – 5.4. AB DM 855,–
ALPEN SPORT HOTEL
Telefon 0043/4734/219 oder 220
Famile Bogensperger
A-9863 KATSCHBERGHÖHE
SALZBURG - KÄRNTEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

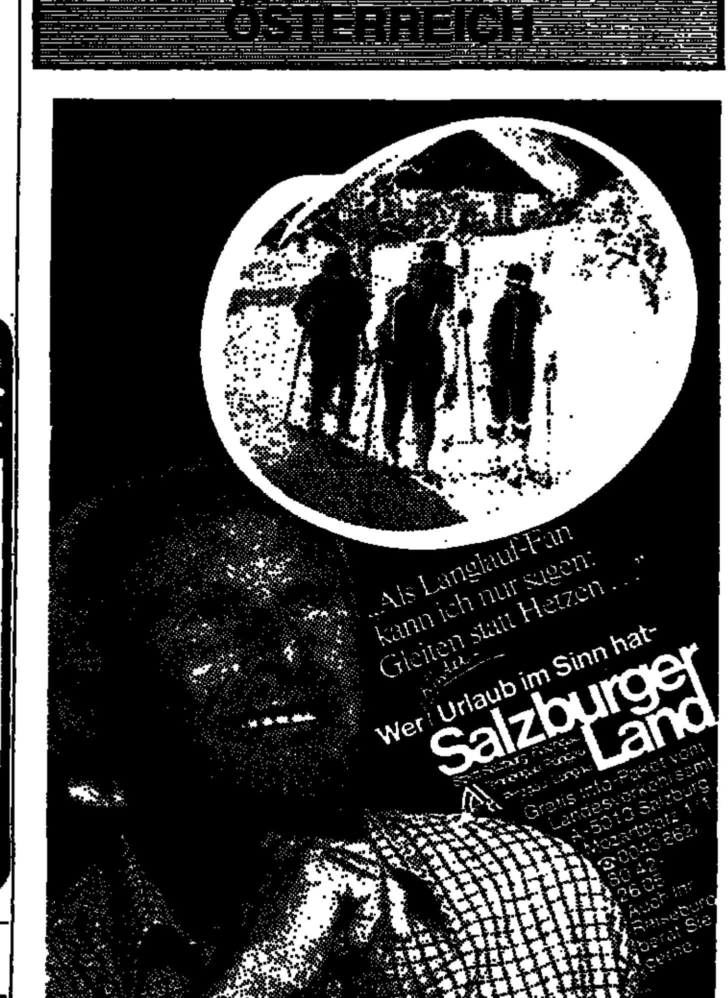
LEOGANG 840–2000 m
ASITZBAHNEN Salzburger Land
Der junge, spritzige Skiort mit Skigroßraum Saalbach-Hinterglemm!
– 70 Liftanlagen –
300 km Abfahrten. Ein Skivergnügen für die ganze Familie.
Skischule, Skikindergarten, 25 km gespurte Loipen mit 90 km Anschluß Saalfelden, beleuchtete Rodelbahnen; Schneesicherheit bis Mitte April! Gemütliche Unterkünfte jeder Kategorie; Après Ski.
Super-Ski-Löwen-Pauschalen: z. B. in NS
7 Tage HP im Komfortzimmer inkl. 6 Tage Skipaß Leogang/Saalbach/Hinterglemm + 1x Sauna + Hallenbad + 1x Rodeln DM 355,–/473,–
Inf. – Reservierung – Buchung:
Verkehrsverein A-5771 Leogang 7, Tel. 0043/6583/234

PULVERSCHNEE + SONNE IM 250-km-SKIPISTENPARADIES GASTEIN
Sport - DAS NEUE LUXUS-APPARTEMENT - ★★★★ - HOTEL - Garni-Kur
Totaler Hotelservice, int. Komfort, in ruhiger Lage. Jedes Appartement mit mod. Bad, WC, begehbare Gard., kl. Küche, 2Becke, Tel. mit eigener Nr., Farb-TV, Radio etc., Südbalk., Lift; App. für 2, 3 u. 4 Pers. ab DM 40,– p. P., inkl. Frühstück (erweitertes) • Sauna und Dampfbad. • Besonders bis 30% günstigeres Angebot im Jan., Apr., Mai • Loipen, 51 Bergbahn-/Liftanlagen
A-5630 BAD HOFGASTEIN · HOTEL ARKADENHOF Tel. (0043 6432) 0247 Telex 67-785

Schi und Spaß am Gerlospaß 1000 2300 m
Walderwirt & Märzenhof
Suchen Sie einen gemütl. Ort inmitten herrlicher Skigebiete? Ein Hotel, das Ihnen und Ihren Kindern alles bietet? Nur 2 Autostunden v. München? Die Antwort ist: – Wald, ein idyllisches Bergdorf und unser Ferienhotel – 70 Betten – mit jegl. Komfort, wie Panorama-Schwimmhalle, Sauna, Solarium. Die pers. Atmosphäre werden Sie genießen.
Wochen-HP-Pauschalen: 20. 12. – 6. 1. 86 DM 520,—/595,— p. Pers.
Weiße Wochen: 7.1. – 2.2. DM 390,—/440,— 3.2. – 13.4. DM 460,—/560,—
Großzügig. Kinderermäßigungen!
NEU: 2-Länder-Skischaukel Salzburger Land – Tirol, 40 Lifte. Langlauf: 40 km Loipen – Einstieg direkt beim Hotel.
Sichere Schneelage bis über Ostern.
Salzburger Land

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

ÖSTERREICH



Tirol
Informationen und Prospekte durch:
TIROL-INFORMATION A-6010 Innsbruck - Bozner Platz 6

Das ERSTE Skigebiet südlich der Tauern!
Matrei in Osttirol 1000–2500 m
Winterspaß mal drei: Ski fahren. Reiten. Tennisspielen.
Wedeln und tiefschneefahren in 2 sonnigen Skigebieten: MATREIER GOLDRIED und VENEDIGERBLICK beim Matreier Tauernhaus. 3 Langlaufloipen. Reithalle. Tennishalle, Skibus zum Nulltarif. 7 Tage-Pauschale inkl. Skipaß + Skibus: 4.1.–12.86 NF/Privatquartier ab DM 223,–; HP/Gasthof ab DM 328,–; im Hotel 1. Kat. ab DM 543.–. Kinderermäßigung bis 50%. Verkehrsbüro A-9971 Matrei/Osttirol, 1 Tel. 0043/4875/6527 od. 6709

„Die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen."
Joh. Wolfg. von Goethe

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

tyrolhotel
Für jeden das Seine und alles unter einem Dach
Sommer + Winter: Erhol' Dich fit, preiswert + gemütlich. Tyrolhotel mit allem Komfort, viel Sport + Geselligkeit. Panorama-Schwimmhalle (17x25 m) ozongeklärt 28° C, Sauna, Solarien, Massage, Friseur- + Kosmetiksalon. Sportanimation. Tennis-Center mit Frei- und Hallenplätzen (in Vor- und Nachsaison Freiplatzbenützung und Anfängerkurse gratis). 365 Tage jeglicher Sommer- und Wintersport auf 1000 Meter Höhe. Jedem seine Zimmerklasse je nach seiner Urlaubskasse! 4 Preiskategorien vom Standard- bis zum Luxuszimmer (VP ab DM 59.–). Viele freie Extras
A-6416 Obsteig Tirol Tel. (0043) 5264-8181 Telex A 5 3844

Winterurlaub im Lechtal Tirol 1.060 m
Sporthotel ★★★★
Alpenrose
Fam. Baldauf, A-6652 Elbigenalp, Lechtal/Tirol, Tel. 0043/5634/6219 und 6651/53
Gemütl. familiäres Komfort-Hotel; Standardzimmer DU/WC, bis Luxuszimmer mit Wohnteil/Balkon; Panorama-Hallenbad, Sauna, Solarium, NEU: Massage; Fitneß, Kaminhalle; Gourmet- u. Bauern-Stübchen; Unterhaltungs- und hoteleigenes Langlaufprogramm.
HP DM 57,–/90,– je nach Kategorie bzw. Saison. Skipaß für 25 Lifte mit Warth-Salober, der Schneegarant am Arlberg!

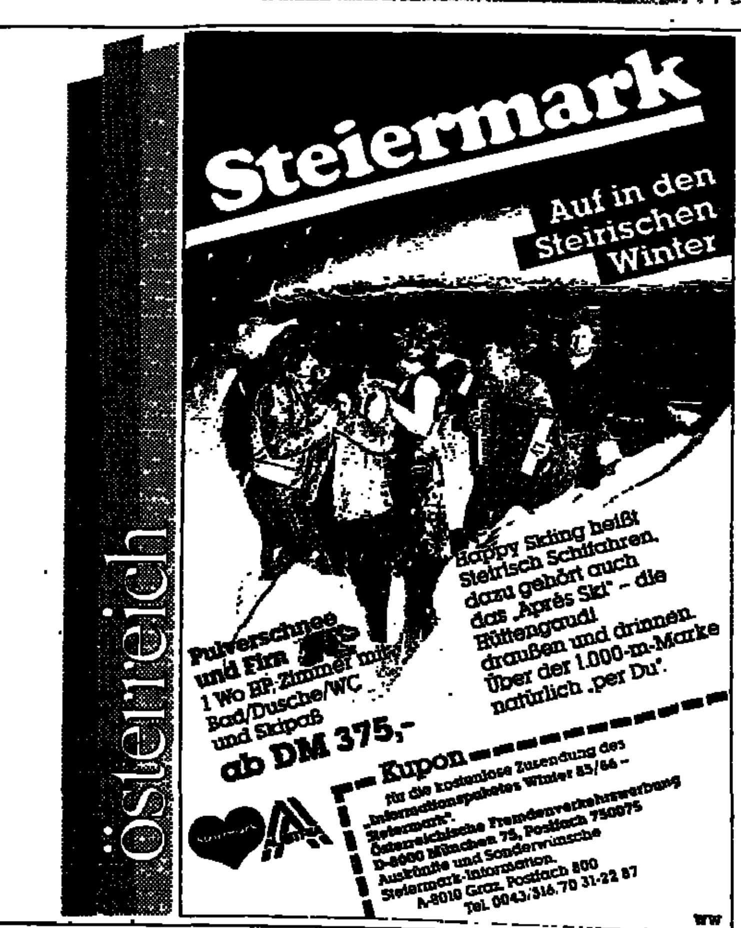
Warum fährt Prinzessin C. nicht in Ischgl Ski?

Weil bei uns die Skilehrer Sepp und Franzl heißen — und nicht Stephano oder so. Und weil wir mit der riesigen Silvretta-Skiarena über 150 km Abfahrten haben, die verflixt sportlich sind. Nicht zu reden vom Ischgler Nachtleben, bei dem es locker und lustig zugeht. Ischgl in Tirol, einer der Großen in den Alpen.
25 Bahnen und Lifte, keine Wartezeiten, keine Langeweile,
25 km Loipe, viel schwitzen, Mini-Bob-Run, 9 Eisstockbahnen, Schlittschuhbahn, 6 Discotheken und Nachtclubs, viel anbandeln.

PREISWERT IM JÄNNER
11.01.—31.01.1986
7 Übernachtungen
+ 6-Tagesskipaß **ab DM 360.—**
Nähere Informationen:
Fremdenverkehrsverband
A-6561 Ischgl / Tirol
Tel. 0043/5444/5266
Telex 047-58148 fvvsvr a

Coupon Tirol
ISCHGL SAMNAUN-PAZNAUN
Bitte schicken Sie mir ausführliches Prospektmaterial zum sportlichen, lustigen Ischgl.

PARTH-WERBUNG



ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

Urlaubsplanung

In den Reiseteilen von WELT und WELT am SONNTAG gibt's Anregungen und Angebote in Hülle und Fülle. Für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel.

WINTERURLAUB ZÄHLT DOPPELT – Schwarzwald Winter

BADEN-WÜRTTEMBERG

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

NORDSEE

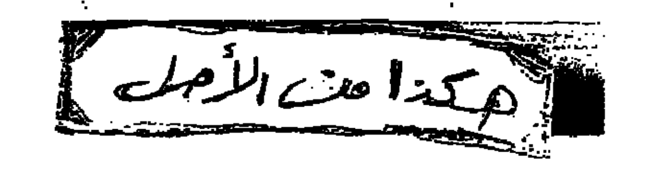
BAYERN – ALLGÄU

NORDRHEIN-WESTFALEN

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND



SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

…r niederländische Großmeister Timman ist nicht nur der zur Zeit …kste Schachspieler des Westens, …lern gleichzeitig auch einer der …ligsten Schachgroßmeister der …zen Welt.

…ach dem schweren Kandidaten…der in Montpellier mußte er noch …n Stichkampf gegen Tal spielen – …einem Unentschieden 3:3 schaffte …dank der besseren Wertung aus … Kandidatenturnier den Aufstieg …ie Finalkämpfe der WM-Kandida…

…nd kurz danach begann sein …aukampf gegen den Weltmeister …parow. In Hilversum ging es kom…mißlos: Kasparow gewann zwei …e Spiele, dann schlug Timman zu…k:

Spanisch.

Timman – Kasparow.

…e4 e5 2.Sf3 Sc6 3.Lb5 a6 4.La4 Sf6 … Le7 6.Te1 b5 7.Lb3 d6 8.c3 0-0 … Lb7 10.d4 Te8 11.Sg5 (Damit kann …ß entweder schnell Remis ma…n – was Timman natürlich beim …nd 0:2 nicht will – oder sich etwas …r Bedenkzeit verschaffen). Tf8 …Sf3 (Denn nach 12.f4? ef 13.Lf4: … 14.Lc2 Sd5! kommt Schwarz in …teil.) Te8 13.Sbd2 Lf8 14.a3 h6 …Lc2 Sb8 16.b4 Sbd7 17.Lb2 g6 18.c4 … 19.cb5: ab5: 20.Sd4: c6 21.a4 ba4: …La4: Db6 23.Se2 (In der 1. Partie …te Timman keinen Erfolg mit 23.b5 24.Lb5: d5 25.Ta8: La8: 26.Da4? Sc5 27.Dc2 Tb8 28.ed Sd5: 29.Sc4 Dc7 30.Se5? Lg7 31.Sec6 Lc6: 32.Lc6: Sf4! 33.Lb5 Tb5:! 34.Sb5: Dc6 35.f3 Db5: und Schwarz gewann.) De7? (Da steht die Dame nicht gut, besser wäre sofort La6 nebst Lb5.) 24.Lb3 La6 (Und hier kam Ta1: in Betracht!) 25.Te1! *Lg7 26.Se3 Lb5 27.Sd5! Sd5: 28.Lg7:* Kg7: 29.ed5: Se5 (Auch nach Te1: 30.De1: Se5 wäre 31.Se4! stark.) 30.Se4! (Offenbar ließ sich der ausgezeichnete Taktiker Kasparow *mit* diesem unerwarteten Zug überraschen. Falls nun f5, so folgt stark 31.Sc3 drohend Sb5:) Sd3 31.Dd2 Ta3 (Nach Se1: entscheidet 32.Dd4+ Kf8 33. Te1: Te4: 34.Te4: Kg8 35.Df6 usw.) 32.Sf6!! (Und dies ist die schöne Pointe!) Te1:+ 33.Te1: Kf6: 34.De3+ Se5 35.f4 La4? (Dieser Versuch um Gegenangriff verliert in wenigen Zügen, aber nach Kg7 36. fe5: de5: 37.Db2 Da7+ 38.Kh2 f6 39.d6 wäre die schwarze Stellung auch kaum zu retten gewesen.) 36.fe5:+ de5: 37.d6! Dd6: 38.Df3+ Ke7 39.Df7:+ Kd8 40.Td1 Ta1 41.Df6+! aufgegeben. Es folgt eine schöne Kurzpartie aus der Damenmeisterschaft der UdSSR in Erewan:

Sizilianisch.

Gurieli – Sacharowa

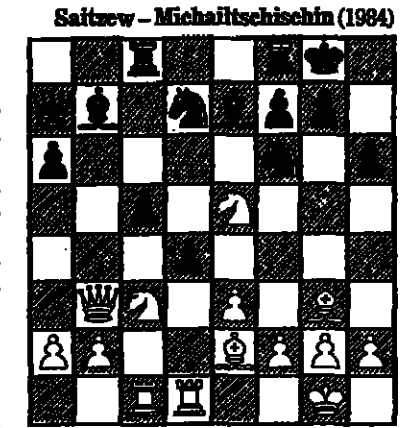
1.e4 c5 2.Sf3 d6 3.d4 cd4: 4.Sd4: Sf6 5.Sc3 a6 6.Lc4 e6 7.Lb3 b5 8.Df3 Db6!? 9.Le3 Db7 10.0-0 *Le7* 11.Dg3 Sc6 12.Tfe1 (Nach 12.Dg7: würde Tg8 13.Dh6 Tg6 14.Dh4 Tg4 Zugwiederholung erzwingen.) Ld7 13. Tad1 0-0 14.Lh6 Se8 15.Sd5! Ld8 (ed 16.Sc6: Lc6: 17.ed nebst 18.Te8:!) 16.Sf5! ef5: 17.ef5: Se5 18.Te5:! de5: 19.f6 g6 20.Se7+ Kh8 21.Lf8: De4 (Sf6: 22.De5: Db6 23.Td6 oder 21. … Le7: 22.Le7: Lc6 23.Lf7: usw.) 22.Ld5 Dc2: 23.Tf1 Tb8 24.De5: aufgegeben.

Lösung vom 27. Dezember

(Ke3, Ba5,b4; Kd5,Bb5,e4):

1.Kf4? scheitert an Kd4. Deshalb muß Weiß die Zugpflicht an den Gegner übertragen: 1.Kf2 Kd6 2.Kg2! Kc6 3.Kh3 Kd6 4.Kg4! Kd5 5.Kg3! Kd6 6.Kf4 Kd5 7.Ke3 und gewinnt.

Saitzew – Michailtschischin (1984)

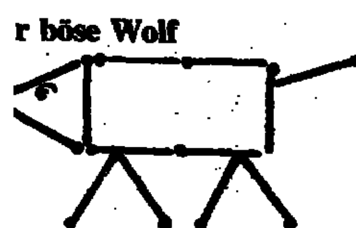


Weiß am Zug gewann

(Kg1,Db3,Tc1,d1,Le2,g3,Sc3,e5,Ba2,b2,e3,f2,g2,h2; Kg8,Da7,Tc8,f8,Lb7,e7,Sd7,f6,Ba6,c5,d4,f7,g7,h6)

DENKSPIELE

…r böse Wolf



…er Wolf, auf dem Weg zu Rotkäpp…n, läuft und blickt (man sieht es!) …h links. Sie dürfen nur zwei Hölz…n umlegen, dann soll der Wolf …h rechts blicken.

…eichstapelei

…ie haben 5 Kartenstapel mit 4, 5, 6, …nd 10 Karten. Sie sollen daraus 4 …pel mit je 8 Karten machen. Dabei …fen Sie *immer nur Karten* von ei…n Stapel auf einen anderen legen, …d zwar so, daß sich die ursprüng…e Anzahl der Karten in diesem …pel verdoppelt. Sie haben 5 Um…pelungen.

Verstimmung

Wie ist das eigentlich bei Blasinstrumenten, wenn es wärmer wird? Nimmt die Höhe eines gespielten Tones dann ab, weil die Resonanzwege länger werden, oder … ?

Einstein kam nicht drauf

McPenny ist Dollarmilliardär und hat einen genialen Einfall: Er läßt sich einen Superdüsenjet bauen, der so schnell ist, daß er zweimal an einem Tag von Ost nach West die Erdkugel umkreisen kann. McPenny kann den Flug jahrelang fortsetzen, weil der Superjet während des Fluges aufgetankt wird. Da er zweimal am Tag die Datumsgrenze überfliegt, wird McPenny somit täglich einen halben Tag jünger. Er hat tatsächlich den Jungbrunnen entdeckt, den man einst in Bimini vergeblich suchte. Oder?

Auflösung vom 27. Dez.

Schachbrettproblem

Auf dem Schachbrett finden wir 204 verschiedene Quadrate, und zwar: 1 Achter-, 4 Siebener-, 9 Sechser-, 16 Fünfer-, 25 Vierer-, 36 Dreier-, 49 Zweier- und 64 Einzelquadrate. (Ein Fünfer-Quadrat bedeutet beispielsweise ein Quadrat, das 5 x 5 kleine Quadrate umfaßt).

Konträre Scharade

Ein Bild / Bildung / Einbildung

Datenstrategie

Wer ein Datum ab der 4. Woche nennt, kann den Gegner kommen lassen. Beispielsweise den 21. Februar. Was der andere auch anstellt, man kann ihn dahinbringen, den 30. November zu nennen, worauf man selbst mit dem 31. Dezember antwortet und gewinnt.

Das große Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

…almonellen-Infektion – eine lebensbedrohende Krankheit

…eisen bedeutet für viele auch das …Essen der Nationalgerichte fer… Länder. Was einem da so ange…en wird an ungewohnten Nah…gsmitteln, führt bei zahlreichen …senden zu den bekannten typi…en Reisedurchfällen. Diese wer… von *manchem Heimkehrenden* nicht erwähnt. Sie sind dann …st zu nehmen, wenn die Ausschei…gen blutig, eitrig und schleimig …, wenn sie von Krämpfen beglei… werden und sich zusätzlich Fieber … Benommenheit einstellen. Dann …nte man sich mit Salmonellen in…ert haben, oder es kann sich um Amöbenruhr handeln. Die Salmo…lleninfektion war vor allem in der …wjetunion, in China und Japan …ch den Genuß von Muscheln und …alentieren bekannt geworden. Die …giftungserscheinungen durch den …nuß verunreinigter Muscheln kön… ein ganz unterschiedliches …nkheitsbild aufweisen: Einerseits kann eine Salmonelleninfektion völlig symptomfrei verlaufen. Zum anderen kann sich das Krankheitsbild wie bei Typhus und Paratyphus entwickeln: mit hohem Fieber, Benommenheit, Verwirrtheit, Hautausschlag und Brechdurchfällen. Das Krank*heitsbild hängt von der Art und An*zahl der aufgenommenen Salmonellen ab und natürlich von der persönlichen Widerstandskraft des Erkrankten. Wenn es sich um eine Amöbenruhr handelt, gehört der Kranke in die Hände von Tropenärzten, denn die Durchfälle können zu einer echten Lebensbedrohung werden. Die *Gefahr der Ruhramöben, es handelt* sich dabei um einzellige Darmparasiten (Protozoen), besteht darin, daß sie mit dem Stuhl ausgeschieden werden *und somit*, falls die einheimische Bevölkerung davon befallen ist, bei der Fäkaliendüngung mit den Regenfällen und Überschwemmungen über die Felder, Gärten und Straßen verteilt werden. Deshalb sollte man auf rohe Pflanzen, Früchte, Obst und Gemüse absolut verzichten, wenn sie bei *einem Gang* über die *Märkte auch* noch so zum Kauf und Genuß verlocken. Ist erst einmal die Amöbeninfektion erfolgt, gibt es drei Möglichkeiten: Der Betroffene ist symptomloser Cystenträger. Dabei handelt es sich um eine Dauerform der Amöben, die sich im Darm aufhalten, ohne sich bemerkbar zu machen, oder aber er *erkrankt an Amöbenruhr, die* sich durch heftige „himbeergeleeartige" Durchfälle bemerkbar macht. Die dritte Möglichkeit verläuft ohne momentane Beschwerden, denn die Amöben wandern vom Darm in den Körper, und erst nach Monaten und Jahren kann sich ein Amöbenabszeß in der Leber oder einem anderen Organ entwickeln, der zu tödlichen Komplikationen führen kann. Wenn es sich eindeutig um eine Amöbenruhr handelt, also wenn die Amöben nachgewiesen sind, und es sich nicht um eine „harmlose Reisedurchfallerkrankung" handelt, wird mit Metronodazolpräparaten (Clont, Flagy) oder Diloxanidfuroat (Furamide) behandelt. Bei dem starken Wasser- und Salzverlust muß dem Körper ein Flüssigkeitsersatz angeboten werden: *Man stellt beispielsweise eine bilan*zierte 1-L-Lösung aus Kochsalz, Kaliumchlorid, Natriumbikarbonat und Traubenzucker her. Der etwas einfachere Ersatz besteht aus einem Liter schwarzem Tee. Dazu kommen ein Teelöffel Salz und zehn Teelöffel Zucker oder Traubenzucker.

MEDIZIN auf Reisen

JULIKA OLDENBURG

BRIDGE

Studie Nr. 1/86

W	N / S	O
♠ A D B 6 2	N	♠ K 5 3
♡ –		♡ D 8 6 4 3
◇ K D B 7 3		◇ A
♣ A 7 3	S	♣ 9 6 5 3

Gegen Wests „6 Pik" greift Nord mit dem Coeur-As an. Wie sollte West spielen, um sich die besten Chancen zu geben?

Lösung Nr. 26/85

Scheinbar kann Süd die Hand im Cross-Ruff gewinnen. Beim Hin- und Herstechen muß er jedoch zum Schluß einen Stich an Wests Atout-Buben abgeben.

Deshalb muß Süd einen anderen Plan verfolgen: Er nimmt Treff-Dame, zieht Pik-As und spielt klein-Trumpf, um so sparsam wie möglich zu schneiden. Pik wird mit Coeur-Zehn geschnappt und erneut klein-Atout gespielt. Wiederum wird sparsam impassiert. Den nächsten Pik sticht Süd mit Trumpf-König und geht mit klein-Coeur zum Tisch, um Wests letzten Trumpf zu ziehen. Die Hand gibt klein-Karo.

Mittlerweile sind acht Stiche gespielt. Ost ist in unüberwindlichen Schwierigkeiten: Er kann nicht mehr die Karos und die Treffs kontrollieren, so daß entweder der Tisch einen Treff-Stich oder die Hand einen Karo-Stich zusätzlich machen muß.

U. A.

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Pisto – Russin – Coimbra 3. REIHE Od – Ostrom – Nogat 4. REIHE Colombo – Praga 5. REIHE Marat – Angola – Uta 6. REIHE Assuan – Hessen 7. REIHE Nernst – Agger 8. REIHE Mona – Seance – Maar 9. REIHE Soli – Taverne 10. REIHE Argon – Aarau – i. J. 11. REIHE Ale – Oberst – Elite 12. REIHE normal – ab – Narew 13. REIHE Solms – Aisne – Zn 14. REIHE Erwin – Tor – USA 15. REIHE Vater – Tunnel 16. REIHE Reno – Terkmer 17. REIHE Ast – Astek – Ahab 18. REIHE Lobito – Beigier 19. REIHE an – Agora – Ar 20. REIHE Diner – Meder – Kanaren 21. REIHE Yonne – Trend – Unstern. **SENKRECHT:** 2. SPALTE Locarno – Algarve – Lady 3. SPALTE Tudor – Enare – Antonio 4. SPALTE Laura – Netto – NN 5. SPALTE Corot – Sodom – Al – E. N. 6. SPALTE Aston – er – Stern 7. SPALTE robust – Omar – Ito 8. SPALTE Uso – Simbabwe – Amt 9. SPALTE St. – Aube – Gel – Tanger 10. SPALTE Srinagar – Anden – Ode 11. SPALTE Io – G. N. – Asti – RT – Ren 12. SPALTE Asm. – Achat – Leonard 13. SPALTE Plage – Anorak 14. SPALTE Accra – Tauber – Baku 15. SPALTE Hegau – Teheran 16. SPALTE Ingwer – Esz – Ur – NS 17. SPALTE Moa – Merian – Agnat 18. SPALTE Usier – un – H. I. – Re 19. SPALTE Tratte – Ente – Se – Anser 20. SPALTE A. T. – Andrejew – Al – Bruna = PICCADILLY

GOURMET-TIP



Anreise: Von der Autobahn Düsseldorf–Essen, Abfahrt Haarzopf, Richtung Kettwig-Innenstadt. Parkplatz am Haus.
Öffnungszeiten: Ab 18.30 Uhr. Ruhetag: Sonntag und Montag (Restaurant) und die erste Woche im Januar. Tischbestellungen ratsam.
Anschrift: Résidence, Auf der Forst 1, 4300 Essen-Kettwig, Telefon 02054/8911.

Résidence in Kettwig

Am kulinarischen Himmel des feinen Essener Stadtteils Kettwig strahlen mehr Sterne als über den Millionen-Städten Berlin und Hamburg. In dem malerischen Ruhr-Ort mit romantischen Fachwerkbauten, eingebettet in reizvoller grüner Landschaft, die keine Gedankenverbindung mit dem nahen Industriezentrum aufkommen läßt, entwickelte sich neben den Traditionshäusern Schloß Hugenpoet und Ange d'or das Hotel-Restaurant „Résidence" in die deutsche Spitzengruppe.

Verantwortlich dafür ist Berthold Bühler, Küchenchef und gemeinsam mit Ehefrau Uta Pächter der liebevoll renovierten Villa. Bühler, der ideenreiche Küchenkünstler, war den für so viele Spitzenleute vorgegebenen Berufsweg gegangen: Lehr- und Wanderjahre in der badischen Heimat, der Schweiz und in Frankreich, dann ein Jahr Schwerstarbeit an Bord des Kreuzfahrtriesen „Rotterdam". Später wirkte Bühler in verantwortlicher Position in First-Class-Hotels, bevor er schließlich in der eigenen Küche persönliche Vorstellungen und Ideen verwirklichen konnte. Das 35-Plätze-Restaurant mit viel Marmor, Spiegeln, Silber und Jugendstilelementen bietet einen angenehmen Rahmen für seine leichte, kreative Frische-Küche. Der „Résidence"-Chef fühlt sich nie sklavisch der Nouvelle Cuisine verpflichtet, sondern hat das Beste aus der badischen, schweizerischen und elsässischen Kochkultur ideenreich zusammengefügt.

Die Speisekarte ist übersichtlich klein und wird ausschließlich vom Angebot des Marktes diktiert: Vier Vorspeisen, drei Suppen, ein Dutzend Hauptgerichte, drei ausgefallene Dessertkreationen. Einige Beispiele zum Appetitmachen: Gebratene Langostinos auf Tomatenvinaigrette (27 Mark), Mangoldsuppe mit Lachsfilan (12 Mark), Egli-Filet mit Kräuterbrioche gratiniert auf Rieslingsoße (36 Mark), Roulade von Rehnüßchen mit Gänseleberseoße auf Maisnudeln (40 Mark).

Harmonisch ist die Zusammenstellung der Tagesmenus mit sieben Gängen (88 Mark). Als wir die „Résidence" besuchten, gab es einen Salat von mariniertem Seeteufel (hauchdünn geschnitten) und lauwarmen Hummer, eine Petersilienwurzelcrème mit Gänseleber (ein weiches, mildgewürztes Süppchen), Lachsschnitzel auf Zuckerschoten, ein Blutorangensorbet, Hirschrükken (auf den Punkt gebraten) in einer köstlichen Preiselbeer-Pfeffer-Soße, Vacherin Mont d'Or (für meinen Geschmack zu scharf) mit Nußbrot und Walderdbeeren mit Kaffee-Eis.

Der Service ist professionell und liebenswert zugleich. Die Weinkarte (Hobby des Chefs) stellt eine gelungene Mischung aus guten deutschen Anbaugebieten, wie dem 83er Würzburg Innere Leiste Riesling, Kabinett, trocken (44 Mark), und erschwinglichen französischen Lagen dar. Ein 83er Pouilly-Fumé de Ladoucette, Château du Nozet Pouilly (von edler Frucht) wird für 78 Mark, der 82er weiße Burgunder Montagny von Louis Latour für 47 Mark angeboten. Überzeugend ist die breite Palette von halben Flaschen, auch, was selten zu bekommen ist, edle rote Château Lafite-Rothschilds und elegante Pomerols.

Ein Diner in der „Résidence" bei leiser Barockmusik im Hintergrund ist ein Erlebnis. Störend wirkt nur die Enge im Gastraum. 35 Plätze mögen für die Kostenkalkulation nötig sein, ein Tisch weniger wäre für die Gäste schöner.

Ein Wort noch zum Hotel: Die 18 Gästezimmer sind ebenfalls im „hauseigenen" heiteren Jugendstildekor gehalten. Das kleine Romantik-Hotel wirbt mit individuellem Service (Frühstück auch nach elf Uhr morgens, das erste Telefongespräch ist frei).

HEINZ HORRMANN





Küchenchef Berthold Bühler und Frau Uta
FOTOS: B. AHRENS

Korrekturen am grauen Venedigbild: Die winterliche Lagunenstadt zeigt sich von ihrer strahlendsten Seite FOTOS: JÜRGEN DRENSEK

Wenn die Gondeln Rauhreif tragen

Venedig

Dick sind sie, aufgeplustert und gierig. Das einzelne Exemplar zählt nichts. Wenn sie da sind, dann nur in der Masse – und: sie sind da. Das ganze Jahr über ist für sie Hauptsaison. Immer finden sich einige Touristen, die diesem Fotomotiv nicht widerstehen können und bereitwillig 2000 Lire zahlen: für ein kleines Tütchen gelber Maiskörner. Futter für das Symbol des Friedens – und das der Liebenden.

Auf dem Geviert des Markusplatzes ist dieses Symbol längst zur Freßmaschine degeneriert. Es ist fast wie in einem Psycho-Thriller. Jeder, von dem die Tauben annehmen, er habe so ein Tütchen, wird Ziel des konzertierten Angriffs. Und jetzt, im Winter, als die Touristenmassen ihnen das Feld vor der Markuskirche überlassen hatten, traf es eben jeden, der den Platz überqueren wollte.

Pierro versuchte, die attackierenden Viecher mit der Aktentasche abzuwehren. Nur einmal, rief er, sei es den Venezianern gelungen, den Markusplatz wirklich freizubekommen von der Taubenplage. Und das, fügte er vielsagend hinzu, sei im Krieg gewesen.

Ich war nun seit einer Woche in Venedig. Vielleicht wegen der Tauben hatte ich den Markusplatz, obwohl oft so wohltuend menschenleer, bisher gemieden. Vorsichtshalber waren Stege aufgebaut, die uns helfen sollten, trockenen Fußes die Arkadengänge zu erreichen, falls das Hochwasser die Brühe aus der Kanalisation nach oben drücken sollte. In den Tagen meines Aufenthaltes war es noch nicht passiert. So, wie es überhaupt ganz anders gekommen war, als ich es mir noch zu Hause ausgemalt hatte.

Venedig im Winter, Gondeln, wogende Nebelschwaden über verwinkelten Kanälen – ich muß zugeben, daß ein reichlich mystifiziertes Klischee meine Erwartungshaltung bestimmte. Doch die Lagunenstadt empfing mich und meinen Koffer voll wetterfester Winterkleidung und Gummistiefel mit einem strahlend blauen Himmel. Und bis zum heutigen Tag hatte sich daran nichts geändert.

Eine klare, kühle Luft wehte durch die schmalen Gäßchen; von dem morbiden, verfaulten Geruch, vor dem ich so gewarnt worden war, keine Spur. Und auch das Wasser, das sich in den Sommermonaten so dunkelgründig, ölig, träge in den Kanälen wälzt, hatte jetzt eine geradezu frische, leicht ins Türkis gehende Farbe.

Das frühwinterliche Venedig zeigte sich jedenfalls von seiner strahlendsten Seite, als ich auf einer der harten Holzbänke Platz genommen hatte, um mich mit der Vaporetto-Linie 1 vom Bahnhof bis in die Nähe des Hotels bringen zu lassen. Hier, am ungeschützten Vorderdeck, saß ich fast allein, konnte mich, wieder einmal, gar nicht sattsehen an der Pracht der Palazzi, die den Canal Grande säumen, und die beschaulich an uns vorüberzogen.

Am späten Vormittag fuhren vor allem Hausfrauen mit dem Vaporetto. Dick bepackt mit Einkäufen vom Gemüsemarkt, drängelten sie sich im geschützten Fahrgastraum unter Deck. Eher vertieft in einen Schwatz mit der Nachbarin, als mit wachem Blick für die faszinierende Architektur, durch die der tuckernde Dieselmotor den verrosteten Wasser-Bus trieb. 1200 Lire die Fahrt; etwa 1,80 Mark. Wenig Geld für die wohl aufregendste Stadtrundfahrt, die ein öffentliches Verkehrssystem seinen Benutzern anbietet.

Und trotzdem. In den folgenden Tagen hatte ich den Vaporetto nur selten genutzt. Nicht etwa, weil ich Gefallen daran gefunden hätte, mich in einer dieser unsäglichen Gondeln für sündhaft teures Geld durch die Kanäle schunkeln zu lassen, sondern weil ich den Wunsch hatte, Venedig einmal ganz für mich zu entdecken – und zwar zu Fuß.

Venedig zu Fuß, das war denn auch eines der schönsten Erlebnisse dieser Wintertage. Vielleicht deshalb, weil ich diese Stadt, so wie die meisten Besucher, immer nur dann erfahren hatte, als sie beinahe überzuquellen drohte von den Menschenmassen, die sich durch ihren Liebreiz drängelten und schubsten.

Venedig im Sommer zu besuchen, das forderte in meinem Empfinden nämlich immer eine geradezu masochistische Bereitschaft, sich vom Touristenstrom mitreißen zu lassen, auf Muße und Beschaulichkeit zu verzichten, lästige Händler abzuwehren und erschöpft auf den Abend zu warten, wenn die meisten Tagestouristen wegen der horrenden Hotelpreise wieder auf dem Weg in ihre Strandherbergen waren und endlich eine relative Ruhe einkehrte.

Das Faszinierende? Man tat es immer wieder, fluchte und ärgerte sich – natürlich über die anderen, die Venedig so hoffnungslos überfüllten – und blieb der arg gebeutelten Serenissima treu. Trotzdem. Als Ausgleich ein geschluchztes Geigensolo vor dem Café Florian auf dem Markusplatz. Abends, wenn die Sonne unterging.

Kein Vergleich zu dem, was ich in den letzten Tagen erlebte: Blitzsaubere Gäßchen begrüßten den Wanderer, pittoreske Campos luden ein zum Verweilen und Schauen, und selbst die Merceria und die Frezzeria, zwei jener sommerbrodelnden Einkaufsstraßen, schienen sich jetzt besonders hübsch herausgeputzt zu haben.

Venedig beinahe ohne Touristen – ein geradezu metaphysisches Gesamtkunstwerk. Endlich Zeit, in Ruhe und Konzentration all die Museen und Paläste zu besuchen, die ich immer schon sehen wollte, mich aber wegen der drückenden Sommerschwüle und all der Fotoapparat-behängten Mitmenschen nie dazu überwinden konnte. Sechs moderne Meister bei Peggy Guggenheim – nur einige Kunststudenten der benachbarten Accademia waren sachkundige Mitbesucher.

Ausgiebiges Bummeln durch die Geschäfte. Erst jetzt wurde mir deutlich, daß Venedig in punkto Exklusivität und Auswahl durchaus mithalten kann mit den schicken Einkaufsboulevards anderer italienischer Metropolen. Kaum ein bekannter Modeschöpfer, der seine Dépendance nicht in der Lagunenstadt unterhält. Schwere Zeiten für die Brieftasche.

Freundliches Anklopfen in den winzigen Werkstätten, auf die man unerwartet in irgendeiner verwinkelten Gasse stieß. Ob man zuschauen dürfe? Wenn die venezianischen Masken schon kunstvoll für den Karneval bemalt oder Kostbarkeiten aus handbedrucktem Papier gewickelt und geklebt wurden. Natürlich durfte man.

Auch die Gondel hatte ich benutzt. Allerdings nicht für 50 000 Lire, wie die Sommer-Touristen, sondern für ganze 200 Lire. Es waren Traghettos. Gondeln im Fährverkehr über den Canal Grande. Eine wackelige Angelegenheit, weil ich auch als Ungeübter stehen mußte. Aber immer aufs neue faszinierend, dabei sogar zeitunglesende Venezianer als „Mitreisende" zu haben. Ich hatte mich tatsächlich noch einmal in Venedig verliebt. Trotz fehlender Abend-Milde und Klassik-Konzert auf dem arkadengesäumten Markusplatz.

Und am letzten Tag wollte ich fast schon 2000 Lire aus der Börse holen. Für ein kleines Tütchen gelber Maiskörner.

JÜRGEN DRENSEK

*

Auskunft: Staatliches Italienisches Fremdenverkehrsamt ENIT, Kaiserstraße 65, 6000 Frankfurt.

Venedig im Winter: Spazieren durch blitzsaubere Gäßchen, Muße für Museen und Paläste.

KATALOGE

Twen Tours (Touristik Union International, Karl-Wiechert-Straße 23, 3000 Hannover 61) – Neu im Urlaubsangebot „Sommer '86" für junge Leute bis 30 sind beispielsweise zwei griechische Inseln – Kos und Mykonos. Auf Kos, der Insel der Radler, kosten zwei Wochen von München inklusive Übernachtung im Doppelzimmer, Frühstück und Miete für das Fahrrad ab 824 Mark pro Person. Neu im Katalog ist aber auch ein Angebot für Sportliche in der Hotelanlage Mrongovia mitten in Polens masurischer Seenplatte (zwei Wochen, Doppelzimmer, Halbpension, bei eigener Anreise ab 886 Mark pro Person).

Neckermann Reisen (NUR Touristic, Postfach 11 13 43, 6000 Frankfurt 11) – Der Rückgang des Dollar-Kurses macht es möglich: Im Schnitt sind die Angebote, die der Katalog „USA/Canada Sommer '86" vorstellt, preisgünstiger als im letzten Sommer. Ein Flug nach New York mit zwei Übernachtungen ist ab 1413 Mark zu haben. Mehr vom Kontinent sieht man auf 15 Bus- und Flug-Rundreisen, zum Beispiel auf der Maxi-Coast-to-Coast-Tour quer durch die USA (drei Wochen ab 4998 Mark). Wer selbst fahren möchte, kann eine der sieben Mietwagen-Rundreisen buchen, beispielsweise die „Indianerland-Tour" (21 Tage ab und bis Los Angeles ab 2045 Mark).

Transeuropa (Touristik Union International, Karl-Wiechert-Straße 23, 3000 Hannover 61) – Mehr als 130 Urlaubsziele, dazu Rundreisen, Sport- und Langzeit-Urlaubsangebote stellt der Sommer-Katalog '86 „Preiswerte Flug- und Fernreisen" vor. Neu im Angebot sind die griechischen Inseln Korfu und Urlaubsorte an der türkischen Küste. Eine Woche in Marmaris in der Türkei kosten mit Übernachtung und Frühstück ab 869 Mark. Erstmals ist auch Kuba im Programm. Eine Woche (Übernachtung/Frühstück) in der Hauptstadt Havanna kostet beispielsweise ab 1549 Mark.

Kaufhof/Hertie Reisen (International Tourist Services, Postfach 98 02 20, 5000 Köln 90) – Insgesamt 18 neue Urlaubsziele im Mittelmeerraum, in Österreich und Dänemark bietet der neue Katalog „Sonne '86". Bei den Städtereisen sind Madrid, Salzburg und Luxemburg hinzugekommen. Insgesamt bietet das Programm auf 400 Seiten Flug-, Auto-, Bahn-, Bus- und Schiffsreisen in 88 Urlaubsgebiete. Einige der Reisen werden sogar billiger als im Vorjahr angeboten. So kosten zwei Wochen mit Frühstück auf der West-Peleponnes in Griechenland mit Flug ab 799 Mark pro Person.

Hetzel (Postfach 31 04 40, 7000 Stuttgart 31) – Drei- und Vier-Tages-Abstecher in nahezu alle Ferienländer rund ums Mittelmeer präsentiert der Veranstalter in seinem neuen Prospekt „Kurz- und Rundreisen 1986". Wer einen solchen Kurztrip nicht nur am Strand verbringen will, kann unter mehr als 70 verschiedenen Rundreise-Routen wählen, darunter jetzt auch die Türkei, das Baltikum, Polen oder Böhmen. Vier Tage von Istanbul nach Troja und Pergamon kosten zum Beispiel ab 928 Mark (Abflug Stuttgart).

Gut Reisen (Postfach 11 13 43, 6000 Frankfurt 11) – Drei Regional-Kataloge bietet der Veranstalter an, für den Norden, den Westen und die Mitte sowie den Süden der Bundesrepublik, jeweils mit einem ganz speziellen Reiseprogramm. Der Nord-Katalog etwa bietet Flugreisen ab Bremen, Hamburg, Hannover und Berlin in 19 Zielgebiete von den Kanarischen Inseln bis zum Schwarzen Meer. Zwei Wochen auf Mallorca kosten ab 837 Mark.